

Sabrina Burghardt

Möglichkeiten und Grenzen der
Sozialen Arbeit in der Jugendgerichtshilfe im Hinblick auf das
Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle

eingereicht als

BACHELORTHESES

an der

HOCHSCHULE MITTWEIDA

UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

Fakultät Soziale Arbeit

Mittweida 2014

Erstprüfer: Prof. Dr. jur. Frank Czerner

Zweitprüfer: Dr. phil. Michel C. Hille

Bibliografische Beschreibung

Burghardt, Sabrina:

Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit in der Jugendgerichtshilfe im Hinblick auf das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle. 47 S.

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), Fakultät Soziale Arbeit, Bachelorarbeit, 2014

Referat

Es wird das Aufgabenfeld der Sozialen Arbeit in der Jugendgerichtshilfe beschrieben sowie die Stellung der Jugendgerichtshilfe im Jugendstrafverfahren beleuchtet. Der Schwerpunkt liegt auf dem Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle (Klient und Justiz). Aufgrund von widersprüchlichen Anforderungen, entstehen Intra-Rollen-Konflikte bei den Sozialarbeitern, welche genau ergründet werden. Dabei spielen die Beziehung zum Klienten und das Verhältnis zwischen Justiz und Jugendgerichtshilfe eine entscheidende Rolle. Da die Aspekte "Hilfe" und "Kontrolle" eine wichtige Funktion in der Sozialen Arbeit einnehmen, wird außerdem auch auf das professionelle Handeln von Sozialarbeitern eingegangen. Die Literaturrecherche bildet den methodischen Schwerpunkt, wodurch Problemstellungen ermittelt und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Unterstützt, erweitert und verglichen wird diese mit Interviews von Mitarbeitern aus dem Arbeitsfeld der Jugendgerichtshilfe. Diese Interviews stellen keine empirische Untersuchung im Sinne einer Beweisführung dar. Eigene Erfahrungen aus dem Praxissemester in der Jugendgerichtshilfe, fließen ebenfalls in die Arbeit ein.

Inhaltsverzeichnis

Bibliografische Beschreibung	II
Referat.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis.....	VI
1 Vorwort und Einleitung.....	8
2 Rahmenbedingungen der Jugendgerichtshilfe	10
2.1 Definition der Jugendgerichtshilfe.....	10
2.2 Sozialpolitische Verortung.....	11
2.3 Gesetzliche Grundlagen.....	12
2.4 Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetz	13
2.4.1 Altersstufen.....	13
2.4.2 Erziehungsgedanke.....	14
2.4.3 Strafrechtliche Verantwortung	15
2.5 Zusammenfassung.....	15
3 Geschichtlicher Hintergrund.....	16
3.1 Geschichtliche Entwicklung der Jugendgerichtshilfe	16
4 Die weiteren Verfahrensbeteiligten im Jugendstraßprozeß.....	18
4.1 Beschuldigter.....	18
4.2 Jugendstaatsanwälte	18
4.3 Strafverteidiger.....	19
4.4 Jugendgerichte	19
4.5 Gesetzlicher Vertreter	20
4.6 Polizei	20
4.7 Sachverständiger.....	20
4.8 Bewährungshelfer.....	21
4.9 Zusammenfassung.....	21
5 Aufgaben der Jugendgerichtshilfe	21
5.1 Allgemeines	21
5.2 Ermittlung und Entscheidungshilfe	22
5.3 Haftentscheidungshilfe und U-Haftvermeidung	23
5.4 Teilnahme an der Hauptverhandlung.....	23
5.5 Sozialpädagogische Stellungnahme	23
5.6 Überwachung	24
5.7 Mitwirkung bei Diversionen (informelles Verfahren)	24

5.8	Mitwirkung bei jugendrichterlichen Sanktionen (formelles Verfahren)	25
5.9	Betreuung und Aufsicht	26
5.10	Hilfeplanung im Verfahren.....	26
5.11	Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	26
5.12	Nachbetreuung während des Vollzugs	27
5.13	Mitwirkung bei weiteren Jugendhilfeaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit.....	27
5.14	Zusammenfassung.....	28
6	Die Rechte der Jugendgerichtshilfe im Jugendstraßprozeß.....	28
6.1	Allgemeines	28
6.2	Informationsrecht	28
6.3	Anhörung und Äußerungsrecht	29
6.4	Verkehrs und Kontaktrecht.....	29
6.5	Antragsrecht	30
6.6	Grenzen der Mitwirkung	30
6.7	Zusammenfassung.....	30
7	Das Doppelmandat der Jugendgerichtshilfe	30
7.1	Das Verhältnis zwischen Justiz und Jugendgerichtshilfe	30
7.2	Die gesetzlichen Ursachen des Doppelmandats.....	32
7.3	Rollenkonflikte in der Arbeit mit dem Klienten	34
7.3.1	Beziehungsarbeit mit dem Klienten	34
7.3.2	Beratung.....	35
7.3.3	Ermittlungstätigkeit, Überwachung und Betreuung	38
7.3.4	Jugendgerichtshilfebericht	40
7.4	Zeugenaussage vor Gericht.....	42
7.4.1	Schweigepflicht	42
7.4.2	Zeugnisverweigerungsrecht.....	42
7.4.3	Aussagegenehmigung	43
7.5	Jugendgerichtshilfe im staatlichen Kontrollsystem.....	44
7.5.1	Grenzen behördlicher Sozialarbeit.....	44
7.5.2	Rollenkonflikte auch durch Sparmaßnahmen	45
7.6	Rollenkonflikt innerhalb der neuen ambulanten Hilfen	45
7.7	Bedeutung der Rollenkonflikte für den Sozialarbeiter in der JGH	47
7.8	Zusammenfassung.....	48
8	Zukunftsperspektiven in der Jugendgerichtshilfe	49
8.1	Finanzieller Aspekt	49

8.2	Sozialarbeiter in der JGH	50
8.3	Kooperation	50
8.4	Verfahrensdauer	50
8.5	Anpassung der regionalen Unterschiede.....	51
8.6	Gesetzesebene.....	51
8.7	Veränderung in der Arbeit der Jugendarrestanstalt	51
8.8	Zusammenfassung.....	52
9	Abschließende Stellungnahme und Schlussfazit.....	52
	Anhänge.....	55
	Literaturverzeichnis	77
	Quellenverzeichnis	81
	Eidesstattliche Erklärung.....	83

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AO	Abgabenordnung
ASD	Allgemeiner Sozialer Dienst
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
bzw.	beziehungsweise
DSBH	Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit
DVJJ	Deutscher Verein der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V.
etc.	et cetera; bedeutet: und so weiter
et. al.	et alia; bedeutet: und andere
ff.	fortfolgende
FGG	Familiengerichtsgesetz
FOF	Fahren ohne Fahrerlaubnis
FZA	Freizeitarbeit
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggfls.	gegebenen falls
Hrsg.	Herausgeber
HxE	Hilfen zur Erziehung
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Jugendamt
JGH	Jugendgerichtshilfe

KGSt	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MiStra	Mitteilung in Strafsachen
NAM	Neue ambulante Hilfen
o.S.	ohne Seitenangabe
PDV	Polizeiliche Dienstvorschrift
Rdz	Randziffer
RJGG	Reichsjugendgerichtsgesetz
RJWG	Reichsjugendwohlfahrtsgesetz
SGB I	Erstes Sozialgesetzbuch
SGB VIII	Achtes Sozialgesetzbuch
SGB X	Zehntes Sozialgesetzbuch
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TAO	Täter-Opferausgleich
u.a.	und andere
z.B.	zum Beispiel
vgl.	vergleiche
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZVR	Zeugnisverweigerungsrecht

1 Vorwort und Einleitung

Ich habe mich für das Thema "Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit in der Jugendgerichtshilfe im Hinblick auf das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle" entschieden, weil ich mir nach dem Studium vorstellen kann, in diesem Bereich oder generell im Bereich der Straffälligenhilfe tätig zu werden. Durch mein Praxissemester in der Jugendgerichtshilfe, konnte ich erste Erfahrungen in diesem Arbeitsfeld sammeln und feststellen, dass mich dieses Arbeitsfeld sehr fasziniert.

Gerade das Zusammenspiel von rechtlichen Grundlagen und pädagogischem Handeln mit den Klienten, macht dieses Tätigkeitsfeld für mich so spannend und abwechslungsreich. Durch die zwei unterschiedlichen Schwerpunkte der Arbeit, ergeben sich auch zwei unterschiedliche Arbeitsaufträge; das sogenannte Doppelmandat von Hilfe auf der einen und Kontrolle auf der anderen Seite. Beide spielen generell in der sozialen Arbeit eine zentrale Rolle und kommen in jedem Arbeitsfeld in unterschiedlichen Intensitäten vor¹, aber in der Jugendgerichtshilfe (JGH) und allgemein in der Straffälligenhilfe, sind sie meines Erachtens besonders stark ausgeprägt. Laut Thomas Trenczek prallen in keinem anderen Arbeitsfeld die unterschiedlichen Sichtweisen so aufeinander.² Einerseits gibt es in der JGH den Auftrag, dem Gericht Bericht über den Klienten zu erstatten und mit der Justiz (Richter, Staatsanwalt, Verteidiger etc.) zu kooperieren, andererseits die pädagogische Arbeit mit den Jugendlichen, Heranwachsenden und deren Eltern oder Erziehungsberechtigten. Beides zu kombinieren und dabei beiden Parteien gerecht zu werden, ist nach meinen Erfahrungen im Praktikum, nicht immer ganz einfach und führt zu Intra-Rollen-Konflikten³ bei den Sozialarbeitern⁴. Dieses sogenannte Doppelmandat in der JGH, soll den Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit bilden. Ich möchte ergründen, wie es zu diesem Doppelmandat kommt und wie es sich auf die Praxis auswirkt, insbesondere welche Schwierigkeiten sich dadurch für die Sozialarbeiter ergeben.

Überblick

Zuerst wird ein grober Überblick über das Arbeitsfeld der JGH gegeben, welcher die sozialpolitische Verortung, den geschichtlichen Hintergrund, rechtliche Rahmenbedingungen,

¹ vgl. Schone/Tenhaken 2012, S. 77

² vgl. Trenczek 2003, S.15

³ Ein Intra-Rollen-Konflikt ist eine Art innerer sozialer Konflikt der Sozialarbeiter, bei dem sich zwei Erwartungen oder Anforderungen widersprechen. In der JGH besteht diese Gegensätzlichkeit aus den Aufgaben der Jugendhilfe mit dem Erziehungsgedanken einerseits und den Aufgaben der Justiz mit dem Strafgedanken andererseits.

⁴ in der vorliegenden Arbeit wird ausschließlich die männliche Form verwendet; es gilt aber stets für beide Geschlechter

die weiteren Verfahrensbeteiligten im Jugendstrafverfahren, die Aufgaben und Rechte der JGH beinhaltet. Anschließend werden in dem Hauptteil, die Möglichkeiten und Grenzen der Sozialen Arbeit im Hinblick auf das Doppelmandat explizit beleuchtet. Den Abschluss der Arbeit bilden ein Blick in mögliche Zukunftsperspektiven der JGH und ein zusammenfassendes Fazit. Nicht eingehen wird auf das Jugendstrafrecht an sich, weil dies den Rahmen der vorliegenden Arbeit übersteigen würde.

Angewandte Methoden

Als Methoden für die Anfertigung der Bachelorarbeit wurden die Literaturrecherche und das Experteninterview gewählt. Die verwendete Literatur wird miteinander verglichen und Stellung dazu bezogen. Durch die begleitenden Interviews, werden Fragen an Praktiker der JGH gestellt. Diese sollen einen Bezug zur aktuellen Praxis herstellen, welche dann mit den Erkenntnissen aus der Literatur in Beziehung gesetzt werden. Außerdem fließen eigene Erfahrungen aus meinem Praxissemester, an den dafür passenden Stellen in die Arbeit ein.

Die gewählte Interviewform "Experteninterview" ist eine Methode der qualitativen Sozialforschung. Es ist im Prinzip keine eigene Interviewform, sondern eine Variante des Leitfrageninterviews. In der Fachwelt ist man sich aber einig darüber, dass ein Experteninterview ein Leitfadeninterview ist.⁵ Es grenzt sich laut Meuser und Nagel durch das Erkenntnisinteresse und die Gruppe der Befragten von anderen Befragungsmethoden ab. Die Doppelrolle der Befragtengruppe; einmal als Professionelle und als Person an sich, nimmt Einfluss auf die Interviewsituation und die Gesprächsführung.⁶ Gerade deshalb habe ich diese Form ausgewählt, denn sie spiegelt das Doppelmandat gut wieder. Außerdem sind die Befragten in der alltäglichen Praxis der JGH tätig und können daher explizit dazu Stellung beziehen. Für Michaela Pfadenhauer ist der Sinn und Zweck dieser Interviewform klar erkennbar. Ziel ist die Rekonstruktion von Expertenwissen, welches ein exklusives, detailliertes und umfassendes Wissen der befragten Praktiker beinhaltet.⁷

Durchführung der Interviews

Ich habe zwei Sozialarbeiter aus der Jugendgerichtshilfe befragt; einen männlichen und einen weiblichen. Die Dauer der Interviews betrug im Durchschnitt 16,5 Minuten. Im Vorfeld habe ich einen Interviewleitfaden erstellt. Es gibt keinen eigenen Gliederungspunkt "Interviewauswertung" innerhalb der Bachelorarbeit. Vielmehr werden die Erkenntnisse aus den beiden Interviews, an den dafür passenden Stellen eingebracht. Für diese Vorgehensweise habe ich mich entschieden, weil nicht alle Informationen einen direkten

⁵ vgl. Trinczek 2005, in: Bogner u.a. (Hrsg.), Rdz 2, S. 209

⁶ vgl. Meuser/Nagel 1991ff., o.S., in: Abels/Behrens 2005, in: Bogner u.a. (Hrsg.), S. 173 (175)

⁷ vgl. Pfadenhauer 2005, in: Bogner u.a. (Hrsg.), S. 113

Bezug zu meiner Thematik aufweisen und dies sonst den Rahmen der Bachelorarbeit sprengen würde. Die Transkriptionen der Interviews und der Interviewleitfaden befinden sich im Anhang.

2 Rahmenbedingungen der Jugendgerichtshilfe

2.1 Definition der Jugendgerichtshilfe

Den Begriff "Jugendgerichtshilfe" zu definieren ist nicht einfach. In der Literatur und auch in Fachkreisen, wird dieser nur noch sehr wenig verwendet.⁸ Die Begrifflichkeit "Jugendhilfe im Strafverfahren" gewinnt immer mehr an Bedeutung. Laut Frau Hase hat die Begriffsänderung für sie persönlich zwar keine Innenwirkung im Amt, aber für die Außenwirkung, besonders für die Klienten, ist sie von enormer Bedeutung. Sie betont, dass sie ihre Aufgabe nicht darin sieht, dem Gericht zuzuarbeiten, sondern als Unterstützung für den Jugendlichen dient und dem Gericht lediglich einen pädagogisch sinnvollen Sanktionsvorschlag unterbreitet.⁹ Nach Aussage von Herrn Fuchs, ist diese Änderung der Begrifflichkeiten nicht von Bedeutung, denn es kommt für ihn immer darauf an, was und vor allem wer dahinter steht. Für ihn ist es wichtiger, darauf Acht zu geben, die Klienten nicht zu verwalten, d.h. in irgendwelche Maßnahmen zu stecken.¹⁰ Auch das SGB VIII verwendet nicht den Begriff "JGH", sondern spricht von "Mitarbeitern des Jugendamtes", was zeigt, dass im SGB VIII, der Fokus auf der Arbeit der Jugendhilfe liegt.

Gemäß § 38 Abs. 2 Satz 2 JGG erforscht die JGH die Persönlichkeit, die Entwicklung und Umwelt des Beschuldigten und unterstützt damit die beteiligten Behörden. Außerdem äußert sie sich nach § 38 Abs. 2 Satz 2 JGG zu den zu ergreifenden Maßnahmen. Der Fokus der JGH liegt gemäß § 38 Abs. 2 Satz 1 JGG auf den erzieherischen, fürsorgerischen und sozialen Aspekten. Desweiteren wird die JGH laut § 38 Abs. 1 JGG von den Jugendämtern in Kooperation mit anderen Trägern der Jugendhilfe ausgeübt.

Nach Jansen und Riehle nimmt die JGH im Rahmen des Jugendstrafverfahrens eine entscheidende Rolle ein. Sie orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen des Täters und berücksichtigt soziale Gesichtspunkte. Zudem steht sie während des gesamten Verfahrens für den jungen Straftäter und seine Erziehungsberechtigten zur Verfügung.¹¹ Kirsten Heisig¹² ist der Ansicht, dass die JGH die Hauptverhandlung vorbereitet, in dem sie den

⁸ Stellungnahme von Herrn S.

⁹ vgl. Interview 2 Frau Hase, Zeile 202-216

¹⁰ vgl. Interview 1 Herr Fuchs, Zeile 165-168

¹¹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154

¹² Kirsten Heisig war eine Jugendrichterin in Berlin und nahm sich 2010 das Leben. Vorher stellte sie noch ihr Buch fertig und schickte es an ihren Verlag.

lebensweltlichen Hintergrund der Angeklagten ermittelt und in der Hauptverhandlung einen sinnvollen pädagogischen Vorschlag äußert. Darüber hinaus ist es ihre Aufgabe, richterliche Anordnungen zu überwachen.¹³

Aus Sicht von Müller und Trenczek, stellt die JGH eine andere Aufgabe der Jugendhilfe dar, welche dem Jugendamt (JA) vom SGB VIII übertragen wurde.¹⁴

2.2 Sozialpolitische Verortung

Gem. § 2 Abs. 3 Nr. 8 SGB VIII ist die Jugendgerichtshilfe eine andere Aufgabe der Jugendhilfe.¹⁵ Daraus ist abzuleiten, dass die JGH ein Sachgebiet innerhalb des Jugendamtes bzw. Amt für Familie und Jugend ist. Die Mitwirkung der JGH in Verfahren nach dem JGG ist im § 52 SGB VIII geregelt, auf welchen im § 2 Abs. 3 Nr. 8 SGB VIII verwiesen wird.

Diese Mitwirkung obliegt zunächst Trägern der öffentlichen Jugendhilfe (§ 3 Abs. 3 Satz 1 SGB VIII). Die Sachliche Zuständigkeit ergibt sich aus dem § 85 Abs. 1 SGB VIII für örtliche Träger, es sei denn, überörtliche Träger sind sachlich zuständig. Im § 69 SGB VIII werden Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendämter und Landesjugendämter beschrieben. Örtliche Träger müssen laut § 69 Abs. 3 SGB VIII zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein Jugendamt und überörtliche Träger ein Landesjugendamt einrichten. Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich gem. § 87b i.V.m. §§ 86 Abs. 1 bis 4, 86a Abs. 1 bis 3 SGB VIII bei Jugendlichen aus dem gewöhnlichen Aufenthalt¹⁶ der Eltern und bei Heranwachsenden aus dem eigenen gewöhnlichen Aufenthalt.¹⁷

Liegt die Verantwortung der JGH gem. § 85 SGB VIII beim Jugendamt, so kann dieses aufgrund des kommunalen Selbstverwaltungsrechts die Organisationsform selbst bestimmen. Es gibt die Möglichkeit, eine eigene Abteilung innerhalb des Jugendamtes, eine eigenständige Abteilung im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), eine Arbeitsgruppe innerhalb des ASD oder ein Vertiefungsgebiet innerhalb der Allgemeinen Erziehungshilfen dafür zu wählen.¹⁸

¹³ vgl. Heisig 2010, S. 45 (57)

¹⁴ vgl. Trenczek/Müller 2011, in: Otto/Thiersch (Hrsg.), S. 676 (681)

¹⁵ vgl. Laubenthal u.a. 2010, Rdz 174, S. 79

¹⁶ Der gewöhnliche Aufenthalt, ist der Ort, der erkennen lässt, dass jemand dort nicht nur vorübergehend verweilt. Als Zeitrahmen wird ein zusammenhängender Aufenthalt von mehr als sechs Monaten angesehen. vgl. § 9 Abgabenordnung (AO), in: Dejure.org 2014

¹⁷ vgl. Laubenthal u.a. (Hrsg.) 2010, Rdz 175, S. 80

¹⁸ vgl. Laubenthal u.a. (Hrsg.) 2010, Rdz 176, S. 80

Laut § 3 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII können die anderen Aufgaben der Jugendhilfe an freie Träger übertragen werden, so dass die JGH nach § 76 Abs. 1 SGB VIII mit Verweis auf § 52 SGB VIII ebenso von freien Vereinigungen durchgeführt werden könnte.¹⁹ Trotzdem bleibt das Jugendamt gemäß § 76 Abs. 2 SGB VIII für die Erfüllung der Aufgaben verantwortlich.²⁰

2.3 Gesetzliche Grundlagen

Rechtliche Grundlagen der JGH sind das Jugendgerichtsgesetz (JGG) und das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG oder SGB VIII). Beide sind untrennbar miteinander verbunden, da in beiden Gesetzen Verweise auf das jeweils andere gemacht werden.

Für die JGH sind besonders die §§ 38 und 43 JGG entscheidend. Gemäß § 38 Abs. 3 Satz 1 JGG, ist die JGH im gesamten Verfahren gegen einen Jugendlichen heranzuziehen; dies gilt gemäß § 107 JGG auch für Heranwachsende.²¹ Die Hinzuziehung der JGH ins Verfahren, sollte nach § 38 Abs. 3 Satz 2 JGG, so früh wie möglich geschehen, was aber in der Realität schwer umsetzbar ist. Es würde voraussetzen, dass die Ermittlungsbehörden die JGH schnellstmöglich über die Sache in Kenntnis setzt.²²

Neben der Mitteilungspflicht gem. § 70 Abs. 1 Satz 1 JGG (Verfahrenseinleitung bei Jugendlichen) bzw. § 109 Abs. 1 Satz 2 JGG (Verfahrenseinleitung bei Heranwachsenden), § 72a JGG (vorläufige Festnahmen, Erlass bzw. Vollstreckung von Haftbefehlen) und § 50 Abs. 3 Satz 1 JGG (Ort und Zeit der Hauptverhandlung), befinden sich genaue Regelungen in verwaltungsinternen Richtlinien und Dienstanweisungen.²³

In der Anordnung "Mitteilung in Strafsachen" (MiStra) Nr. 32²⁴ ist die Mitteilungspflicht der Gerichte und Staatsanwaltschaft an die JGH, in Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende (§§ 38, 50, 70 Satz 1, §§ 72a, 107, 109 Abs. 1 JGG) verankert. Es sind u.a. die Einleitung des Verfahrens und der Erlass bzw. Vollzug eines Haft- oder Unterbringungsbefehls mitzuteilen.²⁵ In meinem Praktikum hat die JGH häufig erst mit der Zusendung der Anklageschrift von der Strafsache erfahren und konnte sich daraufhin erst einschalten. Herr Fuchs erfährt ebenfalls oft erst mit der Anklageschrift von dem Verfahren. Manchmal liest er auch von einem Fall in der Zeitung, ruft selbst bei der Polizei an oder bekommt einen Anruf der Polizei, z.B. bei Haftprüfungsterminen.²⁶

¹⁹ vgl. einschränkend dazu jedoch Höynck 2002, S.804, in: Laubenthal u.a. 2010, Rdz 177, S. 80

²⁰ vgl. Laubenthal u.a. 2010, Rdz 178, S. 81

²¹ vgl. Ostendorf 1998, S. 10 (13)

²² vgl. Laubenthal u.a. 2010, Rdz 179, S. 81

²³ vgl. Laubenthal 1993, S. 60 (60)

²⁴ ein Auszug aus der MiStra Nr. 32 befindet sich im Anhang

²⁵ vgl. Bundesregierung 2008: Mitteilung in Strafsachen MiStra Nr.32

²⁶ vgl. Interview 1, Zeile 49-54

Wird die JGH gem. § 38 Abs. 3 Satz 1 und 2 JGG hinzugezogen oder schaltet es sich aufgrund anderweitig erlangter Informationen ein, wird sie gem. § 52 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII zu einer Prüfung der Gewährung von Jugendhilfemaßnahmen veranlasst. Gem. § 52 Abs. 3 SGB VIII, erfolgt eine Betreuung über den gesamten Verfahrensverlauf. Diese Betreuung übernimmt ein Mitarbeiter des Jugendamtes (JA) oder ein anerkannter Freier Träger.²⁷

Laut § 43 Abs. 1 Satz 1 JGG, der insgesamt das Vorverfahren²⁸ regelt, sind die lebensweltlichen Hintergründe, der Werdegang und auch das Verhalten des Beschuldigten direkt nach der Verfahrenseinleitung zu prüfen. Zu beurteilen sind dabei die seelischen, geistigen und charakterlichen Eigenschaften des jungen Menschen. Die Erziehungsberechtigten, die Schule und Ausbildungsstätte können gemäß § 43 Abs. 1 Satz 2 JGG hierzu befragt werden. Wenn durch die Befragung dem Klienten Nachteile oder sogar der Verlust des Ausbildungsplatzes drohen, sind auf diese laut § 43 Abs. 1 Satz 3 JGG zu verzichten.

Im Kinder und Jugendhilfegesetz (KJHG) bzw. im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist die Arbeit der JGH im § 52 SGB VIII beschrieben, der die Mitwirkung des JA in Verfahren nach dem JGG regelt. Er ist Rechtsgrundlage für das Handeln der Jugendhilfe und verweist auf die Einbindung des kommunalen Jugendhelfeträgers.²⁹

Durch zwei verschiedene Aufgabenstellungen bzw. Zielsetzungen zweier unterschiedlicher Gesetze aus dem juristischen und jugendhilfeorientiertem Bereich, kommt es für die Sozialarbeiter in der JGH zu einem Doppelmandat zwischen Strafe und Erziehung bzw. Hilfe und Kontrolle, welches im Kapitel 7 ausführlich bearbeitet wird.

2.4 Anwendungsbereich des Jugendgerichtsgesetz

2.4.1 Altersstufen

Gemäß § 1 Abs. 1 JGG muss ein Jugendlicher oder ein Heranwachsender eine Tat begehen, für die er bestraft werden könnte. Im § 1 Abs. 2 JGG werden die Begriffe "Jugendlicher" und "Heranwachsender" genau definiert. "Jugendlicher" ist, wer sich zwischen dem 14. und der Vollendung des 17. Lebensjahres und "Heranwachsender" ist, wer sich zwischen dem 18. und der Vollendung des 20. Lebensjahres befindet. Beide Angaben gelten zum Tatzeitpunkt. Diese Angabe kann in einigen Fällen von entscheidender Bedeutung sein, denn zwischen der Tat bzw. Anklage und einer möglichen Verhandlung, vergehen viele Monate, so dass sich auch das Alter der Angeklagten verändert. Somit könnte aus einem

²⁷ vgl. Laubenthal u.a. 2010, Rdz 181, S. 82

²⁸ Vorverfahren meint das Prozedere vor der eigentlichen Hauptverhandlung inklusive aller Ermittlungstätigkeiten

²⁹ vgl. Trenczek 2007, in: Mündler/Wiesner (Hrsg.), Rdz 6, S. 355 (357)

Jugendlichen ein Heranwachsender werden, was im schlimmsten Fall dazu führt, dass er für seine Tat nach dem Erwachsenenstrafrecht bestraft wird.

2.4.2 Erziehungsgedanke

Der Erziehungsgedanke wird im § 2 Abs. 1 JGG als Aufgabe und Ziel des Jugendstrafrechts definiert. Ziel ist es, den Jugendlichen bzw. Heranwachsenden davon abzuhalten, weitere Straftaten zu begehen bzw. rückfällig zu werden. Im Jugendstrafrecht wird dies als Legalbewährung oder Legalverhalten bezeichnet.³⁰

Dieses Anliegen soll durch verschiedene Maßnahmen, angefangen bei einer Entschuldigung bis hin zum Freiheitsentzug, erreicht werden. Dabei geht es um den konkreten Jugendlichen, was zeigt, dass im JGG der Strafzweck die Individualprävention oder Spezialprävention³¹ ist.³²

Wichtig zu beachten ist allerdings, dass nicht hinter jeder Tat ein erzieherischer Bedarf stecken muss.³³ Eine Jugendverfehlung könnte auch innerhalb einer ganz normalen Entwicklung des jungen Menschen vorkommen.³⁴

Da auch in das Erziehungsrecht der Eltern gemäß Art. 6 Abs. 2 Grundgesetz (GG) eingegriffen wird, regelt der § 2 Abs. 1 Satz 2 JGG, dass dieses Recht in das Verfahren mit einbezogen werden soll. Jugendstrafrechtliche Maßnahmen haben dementsprechend keinen Vorrang gegenüber dem Erziehungsrecht.³⁵

Die Orientierung am Erziehungsgedanken ist schon lange Zeit im Jugendstrafrecht verankert. Seine geschichtliche Entwicklung wird im Punkt 3 genauer beschrieben. Durch die Verbindung mit dem Jugendstrafrecht, entsteht der Begriff "Erziehungsstrafrecht".³⁶

Er wird durch die JGH ins Verfahren eingebracht, denn die Sozialarbeiter verfügen über das notwendige Fachwissen, den Erziehungsgedanken auch adäquat umsetzen zu können. Die JGH erforscht gemäß § 38 Abs. 2 Satz 2 JGG, die lebensweltlichen Hintergründe der Klienten und bezieht aus erzieherischer, sozialer und fürsorglicher Sicht Stellung dazu. Schließlich gibt sie aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse einen Maßnahmenvorschlag ab. Die JGH handelt dementsprechend in erster Linie aus der pädagogischen Funktion der Jugendhilfe heraus und fungiert nicht als reiner Gerichtsdienster.

³⁰ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (49)

³¹ Die Spezialprävention hat das Ziel, den Täter von weiteren Straftaten abzuhalten (Individualprävention) vgl. Kröber u.a. 2007, S. 13 (19)

³² vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (49)

³³ vgl. Sonnen, in: Diemer et.al. 2011, JGG Kommentar § 2 Rdz 1, in: Janssen/Riehle 2013, S. 48 (50)

³⁴ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (50 ff.)

³⁵ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (51)

³⁶ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (51)

Der Erziehungsgedanke zieht sich in vielfältigen Formen durch das Jugendstrafrecht, z. B. durch den Ausschluss der Öffentlichkeit in der Hauptverhandlung (§ 48 Abs. 1 JGG) oder durch die Vorgabe, dass Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte über pädagogische sowie psychologische Kenntnisse verfügen sollten (§§ 33, 36, 37 JGG).³⁷

2.4.3 Strafrechtliche Verantwortung

Gemäß § 3 Abs. 1 Satz 1 JGG muss ein Jugendlicher zur Tatzeit nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung dazu in der Lage sein, sein Unrecht einzusehen und dementsprechend zu handeln. Wenn ein Jugendlicher dazu nicht in der Lage ist, kann der Jugendrichter laut § 3 Abs. 1 Satz 2 JGG dieselben Maßnahmen treffen wie das Familiengericht. Dazu gehören zum Beispiel die Hilfen zur Erziehung (HzE) nach § 27ff. SGB VIII. In meinem Praxissemester gab es einen Abschnitt im Jugendgerichtshilfebericht, indem die strafrechtliche Verantwortlichkeit erfasst werden sollte. Aufgrund der meist kurzen Gesprächskontakte mit den Klienten, war dies meines Erachtens nur schwer zufriedenstellend beurteilbar. In begründeten Einzelfällen, wurde im Vorfeld ein Gutachter bestellt, der die strafrechtliche Verantwortlichkeit überprüfen sollte. Hierauf wird im Punkt 4.7 genau eingegangen.

Für Heranwachsende ist dies im § 107 JGG geregelt. Die JGH hat hier dieselben Aufgaben wie bei den Jugendlichen. Die Beurteilung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit spielt hier eine wichtige Rolle, denn sie entscheidet schließlich darüber, ob das Jugendstrafrecht oder das Erwachsenenstrafrecht angewendet wird.³⁸ Auch bei den Heranwachsenden ist dies aufgrund der eingeschränkten Zeit der Beratungssprache, meiner Meinung nach, nur schwer zufriedenstellend zu beurteilen.

2.5 Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es keine einheitliche Definition der Bezeichnung "JGH" gibt. Es ist meiner Meinung nach, eine Einstellungs- und Geschmacksfrage der Fachkräfte und Verfahrensbeteiligten, ob sie den Begriff "Jugendgerichtshilfe" oder "Jugendhilfe im Strafverfahren" bevorzugen. Eine Änderung der Begrifflichkeiten verändert aus meiner Sicht nicht die individuellen Einstellungen und Arbeitsweisen der Fachkräfte.

Der Erziehungsgedanke ist für die JGH von enormer Bedeutung, denn durch ihn werden die pädagogischen Aspekte in den Fokus der Arbeit gestellt. Durch die Ansiedlung der JGH

³⁷ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 48 (52)

³⁸ vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 107, Rdz 14

beim Jugendamt, ergeben sich zwei unterschiedliche Aufgabenbereiche für den Sozialarbeiter. Es stellt sich die Frage, welches Interesse überwiegt und wie sich beide am besten vereinbaren lassen.

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Klienten, spielt für den Richter eine bedeutsame Rolle. Ihr Vorhandensein entscheidet darüber, ob der Klient für seine Tat strafrechtlich sanktioniert oder ob eine erzieherische Maßnahme verhängt wird.

3 Geschichtlicher Hintergrund

3.1 Geschichtliche Entwicklung der Jugendgerichtshilfe

Die geschichtliche Entwicklung der JHG dokumentiert in einem gewissen Rahmen auch die Auseinandersetzung von Erziehung und Strafe.³⁹

Die Jugendgerichtsbewegung forderte von Anfang an eine nicht juristische Einrichtung, die dem Gericht bei den täterorientierten Aspekten beratend zur Seite steht. Zu Beginn waren es noch ehrenamtliche Helfer der privaten Fürsorge.⁴⁰

1922 wurde die JGH erstmals im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz (RJWJ) und 1923 im Reichsjugendgerichtsgesetz (RJGG) verankert.⁴¹

Die JGH sollte ermitteln, sich im Gerichtsfahren beteiligen und auch fürsorgerische Aufgaben übernehmen. Die sogenannte Schutzaufsicht wurde zum überwiegenden Interventionsinstrument der JGH. Diese widersprüchlichen Aufgaben passten in die damalige Jugendsozialisierungsdiskussion, in der keine sozialanwaltschaftliche Jugendhilfe vorstellbar war.⁴²

Zunächst hat sich an der Aufgabe den Jugendrichter zu unterstützen kaum etwas verändert. 1953 stellte das JGG, die erzieherischen und fürsorgerischen Aspekte in den Mittelpunkt und die JGH sollte insbesondere die Aufgaben nach § 38 JGG erfüllen. Durch das Ermitteln und Berichterstaten sowie durch die Vereinnahmung im Rahmen der Strafvollstreckung, entwickelte sich die JGH zu einer Art "Prozesshilfe bzw. -hilfsorgan eigener Art"⁴³.⁴⁴

³⁹ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 1, S. 355

⁴⁰ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 1, S. 355

⁴¹ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 1, S. 355

⁴² vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 1, S. 355

⁴³ vgl. Brunner 1991, JGG, § 38 Rdz 1, in: Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 1, S. 355 (356),

⁴⁴ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 2, S. 355 ff.

Der sog. Erziehungsgedanke, welcher ein strafrechtliches Konstrukt war, beeinflusste die traditionellen Aufgabenzuschreibungen. Durch ihn lassen sich erzieherische Hilfen weder begründen oder legitimieren.⁴⁵ Die Wissenschaft und Praxis füllte diesen Begriff trotzdem mit repressiven⁴⁶ Ordnungsvorstellungen und fügte der Strafe selbst eine erzieherische Funktion zu ("Erziehung statt Strafe"). Heute ist das Ziel des Jugendstrafrechts, (weitere) Straftaten zu verhindern⁴⁷ (Legalbewährung⁴⁸). Das JGG regelt die Voraussetzungen für die Reaktion auf Straftaten, klärt aber keine Fragen über den erzieherischen Bedarf, den die Jugendhilfe abdecken soll.⁴⁹

Diese widersprüchlichen Aufgabenstellungen; einerseits jugendhilfeorientiert und andererseits jugendstrafrechtlich, führten zu Konflikten im Aufgaben- und Selbstverständnis der JGH.⁵⁰ Aus den eigenen Reihen wurde die JGH als "Souterrain der Justiz"⁵¹ bezeichnet. Die Praxis der JGH hatte sich weitgehend pragmatisch eingerichtet und sich auf die JGH Berichte, die Äußerung von Sanktionsvorschlägen und die Wahrnehmung der Gerichtstermine beschränkte. Die inhaltliche und methodische Arbeit der JGH wurde lange nicht berücksichtigt.⁵²

1990 bildete sich eine neue Konzeption der JGH heraus, die eine inhaltliche und methodische Arbeit in den Fokus rückte. Es sollte dem Klienten eine Hilfe (auch vor Gericht) gegeben werden. Die Förderung von Handlungskompetenzen und die Bereitstellung von Hilfsangeboten, sollte die Aufgabe sein und nicht das "Erziehen durch Strafen".⁵³ Diese neue Gestaltung der JGH steht in einem engen Zusammenhang mit dem ebenfalls 1990 eingeführten SGB VIII, denn dadurch wandelte sich das Selbstverständnis der Jugendhilfe und somit auch die JGH.

Besonders deutlich wird dies durch die neu aufgenommenen Datenschutzbestimmungen.⁵⁴ Diese Veränderung findet sich in den rechtlichen Rahmenbedingungen des Handelns

⁴⁵ vgl. Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 3, S. 355 (356)

⁴⁶ repressiv meint bestrafend

⁴⁷ vgl. Ostendorf 2007, JGG Grundlagen zu §§ 1-2 Rdz 3ff.; Trenzcek 2000, S. 72 ff. m.w.N., in: Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 3, S. 355 (356)

⁴⁸ Legalbewährung ist eine Definition aus dem Jugendstrafrecht und meint, dass die Jugendlichen und Heranwachsenden davon abgehalten werden sollen, (weitere) Straftaten zu begehen.

⁴⁹ vgl. Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 3, S. 355 (356)

⁵⁰ vgl. BMJFG BT-Dr. 6/3170 (1972), S. 66, in: Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 4, S. 355 (356)

⁵¹ vgl. Müller/Otto 1986, S. 7, in: Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 4, S. 355 (357)

⁵² vgl. Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 5, S. 355 (357)

⁵³ vgl. Trenzcek 2007, in: Münster/Wiesner (Hrsg.), Rdz 5, S. 355 (357)

⁵⁴ vgl. Faltermeier 1991 in: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), S. 28 (34)

wieder.⁵⁵ Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden bereits ausführlich im Kapitel 2.3 beleuchtet.

Um die heutigen Aufgabenstellungen und besonders das Doppelmandat in der JGH zu verstehen, ist es unerlässlich, sich mit der Geschichte der Jugendgerichtshilfe auseinander zu setzen. Die JGH kämpft seit ihrer Existenz mit den Schwierigkeiten des doppelten Mandats, welches im 7. Kapitel umfassend betrachtet und analysiert wird.

Die Anforderungen in der JGH haben sich wenig verändert, nur die erzieherische Arbeit, also die jugendhilfeorientierte Arbeit, gewinnt mehr an Bedeutung. Dadurch kommt es ebenso zu einer Aufwertung der Arbeit der Sozialarbeiter in der JGH, weil diese die erzieherischen Aspekte in die Arbeit einbringen und umsetzen.

4 Die weiteren Verfahrensbeteiligten im Jugendstraßprozess

4.1 Beschuldigter

Dem Beschuldigen stehen alle Rechte aus der Strafprozessordnung (StPO) und dem JGG zu, egal wie alt er ist. Er kann sich gemäß § 67 Abs. 1 JGG einen Verteidiger suchen, der ihn im Verfahren vertritt.⁵⁶ Da die Beschuldigten besonders schutzbedürftig sind, haben sie Anspruch auf einen Sonderstatus. Die Schutzbedürftigkeit erklärt sich durch die geringen Kenntnisse, die Unterlegenheit im Alter und sozialen Status gegenüber Erwachsenen und fehlenden oder geringen finanziellen Mitteln. Für den jungen Beschuldigten stellt das gesamte Verfahren eine große emotionale sowie psychische Belastung dar, die in ihm Ängste wecken und ihn einschüchtern kann. Die nicht öffentliche Hauptverhandlung laut § 48 JGG, erleichtert dem Klienten die Hauptverhandlung, da er vor einer geringen Anzahl von Personen reden muss. Eventuelle Diskriminierungen der Zuschauer bleiben ihm erspart.⁵⁷

4.2 Jugendstaatsanwälte

Es sind gemäß § 36 JGG spezielle Jugendabteilungen einzurichten. Die Jugendstaatsanwälte haben laut § 82 JGG fast die gleichen Aufgaben wie im Erwachsenenstrafrecht, mit Ausnahmen der Vollstreckung, die im Jugendstrafrecht der Richter übernimmt.⁵⁸ Nach den §§ 36, 37 JGG sollen die Jugendstaatsanwälte erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein. In der Realität kostet dieses Vorhaben viel Zeit, Arbeit und Geld. Deshalb sind auch nur wenige besonders qualifizierte

⁵⁵ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 6, S. 355 (357)

⁵⁶ vgl. Zieger 1998, Rdz 110, S. 70

⁵⁷ vgl. Zieger 1998, Rdz 111, S. 70

⁵⁸ vgl. Ostendorf 1998, S. 10

Jugendstaatsanwälte in der Praxis anzutreffen.⁵⁹ Die Jugendstaatsanwälte haben die Möglichkeit, das Verfahren nach § 153 StPO (Absehen von einer Verfolgung; Einstellung) einzustellen. Für Richter ist eine Verfahrenseinstellung nach § 170 StPO (Anklageschrift; Einstellung) möglich. Der § 153 StPO steht in Verbindung mit dem Diversionsverfahren⁶⁰, was in den §§ 45, 47 JGG geregelt ist. Wenn die Voraussetzungen des § 153 StPO erfüllt sind, kann der Staatsanwalt laut § 45 Abs. 1 JGG, ohne Zustimmung des Richters, das Verfahren einstellen. Dasselbe gilt für den § 47 JGG, wonach der Richter nach Erhebung der Anklage das Verfahren einstellen kann, wenn bestimmte Voraussetzungen⁶¹ vorliegen.

4.3 Strafverteidiger

Ein Strafverteidiger muss nicht speziell aus dem Bereich des Jugendstrafrechts kommen, macht aber für eine effektive Strafverteidigung Sinn.⁶² Für ihn gibt es im Gesetz keine besonderen Handlungsanweisungen; er wird nur in den §§ 68, 83 Abs. 3 Satz 2 JGG erwähnt.⁶³ Für den Jugendlichen kann es eine wichtige Rolle spielen, den Verteidiger an seiner Seite sitzen zu haben. Er kann ihm in der schwierigen Situation Sicherheit vermitteln.⁶⁴ Im Kreis Unna war es eine Seltenheit, dass die Klienten einen Verteidiger hatten. Nur in Ausnahmefällen und bei extremen Straftaten, war ein Verteidiger zugegen oder es wurde dem Klienten vom Gericht ein Pflichtverteidiger zugewiesen.

4.4 Jugendgerichte

In Jugendgerichten sind auf richterlicher Ebene spezielle Jugendrichter als Einzelrichter, als Schöffenrichter (Jugendschöffengericht) und als Richter in einer Strafkammer (Jugendstrafkammer) eingesetzt.⁶⁵

Der Jugendrichter ist die zentrale Figur im Jugendstrafverfahren und hat eine große Verantwortung, denn er kann das Leben des Klienten, nachhaltig im positiven und negativen Sinne beeinflussen. Nach § 37 JGG sollte er Erfahrungen im Umgang mit Jugendlichen haben sowie erzieherisch befähigt sein. Er sollte ein gutes Gleichgewicht zwischen Strafen und Erziehen schaffen.⁶⁶

⁵⁹ vgl. Zieger 1998, Rdz 119, S. 70 (77)

⁶⁰ Diversion ist die Ersetzung einer förmlichen Sanktionierung

⁶¹ hierzu zählen unter anderem die Voraussetzungen des § 153 StPO, wenn eine erzieherische Maßnahme eingeleitet, ein richterliches Urteil entbehrlich oder der Angeklagte mangels Reife strafrechtlich nicht verantwortlich ist. vgl. § 47 Abs.1 Nr.1-4 JGG

⁶² vgl. Ostendorf 1998, S. 10 (12)

⁶³ vgl. Zieger 1998, keine Rdz, S. 70 (91)

⁶⁴ vgl. Zieger 1998, Rdz 141, S. 70 (91)

⁶⁵ vgl. Ostendorf 1998, S. 10 (11)

⁶⁶ vgl. Zieger 1998, Rdz 127, S. 70 (82)

Jugendschöffen sollen gemäß § 35 Abs. 2 Satz 2 JGG eine erzieherische Befähigung aufweisen und Erfahrungen in der Jugenderziehung haben. In der Praxis zeigt sich, dass wenig Schöffen aus Erziehungsberufen ausgewählt werden. Dies ist mit dem besonderen Auswahlverfahren zu begründen, welches ebenfalls im § 35 JGG beschrieben ist.⁶⁷

4.5 Gesetzlicher Vertreter

Weiterhin spielt der gesetzliche Vertreter der Klienten eine wichtige Rolle. Die Jugendlichen sind häufig mit der Situation bei den Behörden und im Gericht überfordert. Sie unterliegen der elterlichen Sorge nach § 1626 BGB und bekommen nach § 67 JGG einen erziehungsberechtigten gesetzlichen Vertreter zur Seite gestellt. Dieser kann angehört werden, sowie Fragen und Anträge stellen.⁶⁸ Die Eltern und Erziehungsberechtigten haben in der Praxis nur eine geringe Bedeutung, obwohl sie über eine starke Rechtsstellung verfügen.⁶⁹ Meine Praxiserfahrungen in der JGH des Kreises Unna spiegeln dies ebenfalls wieder. Die wenigsten Eltern sind überhaupt in der Hauptverhandlung erschienen.

4.6 Polizei

Die Polizei unterstützt die Staatsanwaltschaft im Rahmen der Strafverfolgung und muss ihren Weisungen folgen.⁷⁰ Sie prägt maßgeblich das Bild des Klienten und übernimmt somit eine wichtige Funktion im Jugendstrafverfahren. Das JGG enthält keine besonderen Regelungen über das Verhalten von Polizei gegenüber Klienten.⁷¹ Es gibt lediglich die Polizeidienstvorschrift (PDV) 382⁷², die die Bearbeitung von Jugendstrafsachen regelt.

4.7 Sachverständiger

Zu den Sachverständigen und die Auswahl dieser, gibt es im JGG keine gesonderten Regelungen. Gemäß § 43 Abs. 2 JGG wird ihnen eine besondere Bedeutung zugesprochen, z.B. bei der Feststellung des Entwicklungsstandes des Beschuldigten.⁷³ Wann ein Sachverständiger bestellt werden soll, ist in der Praxis sehr umstritten. Der Jugendrichter stützt sich oft auf seine eigene Fachkompetenz und den Bericht der Jugendgerichtshilfe.⁷⁴ Es werden häufig dieselben Sachverständigen eingesetzt wie im Erwachsenenstrafrecht, was im Widerspruch zu dem § 43 Abs. 2 JGG steht, wo ausdrücklich ein besonders

⁶⁷ vgl. Zieger 1998, Rdz 130, S. 70 (85)

⁶⁸ vgl. Ostendorf 1998, S. 10 (14ff.)

⁶⁹ vgl. Zieger 1998, Rdz 114, S. 70 (73)

⁷⁰ vgl. Ostendorf 1998, S. 10

⁷¹ vgl. Zieger 1998, Rdz 117, S. 70 (75)

⁷² ein Auszug aus der PDV 382 befindet sich im Anhang

⁷³ vgl. Zieger 1998, Rdz 133, S. 70 (87)

⁷⁴ vgl. Zieger 1998, Rdz 135, S. 70 (87)

befähigter Sachverständiger gefordert wird.⁷⁵ Während meiner Praktikumszeit erlebte ich, dass Gutachter bzw. Sachverständige aufgrund von Verkehrsdelikten hinzugezogen wurden, z.B. beim Fahren ohne Fahrerlaubnis (FOF) und beim Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit. Außerdem wurde in zwei Fällen ein Gutachter im Vorfeld der Verhandlung hinzugezogen, um die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Klienten zu prüfen.

4.8 Bewährungshelfer

Sie haben im Jugendstrafverfahren eine ähnliche Stellung wie die JGH. Ihre Arbeit ist ebenfalls geprägt von dem Doppelmandat von Hilfe auf der einen und Kontrolle auf der anderen Seite. Aufgrund des häufig intensiveren Kontakts sowie einer eventuell aufgebauten Vertrauensbasis zum Klienten, kann sie im Gegensatz zur JGH mehr über die weitere Entwicklung des Klienten berichten. Nach § 50 Abs. 4 JGG soll der Bewährungshelfer bei Teilnahme ausdrücklich in der Hauptverhandlung zu Wort kommen.⁷⁶

4.9 Zusammenfassung

Es gibt eine Reihe von beteiligten Personen im Strafverfahren. Um einen reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, ist eine gute Zusammenarbeit unerlässlich. Alle Beteiligten sind ein Teil des Jugendstrafverfahrens, aufeinander angewiesen sowie von der Arbeit der anderen abhängig.

5 Aufgaben der Jugendgerichtshilfe

5.1 Allgemeines

Nach §§ 2 Abs. 3 Nr. 8, 52 GSB VIII i.V.m. § 38 Abs. 2 JGG werden die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen, also sozialpädagogischen sowie jugendhilferelevanten Gesichtspunkte durch die Jugendämter ins Verfahren eingebracht.⁷⁷

Herr Fuchs sieht seine Aufgabe in der JGH in der Begleitung von Jugendlichen als auch jungen Erwachsenen im Strafverfahren. Es sollte frühzeitig Kontakt zu den Klienten aufgenommen werden, um eventuelle Bedarfe festzustellen und diese zu verwirklichen. Desweiteren äußerte er, dass es ebenso um die Betreuung im weiteren Verfahren geht. Es werden Maßnahmen und Auflagen vermittelt und begleitet, wie z. B. die Freizeitarbeit (FZA). Die Begleitung im Strafvollzug sieht er als ebenfalls eine seiner Aufgaben an, indem er die Klienten dort aufsucht und mit den Kollegen vor Ort überlegt, wie eine Wiedereingliederung

⁷⁵ vgl. Zieger 1998, Rdz 136, S. 70 (88)

⁷⁶ vgl. Zieger 1998, Rdz 138, S. 70 (89)

⁷⁷ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), S. 355 (358)

erfolgen kann. Außerdem nennt er aus aktuellem Anlass die Aufgabe, bei Haftprüfungsterminen dabei zu sein.⁷⁸

Frau Hase ist auch die Begleitung und Unterstützung des Klienten im Jugendstrafverfahren wichtig. Sie möchte einen pädagogisch sinnvollen Maßnahmenvorschlag vor Gericht äußern und dem Klienten ein Stück Sicherheit vermitteln.⁷⁹

5.2 Ermittlung und Entscheidungshilfe

Im strafrechtlichen Verfahren ist der Sozialarbeiter nicht „Anwalt“ der Jugendlichen im juristischen Sinne, sondern eine pädagogische Fachkraft. Dieser ermittelt vor der Hauptverhandlung die Lebenssituation des Jugendlichen, seinem Werdegang, die Motivation und Hintergründe der angeklagten Tat. Die JGH berät im Vorfeld über die Bedeutung und Folgen der Straftat. Zudem erläutert sie mögliche Sanktionen. Darüber hinaus begleitet sie die Klienten zu Gericht.⁸⁰

Ziel der Ermittlungs- und Entscheidungshilfe ist es, durch die Erforschung der Persönlichkeit des Klienten, die erzieherischen, sozialen und fürsorgerischen Tätigkeiten vor Gericht zur Geltung zu bringen.⁸¹ Gem. § 38 Abs. 2 Satz 2 JGG werden dadurch die beteiligten Behörden unterstützt. Der § 43 JGG regelt den Inhalt und Umfang dieser Hilfe. Die Lebensumstände, der bisherige Werdegang sowie das bisherige Verhalten der Klienten stehen dabei im Vordergrund. Aufgrund dessen bringt die JGH ihre sozialpädagogische Kompetenz in das Strafverfahren ein.⁸² Es ist die Hauptaufgabe der Ermittlungen, die Umstände zu erkunden, damit eine verlässliche Entscheidung über die strafrechtliche Verantwortlichkeit nach § 3 Satz 1 JGG oder eine Entscheidung nach § 105 JGG über die Anwendung von Jugend- oder Erwachsenenstrafrecht getroffen werden kann.⁸³

Die JGH stellt sicher, dass die jungen Straftäter, die ihnen zustehenden Sozialleistungen bekommen. Dabei kann sie das gesamte Spektrum der Jugendhilfe einbeziehen.⁸⁴ Wenn sich die JGH nur auf die "NAM" (neue ambulante Maßnahmen) beschränkt, wäre das wenig

⁷⁸ vgl. Interview 1 Herr Fuchs, Zeile 28-43

⁷⁹ vgl. Interview 2, Zeile 208-211

⁸⁰ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 6 ff.

⁸¹ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), Kurzkommentar SGB VIII, § 52, Rdz 6

⁸² vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), Kurzkommentar SGB VIII, § 52, Rdz 6

⁸³ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), Kurzkommentar SGB VIII, § 52, Rdz 7

⁸⁴ vgl. Münder u.a. FK-SGB VIII (keine Jahreszahl) § 52 Rdz 77, in: Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 9, S. 355 (359)

sinnvoll, denn die Umsetzung und Überwachung dieser, ohne sozialpädagogische Betreuung, ist keine Aufgabe des Jugendamtes (JA).⁸⁵

5.3 Haftentscheidungshilfe und U-Haftvermeidung

Bei dieser Hilfe ist die JGH ebenfalls involviert. Der § 38 Abs. 2 Satz 3 JGG regelt die beschleunigte Sachstandsmitteilung der JGH. Die Strafprozessorgane haben die Pflicht, die JGH unverzüglich zu informieren, damit sie ihre Ermittlungsarbeit aufnehmen und ihre Ergebnisse einbringen kann. Dies hat eine U-Haftvermeidung zum Ziel. Die JGH bringt alle in der Person liegenden Hintergründe und möglichen Alternativen in Erfahrung und stellt diese dem Staatsanwalt und Haftrichter vor.⁸⁶

5.4 Teilnahme an der Hauptverhandlung

Die Teilnahme der JGH an der Hauptverhandlung ist nur unzureichend definiert.⁸⁷ Sie stellt eine Aufgabe aber auch ein Recht der JGH im Jugendstrafverfahren dar. Im § 38 Abs. 2 Satz 4 JGG gibt es die Regelung, dass derjenige zur Hauptverhandlung gehen soll, der auch die Ermittlungsarbeit geleistet hat. Im § 50 Abs. 3 JGG soll der JGH der Ort und die Zeit der Hauptverhandlung mitgeteilt werden.⁸⁸ Die Teilnahme liegt aber im pflichtgemessen Ermessen des Sozialarbeiters. Dies ergibt sich nicht aus gerichtlichen Verfahrensregeln, sondern aus dem SGB VIII. Der Sozialarbeiter prüft nach § 52 Abs. 3 SGB VIII und nach sozialpädagogischen Gesichtspunkten, ob eine Anwesenheit im konkreten Fall erforderlich ist. Das Gericht hat keine Möglichkeit, weder nach § 33 Familiengerichtsgesetz (FGG)⁸⁹ noch nach der StPO, den Sozialarbeiter zwangsweise vorzuladen.⁹⁰

5.5 Sozialpädagogische Stellungnahme

Die durch ihre Ermittlungstätigkeit gewonnenen Erkenntnisse, stellt die JGH in einem JGH-Bericht zusammen. Umso früher dieser Bericht dem Gericht und der Staatsanwaltschaft vorliegt, desto eher kann er Einfluss auf bereits bestehende Entscheidungen nehmen.⁹¹ Das JGG regelt aber nicht, wie ein solcher Bericht ins Hauptverfahren eingeführt werden soll. Es gibt die Möglichkeiten, dass die JGH den Bericht selbst vorstellt, der Richter den Bericht

⁸⁵ vgl. Trenczek ZJJ, Ausgabe 1/2004, S. 57ff., in: Trenczek 2007, in: Mündler/Wiesner (Hrsg.), Rdz 9, S. 355 (359)

⁸⁶ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 12

⁸⁷ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 13

⁸⁸ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 13

⁸⁹ das FGG ist seit dem 1.9.2009 Bestandteil des "Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit" (FamFG), vgl. Justizministerium des Landes NRW 2006-2010, o.S.

⁹⁰ vgl. Trenczek 2007, in: Mündler/Wiesner (Hrsg.), Rdz 21, S. 342 (351)

⁹¹ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 11

verliert oder der Sozialarbeiter der JGH als Zeuge vernommen wird.⁹² Welche einzelnen Punkte in den Bericht gehören und welchen Stellenwert dieser im Verfahren hat, wird im Kapitel 7.3.4 genau ergründet.

5.6 Überwachung

Die JGH überwacht laut § 38 Abs. 2 Satz 5 JGG nach der Verhandlung die Auflagen (§ 15 JGG) und Weisungen (§ 10 JGG) der Gerichte, wenn dafür kein Bewährungshelfer bestellt worden ist. Die Weisungen und Auflagen können auch in Form von Erziehungsmaßregeln oder Zuchtmitteln oder bei einer Verfahrenseinstellung verhängt werden. Darauf wird im Punkt 5.8 genau eingegangen.

Laut § 38 Abs. 2 Satz 6 JGG muss die JGH "erhebliche Zuwiderhandlungen" dem Gericht melden, was einen Ungehorsamsarrest nach sich ziehen kann, der im §§ 11 Abs. 3, 15 Abs. 3 Satz 2 JGG geregelt ist. Die JGH hat hier die Aufgabe eine Sanktionseskalation zu vermeiden. Darüber hinaus kann die JGH laut §§ 11 Abs. 2, 15 Abs. 3 Satz 1 JGG eine Änderung oder Befreiung von einer Sanktion durch den Richter erwirken, wenn diese für den Klienten unzumutbar und nicht erfüllbar ist.⁹³

5.7 Mitwirkung bei Diversionen (informelles Verfahren)

Wie in Punkt 4.2 bereits erwähnt, ist die Diversion in den §§ 45 (Einstellung der Staatsanwaltschaft) und 47 JGG (Einstellung des Richters im Verfahren) geregelt. Ziele der Diversion sind, die Vermeidung einer unnötigen Belastung des Klienten, der Vorrang von außerstrafrechtlichen erzieherischen Einwirkungen und die Entlastung der Strafjustiz.⁹⁴ Im Praktikum bekam die JGH die Diversionsakte zugesandt und konnte dann entweder selbst eine Maßnahme festlegen oder ist der Weisung der Staatsanwaltschaft gefolgt. Nach erfolgreicher Beendigung wurde die Akte zurückgesendet und das Verfahren in den meisten Fällen eingestellt. Nur selten kam es zu Unstimmigkeiten aufgrund der ausgeführten Maßnahmen.

Die JGH sollte auch bei bereits erhobener Anklage mit erzieherischen Maßnahmen versuchen, eine Verhandlung zu umgehen. In der Verhandlung selbst, sollte sie auf eine Einstellung des Verfahrens hinwirken und durch intensive ambulante Maßnahmen versuchen freiheitsentziehenden Maßnahmen zu umgehen.⁹⁵

⁹² vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 15

⁹³ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 18

⁹⁴ vgl. Ostendorf 1998, S.16

⁹⁵ vgl. Arbeitsgruppe JGH in der DVJJ 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 85 (92)

5.8 Mitwirkung bei jugendrichterlichen Sanktionen (formelles Verfahren)

Reicht eine Diversion nicht mehr aus, werden andere jugendrichterliche Sanktionen angewandt, in welche die JGH unterschiedlich eingebunden wird. Jugendstrafrechtliche Sanktionen können Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, die Aussetzung bei Verhängung einer Jugendstrafe nach § 27 JGG, die Jugendstrafe auf Bewährung laut §§ 21-24 JGG, die unbedingte Freiheitsstrafe gemäß § 17 JGG, die Maßregeln zur Besserung und Sicherung nach § 7 JGG⁹⁶ und der neu eingeführte Warnschussarrest⁹⁷ nach § 16a JGG sein. Diese Sanktionen werden nach dem Subsidiaritätsprinzip verhängt, was bedeutet, dass sie unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit stehen. Im Jugendstrafrecht gibt es eine dreifach angelegte Subsidiarität; informelle vor formellen Sanktionen, jugendhilfeorientierte vor strafrechtlichen Maßnahmen und ambulante vor freiheitsentziehenden Maßnahmen.⁹⁸

Da die JGH bei den Erziehungsmaßregeln und Zuchtmitteln eine entscheidende Rolle einnimmt, werden diese im Folgenden kurz erläutert. Erziehungsmaßregeln werden nur bei einem bestehenden Erziehungsbedarf angewandt, denn sie haben das Ziel zu erziehen. Sie werden unterteilt in Weisungen nach § 10 JGG und Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung (HzE) nach § 12 JGG. Bei Heranwachsenden entfallen die HzE laut § 105 Abs. 1 JGG aufgrund ihrer Volljährigkeit.⁹⁹ Laut § 38 Abs. 3 Satz 3 JGG, ist die JGH vor der Erteilung von Weisungen anzuhören, um zu äußern, ob sie die vorgeschlagene Weisung aus erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Aspekten für sinnvoll erachtet. Sie kann dem Gericht auch einen Alternativvorschlag unterbreiten.¹⁰⁰

Durch Zuchtmittel soll die Strafe geahndet werden und als Abschreckung für weitere Straftaten dienen. Sie werden unterteilt in Verwarnungen, Auflagen sowie Arrest.¹⁰¹ Eine richterliche Verwarnung wird häufig in Verbindung mit Auflagen verhängt, um dem Jugendlichen ein Unrechtsbewusstsein zu vermitteln. Diese Form der Sanktion könnte bei der JGH auf Einwände und Unverständnis stoßen, denn sie entsprechen nicht den pädagogischen Zielen der Jugendhilfe.

⁹⁶ vgl. Ostendorf 1998, S. 28 ff.

⁹⁷ der Warnschussarrest wurde 2013 eingeführt und gibt dem Richter unter bestimmten Voraussetzungen (vgl. § 16a Abs.1 Nr.1 bis 3 JGG) die Möglichkeit, einen Jugendarrest neben einer Jugendstrafe auf Bewährung zu verhängen. Seine Einführung ist sehr umstritten, denn der Jugendarrest weist eine ungünstige Bilanz auf. Die Mehrheit begeht trotzdem wieder Straftaten, was sich voraussichtlich auch die eingeführte Kombination aus Jugendstrafe auf Bewährung und Jugendarrest nicht verbessern wird. vgl. hierzu Mollik 2012, 29 (35)

⁹⁸ vgl. DVJJ- Journal Extra, 2. Jugendstrafrechtsreform- Kommission. Abschlussbericht, S. 1 (14)

⁹⁹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 94 (97)

¹⁰⁰ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 94 (98)

¹⁰¹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 94 (109)

5.9 Betreuung und Aufsicht

Die Betreuungsweisung ist im § 10 Abs. 1 Nr. 5 JGG geregelt. Die JGH begleitet den Jugendlichen oder Heranwachsenden für einen befristeten Zeitraum in seinem Leben.¹⁰² Der Richter kann gem. § 10 Abs. 1 Nr. 5 JGG aber auch andere Personen dazu beauftragen.

5.10 Hilfeplanung im Verfahren

Auf den ersten Blick sind die beiden Komponenten, Hilfeplanung und Mitwirkung im Strafverfahren, zwei unterschiedliche Tätigkeitsbereiche. Die Zusammenarbeit ist jedoch gesetzlich im § 52 SGB VIII verankert. Dass die Jugendhilfe auch bei Weisungen des Richters eigenverantwortlich handeln kann, besagt der § 36a Abs. 1 SGB VIII. Grundlage für die Hilfeplanung im Strafverfahren bilden die §§ 1 und 2 SGB VIII und nicht der im JGG verankerte Erziehungsgedanke. Die JGH muss die richterlich verhängten Weisungen nicht erfüllen, wenn sie der Hilfeplanung nach § 36 a SGB VIII widersprechen. Die Hilfeplanung findet in Kooperation mit den Jugendlichen und deren Eltern bzw. den Heranwachsenden statt, denn sie müssen die Hilfe auch selber wollen.¹⁰³ Diese Vorgabe kann in der Praxis zu Schwierigkeiten zwischen der Justiz und der JGH führen.

5.11 Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Die Zusammenarbeit von JGH und Polizei ist in der Polizeidienstvorschrift (PDV) 382 geregelt. Gerade bei Diversionsprogrammen sollte die JGH sich mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft absprechen, um ein gemeinsames Konzept zu entwickeln. Im Bereich von Verfahrenseinstellungen, gibt es mit der Staatsanwaltschaft klare Richtlinien, nach denen verfahren wird.¹⁰⁴

Sehr wichtig ist auch die Kooperation im Team des Jugendamts, indem sich die Mitarbeiter gegenseitig unterstützen. Durch kollegiale Fallbesprechungen und Supervisionen, können die Sozialarbeiter ihr Verhalten reflektieren und ggfls. verändern.

Um Diversionsprogramme, Auflagen und Weisungen umsetzen zu können, benötigt die JGH die Hilfe der Freien Träger der Jugendhilfe. Diese finden oft telefonisch oder Schriftform statt, obwohl ein fachlicher Austausch sicherlich an vielen Stellen notwendig wäre.¹⁰⁵

¹⁰² vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52 Rdz 19

¹⁰³ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154 (161)

¹⁰⁴ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154 (162 ff.)

¹⁰⁵ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154 (163)

Die Bewährungshilfe übernimmt meist die Nachbetreuung des Verurteilten. Da zwischen der Hauptverhandlung und dem Erstkontakt mit der Bewährungshilfe mehrere Wochen liegen können, besteht die Gefahr von Betreuungslücken. Die JGH kann eine Art Brückenfunktion zwischen Strafvollzug und Bewährungshilfe einnehmen, denn es ist davon auszugehen, dass sie aufgrund des Kontakt- und Verkehrsrechts, den Klienten auch im Vollzug regelmäßig besuchen wird.¹⁰⁶

Mit Beratungsstellen z.B. der Suchtberatung arbeitet die JGH eng zusammen, um die Klienten bei Bedarf vermitteln zu können.¹⁰⁷ Im Praktikum habe ich die Erfahrung gemacht, dass die Klienten neben der Straftat mit einer Reihe von anderen Schwierigkeiten wie z.B. einer Drogensucht oder Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten. Da ist ein großes Netzwerk der JGH sehr hilfreich, um schnell Hilfe suchen und vermitteln zu können.

Die JGH des Kreises Unna hat einen engen Kontakt zu den Schulsozialarbeitern der Schulen in ihrem Einzugsbereich. Sie bietet dort Präventionstage zum Thema "Was macht die JGH?" und "Jugendkriminalität" an, was die Jugendlichen aufklären sowie im Bedarfsfall den Zugang erleichtern soll.

Die Zusammenarbeit mit anderen Jugendhilfeeinrichtungen, wenn der Klient dort wohnt oder betreut wird, hat ebenfalls eine wichtige Bedeutung. Die zuständigen Fachleute kennen den Klienten meist schon intensiv und können ihn dadurch gut einschätzen.

5.12 Nachbetreuung während des Vollzugs

Der § 38 Abs. 2 Satz 9 JGG verdeutlicht, dass die JGH im gesamten Verfahren mitwirken soll, also auch im Vollzug. Ziele sind die Aufrechterhaltung der bisherigen Lebenswelt des Klienten, die Knüpfung neuer Kontakte sowie die Entlassung vorzubereiten.¹⁰⁸ Hier kommt ebenso das sog. Kontakt- und Verkehrsrecht nach § 38 Abs. 2 Satz 9 JGG zum Tragen. Die aktuell stattfindenden Veränderungen im Jugendarrest werden im Kapitel 8.7 genauer beschrieben.

5.13 Mitwirkung bei weiteren Jugendhilfeaktivitäten und Öffentlichkeitsarbeit

Bei diesen Aufgaben versucht die JGH die materielle Situation der Klienten zu verbessern. Dies geschieht durch die Ausschöpfung der Leistungen der Jugendhilfe sowie der Sozialhilfe. Die JGH vermittelt Arbeits- und Lerntrainings, um die schulischen oder

¹⁰⁶ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154 (164)

¹⁰⁷ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 154 (163 ff.)

¹⁰⁸ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52 Rdz 21

beruflichen Perspektiven der Klienten zu verbessern. Sie fungieren außerdem als Ansprechpartner und Vertrauensperson für Klienten. Im Kontakt mit dem Sozialarbeiter können die Klienten ihre Probleme loswerden. Aus dem eigentlichen Zwangskontext, kann sich eine Hilfsquelle für den Klienten entwickeln. Die JGH sollte darüber hinaus, Kontakte im Lebensraum von Jugendlichen nutzen, um das Umfeld des Klienten zu erkunden. Es kann ebenfalls sinnvoll sein, handlungsorientierte sowie erlebnisorientierte Angebote für Jugendgruppen anzubieten, gerade im Fall von Gruppenstraftaten. Positive Gruppenerlebnisse können für eine Veränderung in Gruppe sorgen. Darüber hinaus sollte die JGH auch Öffentlichkeitsarbeit in Form von Aufklärungs- bzw. Präventionsangeboten betreiben, um den Klienten den Zugang zu erleichtern.¹⁰⁹

5.14 Zusammenfassung

Die Aufgaben der JGH sind sehr vielfältig und stellen an den Sozialarbeiter der JGH hohe Anforderungen. Bei der Bewerkstelligung einiger Aufgaben, ist die JGH auf die Mithilfe anderer Verfahrensbeteiligter angewiesen. Somit ist eine funktionierende Kooperation zwischen allen Beteiligten unerlässlich, um eine gute Arbeit im Sinne des Klienten leisten zu können.

6 Die Rechte der Jugendgerichtshilfe im Jugendstraßprozess

6.1 Allgemeines

Aufgrund der Ansiedlung im Jugendamt (JA), unterscheidet sich der sozialrechtliche Handlungsauftrag in der JGH nicht von anderen gerichtsbezogenen Aufgaben des Jugendamtes. Die JGH ist keine Angestellte des Gerichts, sondern eine sozialpädagogische Fachbehörde. Sie hat im Verfahren eigene Rechte und Pflichten.¹¹⁰ Das JGG und die StPO regelt vor allem die verfahrensrechtliche Stellung der JGH Verfahren.¹¹¹ In den folgenden Punkten werden die einzelnen Beteiligungsrechte der JGH nach Trenczek kurz erläutert.

6.2 Informationsrecht

Die JGH muss laut § 50 Abs. 3 Satz 1 JGG über den Ort und die Zeit der Hauptverhandlung informiert werden. Dies sollte rechtzeitig passieren, damit die Sozialarbeiter die Möglichkeit haben, den Termin wahrzunehmen. Wenn sie nicht rechtzeitig informiert wird und dadurch

¹⁰⁹ vgl. Arbeitsgruppe JGH in der DVJJ 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 85 (96ff.)

¹¹⁰ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 7, S. 355 (358)

¹¹¹ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

nicht erscheinen kann, ist dies ein Verfahrensverstoß, auf dem das Urteil beruhen kann.¹¹² Die Folge könnte eine Revision aufgrund der verletzten Aufklärungspflicht nach § 43, § 2 Abs. 2, 244 Abs. 2 StPO nach sich ziehen.¹¹³ In meinem Praktikum wurde eine gewisse Vorlaufszeit eingehalten, sodass die Termine in den meisten Fällen wahrgenommen werden konnten.

Gemäß § 70 Satz 1 JGG hat die JGH ein Recht auf Unterrichtung der Einleitung und des Ausgangs eines Verfahrens. Für Heranwachsende gilt dies laut § 109 Abs. 1 Satz 2 JGG entsprechend. Desweiteren hat die JGH gem. § 72a Satz 1 JGG das Recht auf Mitteilung von Erlass und Vollstreckung eines Haftbefehls bzw. einer vorläufigen Festnahme.¹¹⁴ Außerdem hat die JGH ein Anwesenheitsrecht in der Hauptverhandlung, was in den § 48 Abs. 2 Satz 1 JGG und § 50 Abs. 3 Satz 1 JGG geregelt ist.¹¹⁵ Die Teilnahme an der Hauptverhandlung wurde bereits in Punkt 5.4 behandelt.

6.3 Anhörung und Äußerungsrecht

Die JGH kann sich in jedem Verfahrensstadium zu den zu ergreifenden Maßnahmen (§ 38 Abs. 2 Satz, Abs. 3 Satz 3 JGG), in informellen Verfahren und in der Hauptverhandlung (§ 50 Abs. 3 Satz 2 JGG) äußern. Darüber hinaus kann sie zu nachträglichen Entscheidungen über Weisungen und Auflagen (§ 65 Abs.1 Satz 2 JGG) oder zur Vollstreckung des Jugendarrestes (§ 87 Abs. 3 Satz 4 JGG) gehört und befragt werden.¹¹⁶

6.4 Verkehrs und Kontaktrecht

Die JGH hat nach § 38 Abs. 2 Satz 9 JGG ein Recht auf Kontakt und Verkehr mit Verurteilten während des Vollzugs der Jugendstrafe und gemäß § 93 Abs. 3 JGG und § 148 StPO auf Verkehr mit einem Klienten, der sich in Untersuchungshaft befindet. Bei diesem Recht ist die JGH einem Verteidiger gleichgestellt, d.h. Gespräche und auch Briefwechsel werden nicht kontrolliert.¹¹⁷ Der § 93 JGG ist der neuen Fassung des JGG aus dem Jahre 2014 aufgehoben.

¹¹² vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 38 Rdz 52 m.w.N, in: Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 50 Rdz 33; Meier u.a. (Hrsg.) 2011, JGG Kommentar, § 50 Rdz 37

¹¹³ vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 50 Rdz 33; Meier u.a. (Hrsg.) 2011, JGG Kommentar, § 50 Rdz 37

¹¹⁴ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

¹¹⁵ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

¹¹⁶ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

¹¹⁷ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

6.5 Antragsrecht

Die JGH kann laut § 97 Abs.1 Satz 2 JGG einen Antrag auf Strafmakelbeseitigung bei Minderjährigen stellen.¹¹⁸ Grundsätzlich ist ein solcher Antrag von Verurteilten oder seines gesetzlichen Vertreters zu stellen. Auf Antrag der JGH kann das Gericht es zulassen, wenn der Jugendliche seine Lage nicht mehr selber beurteilen kann und seine Erziehungsberechtigten dies nicht ordnungsgemäß erledigen.¹¹⁹

6.6 Grenzen der Mitwirkung

Die JGH hat kein Recht auf Akteneinsicht, kein allgemeines Fragerecht (§ 240 StPO), kein formelles Antragsrecht (Beweisrecht) und keine Möglichkeit Rechtsmittel einzulegen. Aufgrund dessen unterscheidet sich die JGH von einem Strafverteidiger, ausgenommen vom Anhörungs- und Fragerecht zu pädagogisch relevanten Themen, was aber für die Aufgabenerfüllung der JGH nicht von Bedeutung ist.¹²⁰

6.7 Zusammenfassung

Die JGH ist mit vielen Rechten ausgestattet, was sicherlich notwendig ist, um ihre Aufgaben zufriedenstellend für den Klienten sowie die Justiz erfüllen zu können. Damit lastet auf dem Sozialarbeiter aber auch eine hohe Verantwortung, was unter Umständen zu Überforderungen führen kann.

7 Das Doppelmandat der Jugendgerichtshilfe

7.1 Das Verhältnis zwischen Justiz und Jugendgerichtshilfe

Nach Hans Thiersch ist das Verhältnis von Jugendhilfe und Justiz immer noch geprägt von dem traditionellen Hierarchiebewusstsein. Besonders deutlich wird das im Diversionsverfahren, wo die Justiz letztendlich die Entscheidung trifft oder wenn die Sozialarbeiter sich in ihren Berichten nicht auf ihre sozialpädagogische Einschätzung beschränken, sondern die Kriterien der Justiz bedienen. Die Eigenständigkeit der beiden Bereiche (Justiz und Jugendhilfe) sollte endlich realisiert und danach gehandelt werden.¹²¹

Die Justiz hat laut Klaus Breymann die Erwartung, dass die JGH die Richter im Verfahren unterstützt und ihm nicht widerspricht. Dazu gehört Begründungsmaterial für das Urteil zu

¹¹⁸ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 18, S. 355 (364)

¹¹⁹ vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 97 Rdz 5; Meier u.a. (Hrsg.) 2011, JGG Kommentar, § 97 Rdz 12

¹²⁰ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), Rdz 19, S. 355 (364)

¹²¹ vgl. Thiersch 2007, in: Nikolai/Wichmann (Hrsg.), S. 43 (66)

finden, den Klienten auf die Verhandlung vorzubereiten, diese nachzubereiten und bei der Durchführung von Maßnahmen, auch bei der Diversion zu helfen. Die Aufgabe der JGH besteht darin, Hilfen zu ergründen, die den Klienten von weiteren Straftaten abhalten, also präventiv tätig sein, wo es erforderlich und begründet ist.¹²²

Auch Kirsten Heisig ist der Ansicht, dass die JGH die Hauptverhandlung vorbereiten soll und somit auch die Richter und Justiz unterstützt.¹²³

Desweiteren erwartet die Justiz nach Klaus Breymann eine Unterstützung der JGH bei sogenannten "Problemfällen". Damit sind Klienten gemeint, die erhebliche kriminelle Tendenzen oder manifeste Verhaltensweisen aufweisen, die immer wieder zu Straftaten führen. Der "Drehtüreneffekt" (rein in den Knast- raus aus dem Knast- wieder rein in den Knast) soll dadurch unterbrochen werden.¹²⁴ Die Justiz hat keine unabhängigen Forderungen an die JGH, denn es geht im präventiv-orientierten Jugendstrafrecht (Erziehungsstrafrecht), um die gemeinsame Forderung der Legalbewährung, also darum, (weitere) Straftaten zu vermeiden. Die JGH entscheidet über die geeignete Maßnahmen im Einzelfall und der Richter bestimmt dann einen rechtlich gesicherten Handlungsrahmen.¹²⁵

Die JGH dient aber auch als wichtige Entscheidungshilfe für die Gerichte. Jugendrichter sind auf die Zusammenarbeit mit der JGH angewiesen, um pädagogische Aspekte in ihr Urteil mit einfließen lassen zu können. Aus diesem Grund sollte die JGH dem Gericht einen ausführlichen Bericht mit einem Vorschlag zu einer erzieherischen Maßnahme vorlegen. In der Verhandlung sollte sie anwesend sein und von ihrem Recht auf Äußerung Gebrauch machen.¹²⁶

Der verankerte Erziehungsgedanke im JGG macht eine Mitarbeit der JGH für die Justiz unverzichtbar, denn die Sozialarbeiter verfügen über das notwendige Fachwissen, um diesen Gedanken auch adäquat umsetzen zu können.

Sozialarbeiter in der JGH bewerten ihre Kompetenz nach angenommenen Maßnahmenvorschlägen, weil sie sich dadurch in ihrer Arbeit wertgeschätzt fühlen.¹²⁷ Im umgekehrten Sinne lässt sich daraus schließen, dass die Sozialarbeiter, eine gelungene Arbeit an den angenommenen Maßnahmenvorschlägen festmachen.

¹²² vgl. Ostendorf 1987, Grundlagen zu §§ 1 und 2 Rdz 4; Pfeiffer 1983, S. 60ff., in: Breymann 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43

¹²³ vgl. Heisig 2010, S. 57 (63)

¹²⁴ vgl. Breymann 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (45)

¹²⁵ vgl. Breymann 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (47)

¹²⁶ vgl. Wilbrand/ Unbehend 1995, S. 7.

¹²⁷ vgl. Hauser (Datum unbekannt), S.194; Becker Kriminologisches- Journal (Datum unbekannt), S. 80, 108, 114; Kalugin/Theilacker DVJJ- Journal (Datum unbekannt), S. 91, 423, in: Eisenberg 2014, JGG Kommentar § 38 JGG Rdz 41a

Sozialarbeiter brauchen justizunabhängige Positionen, die sie selbstbewusst vertreten. Sie sollten sich auf ihre eigene Kompetenz berufen und sich nicht als Hilfsanwälte der Gerichte sehen. Sie sollten keine Unterscheidung mehr zwischen den Aufgaben für den Klienten sowie der Justiz machen, um sich nicht in ihrem Denken zuzüglich Handeln zu behindern. Die JGH sollte offensiv agieren, indem sie eine sozialpädagogische Kompetenz, eine hohe Fachkompetenz sowohl ein hohes Verantwortungsbewusstsein für sich beansprucht.¹²⁸ Im Gegenzug sollte die Justiz sich auf ihre eigene Fachkompetenz, der Rechtsanwendung berufen. Sie sollte sich auf die Fachlichkeit der JGH einlassen und dies nicht als Machtverlust der eigenen Rolle sehen.¹²⁹

Trotz der Verschiedenheit der beiden, können sie voneinander lernen bzw. profitieren. Die Justiz lernt von der JGH die pädagogischen Aspekte in das Jugendstrafverfahren einzubeziehen, damit sie nicht nur die Dimension der Repression¹³⁰ verwendet. Die JGH lernt im Gegenzug von der Justiz, dass das Jugendstrafverfahren einen gewissen Rahmen benötigt, in den alle Beteiligten einbezogen werden können.

7.2 Die gesetzlichen Ursachen des Doppelmandats

Wie schon in Kapitel 2.3 erläutert, sind die rechtlichen Grundlagen der JGH das SGB VIII / KJHG sowie das JGG. Diese beiden Gesetze mit unterschiedlichen Schwerpunkten (jugendhilfeorientiert und jugendstrafrechtlich), führen zu einer Hilfe nach zwei Seiten.

Der Name "Jugendgerichtshilfe" drückt bereits aus, dass eine Hilfe nach zwei Seiten erfolgen soll; zum Einen für die Jugendlichen und zum Anderen für die Gerichte bzw. für die Justiz. Dies kann zu Intra-Rollen-Konflikten bei dem Sozialarbeiter führen, weil er unterschiedliche Erwartungen erfüllen muss.¹³¹

Ostendorf spricht sogar von einer Dreifachrolle, weil er die Aspekte "Hilfe" und "Kontrolle" um die immer mehr aufkommenden Ausgleichsbemühungen im Täter-Opferausgleich (TAO) erweitert. Die JGH vertritt in dem Sinne neben den Interessen der Justiz und der Klienten auch Opferinteressen.¹³² Thomas Trenczek allerdings sieht den Rollenkonflikt als überbewertet an, denn Sozialarbeiter geraten seiner Meinung nach, stets in ein Spannungsfeld mit verschiedenen Erwartungshaltungen.¹³³

¹²⁸ vgl. Breyman 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (47)

¹²⁹ vgl. Breyman 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (47)

¹³⁰ Repression ist das Fachwort für Bestrafung

¹³¹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 6

¹³² vgl. Ostendorf 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 59

¹³³ vgl. Trenczek 2007, in: ZJJ (Hrsg.), Ausgabe 1/2007, S. 31 (38)

Frau Hase sieht in ihrem Doppelmandat keinen Unterschied zur Erziehung an sich, bei der es auch um Grenzen und bedingungsloses Annehmen geht.¹³⁴ Herr Fuchs nimmt durch das Doppelmandat auch keine großen Schwierigkeiten in seiner Arbeit wahr. Nur bei Klienten, die misstrauisch gegenüber der JGH und der Justiz sind, kann es seiner Meinung nach schwierig werden.¹³⁵

Der Rollenkonflikt des Sozialarbeiters in der JGH stellt keinen natürlichen Konflikt dar, sondern ist der Situation geschuldet, dass die Einbringung von erzieherischen Aspekten in ein vorwiegend repressiv angelegtes System, zu Reibungspunkten führt.¹³⁶ Er ist aber auch ein Stück weit unvermeidlich. Die JGH sollte ihre eigenen Ziele und Aufgaben im Verfahren verfolgen und sich nicht in den Dienst der Justiz stellen. Der § 38 Abs. 2 Satz 2 JGG und der § 61 ff. SGB VIII bieten eine Rechtslage, die beiden Parteien gerecht wird.¹³⁷

Laut Bernhard Schlick ist aber ein Rollenkonflikt unter Umständen auch förderlich in welchem Arbeitsfeld auch immer.¹³⁸ Sie können nach Klaus Breymann ein Gewinn an Ehrlichkeit und Wirklichkeit sein.¹³⁹

Durch die folgenden drei Aspekte wird nun die Widersprüchlichkeit beider Gesetze aufgezeigt.

Erziehungsgedanke im JGG und SGB VIII

Die Auffassungen zum Erziehungsgedanken weichen in beiden Gesetzen stark voneinander ab. Das JGG sieht den Erziehungsgedanken laut § 2 Abs. 1 JGG unter dem Aspekt der Strafe, um keine weiteren Straftaten zu verhindern und das SGB VIII gem. § 1 Abs. 1 SGB VIII als Förderung der Persönlichkeit des Klienten, mit dem Ziel, einen eigenständigen und gemeinschaftsfähigen Menschen zu erziehen.

Bezeichnung für Mitarbeiter

Es gibt keine einheitliche Bezeichnung für die Mitarbeiter. Im SGB VIII werden sie in § 52 Abs. 1 SGB VIII als Jugendamt bzw. im § 52 Abs. 2 SGB VIII als Mitarbeiter des JA bezeichnet. Im JGG hingegen werden sie im § 38 JGG grundsätzlich als "Vertreter der JGH" oder "JGH" an sich bezeichnet.

¹³⁴ vgl. Interview 2, Zeile 41-45

¹³⁵ vgl. Interview 1, Zeile 70-76

¹³⁶ vgl. Breymann 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (47)

¹³⁷ vgl. Schlick 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 51 (57)

¹³⁸ vgl. Schlick 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 51 (57)

¹³⁹ vgl. Breymann 1991, in: Bundesministerium für Justiz (Hrsg.), S. 43 (48)

Bestimmungen zum Sozialdatenschutz

Da der Bereich der Datenschutzbestimmungen sehr umfangreich ist, kann er aufgrund der begrenzten Seitenanzahl nur kurz angeschnitten werden.

In den Datenschutzbestimmungen wird die Zerrissenheit der beiden Gesetze besonders deutlich, denn sie sind widersprüchlich und treffen keine eindeutigen Aussagen. Die JGH bekommt nach §§ 38 und 50 JGG die Aufgabe zur Mitwirkung im Jugendstrafverfahren aufgetragen, ohne für die Datenerhebung und Verwertung eine Erlaubnis oder Befugnis im JGG zu haben. Dies ist die sozialdatenschutzrechtliche Perspektive. Aus strafrechtlicher Sicht, ergeben sich aber aus den §§ 38 und 43 JGG für die JGH Rechtfertigungsgründe, um die Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben zu erheben.

Dass die JGH bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf die datenschutzrechtlichen Befugnisse des SGB VIII zurückgreifen kann und muss, ist im § 62 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII klar definiert. Die JGH muss im Umgang mit den Sozialdaten neben dem § 35 SGB I, die §§ 67-85a SGB X und die datenschutzrechtlichen Bestimmungen gem. §§ 62 ff. SGB VIII beachten.¹⁴⁰

Personenbezogene Daten dürfen gemäß § 62 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII nur beim Klienten selbst erhoben werden. Der § 43 Abs. 3 Satz 2 JGG sieht aber auch eine Befragung der Erziehungsberechtigten und der Schule und Ausbildungsstätte vor, von der nur aufgrund von unerwünschten Nachteilen für den Klienten abgesehen werden kann (§ 43 Abs. 1 Satz 3 JGG). Wenn eine gesetzliche Regelung es vorschreibt, können Daten laut § 62 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII auch gegen die Mitwirkung des Klienten erhoben werden. Im § 62 Abs. 3 Nr. 2 c SGB VIII wird die JGH durch die Verweisung auf den § 52 SGB VIII explizit benannt, womit eine Klärung der Datenschutzdebatte geschaffen worden ist.

Datenschutzregelungen des SGB gelten nicht für Freie Träger, sondern nach § 12 SGB I nur für Leistungsträger des SGB. In diesen Fällen trifft das JA Vereinbarungen mit den Freien Trägern, um den Datenschutz in gleicher Weise sicherzustellen.¹⁴¹

7.3 Rollenkonflikte in der Arbeit mit dem Klienten

7.3.1 Beziehungsarbeit mit dem Klienten

In der Beziehungsarbeit der Klienten steckt ein besonderer Rollenkonflikt, denn sie ist geprägt von einem Beziehungsaufbau, einer Vertrauensgewinnung und individuellen Gefühlen. Die Beziehung zum Klienten stellt eine besondere Herausforderung dar, denn sie muss verschiedene Phasen durchlaufen. Laut Maja Heiner gibt es einen Ablaufplan für

¹⁴⁰ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172

¹⁴¹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172 (176)

Interventionen. Die Anfangsphase ist gekennzeichnet davon, eine Arbeitsbeziehung aufzubauen sowie Ziele zu vereinbaren. In der mittleren Phase wird das Arbeitsbündnis ausgebaut und verfestigt.¹⁴² Die Hauptverhandlung würde in diese Phase fallen, in der die JGH auch den Erwartungen der Justiz nachkommen muss. Der Klient könnte sich hintergangen fühlen, was das bereits aufgebaute Vertrauensverhältnis beeinträchtigen könnte. Deshalb ist im Vorfeld eine Aufklärung über die Aufgaben der JGH in der Hauptverhandlung notwendig. In der Endphase geht es um eine Ablösung inklusive einer Auswertung.¹⁴³ In der JGH umfasst diese Phase z.B. eine erfolgreiche Erfüllung der richterlichen Weisungen und Auflagen. Eine Auswertung der Zusammenarbeit sowie des gesamten Prozesses in einem Abschlussgespräch erscheint in diesem Fall sinnvoll.

Der Sozialarbeiter sollte sensibel mit Nähe aber auch Distanz zum Klienten umgehen, um seine Aufgaben mit der notwendigen Fachkompetenz zu erledigen. Er muss sich abgrenzen können und auch lernen mit Niederlagen umzugehen, wenn der Klient die in ihn gesteckten Erwartungen nicht erfüllt.¹⁴⁴ Das Gericht könnte bei einer fehlenden professionellen Distanz sonst den Eindruck gewinnen, dass sich die JGH mit seinem Klienten verbündet hat. Dies hätte zur Folge, dass sie dann unglaublich wirkt.¹⁴⁵ Wenn die Erwartungen des Sozialarbeiters nicht erfüllt werden, kann dieser das Gefühl bekommen, in seiner Arbeit versagt zu haben.

Frau Hase möchte ihre Klienten mit ihren Ressourcen aber auch Defiziten annehmen und sie bei einer Weiterentwicklung unterstützen.¹⁴⁶

7.3.2 Beratung

In der Beratung wird das Doppelmandat ebenfalls sehr deutlich. Die JGH möchte den Klienten professionell beraten, aber ebenso den Ansprüchen der Justiz gerecht werden.

Für den Sozialarbeiter, ist dies sicherlich schwer auszuhalten, weil er Sorge hat, das aufgebaute Vertrauen des Klienten wieder zu verlieren. Sein Selbstverständnis wird dadurch bedroht, dass er Sorge hat, von den Klienten als "Handlanger der Justiz" bezeichnet zu werden.¹⁴⁷

¹⁴² vgl. Heiner 2010, S. 44 (46ff.)

¹⁴³ vgl. Heiner 2010, S. 44 (46ff.)

¹⁴⁴ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (137)

¹⁴⁵ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (136)

¹⁴⁶ vgl. Interview 2, Zeile 48-50

¹⁴⁷ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (137)

Der Sozialarbeiter gibt den Ort und die Zeit des Gesprächs vor, indem er nach Eingang der Anklageschrift einen Brief an den Jugendlichen oder Heranwachsenden schickt.¹⁴⁸ In diesem Brief wird auf die Freiwilligkeit der Zusammenarbeit mit der JGH hingewiesen.¹⁴⁹ Es gibt die Möglichkeiten, einen Termin im Büro oder einen Hausbesuch zu machen, was abhängig ist, von der Bedeutung des Falls.¹⁵⁰ Ein Hausbesuch ermöglicht Einblicke in die Lebenswelt des Klienten. Es ist zu vermuten, dass er sich in gewohnter Umgebung leichter äußern kann. Bei Jugendlichen werden in der Regel die gesetzlichen Vertreter mit eingeladen. Bei Heranwachsenden benötigt der Sozialarbeiter eine Einverständniserklärung, wenn die Eltern oder andere Personen am Gespräch teilnehmen sollen bzw. wollen. Gerade die Eltern können dem Sozialarbeiter als wichtige Quelle dienen.¹⁵¹

Auch das Verhalten der Klienten zu ihren Eltern, lässt sicherlich oftmals Rückschlüsse auf Verhaltensweisen zu. Die Eltern zu befragen, spricht aber gegen den Grundsatz gem. § 62 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII, dass nur Daten vom Klienten selbst erhoben werden dürfen. Im § 62 Abs. 3 Nr.1 SGB VIII ist aber geregelt, dass die Datenerhebung auch gegen die Mitwirkung des Klienten erfolgen kann, wenn die JGH laut § 62 Abs. 3 Nr. 2 c SGB VIII die Daten aufgrund ihrer Aufgaben gem. § 52 SGB VIII erledigt. Aus strafrechtlicher Sicht, wären die §§ 38 und 43 JGG Rechtfertigungsgründe, die eine Datenerhebung durch die JGH zur Erfüllung ihrer Aufgaben erlauben.

Der § 73 SGB X regelt die Übermittlung von Daten für die Durchführung eines Strafverfahrens. Da es sich hierbei aber um Verbrechen oder andere Straftaten von erheblicher Bedeutung handelt (§ 73 Abs. 1 SGB VIII), ist es fraglich, ob er im Jugendstrafrecht anzuwenden ist und umfasst daher eher das Erwachsenenstrafrecht.

Äußerungen zur Tat sind freiwillig, was auch für Vernehmungen bei der Polizei und dem Gericht gilt. Hier könnten Präventionsangebote z.B. in Schulen, wie in Punkt 5.11 schon erwähnt, der JGH helfen, den Zugang und die schlussendliche Zusammenarbeit mit der JGH zu erleichtern. Im Praxissemester habe ich erlebt, dass der überwiegende Anteil der Klienten mit der JGH zusammenarbeitet. Nur sehr wenige verweigerten sich vollkommen; in diesen Fällen, hatten die Familien bereits einen Anwalt hinzugezogen, welcher von einer Zusammenarbeit abgeraten hatte.

¹⁴⁸ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (25)

¹⁴⁹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 164 (166)

¹⁵⁰ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (25)

¹⁵¹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (26)

Die JGH sollte den Klienten auf sein Aussageverweigerungsrecht nach den §§ 136 Abs.1 Satz 2, 163a Abs. 3, 4 StPO hinweisen.¹⁵² Aufgrund der Möglichkeit als Zeuge vor Gericht aussagen zu müssen, macht es darüber hinaus Sinn, den Klienten darüber aufzuklären, dass es auch Nachteile für ihn haben kann, wenn er zu seiner Tat schweigt. Dieses Vorhaben ist nicht unproblematisch, denn es greift in das Schweigerecht des Klienten vor Gericht ein. Aus meinen Erfahrungen im Praktikum kann ich aber sagen, dass es bei den Jugendrichtern im Kreis Unna nicht gern gesehen wurde, wenn der Klient vor Gericht gar nichts sagt. Dies darf ihm objektiv nicht zum Nachteil ausgelegt werden, aber subjektiv bzw. menschlich gesehen, hat sich das meines Erachtens überwiegend negativ auf die Urteilsbemessung ausgewirkt. Wiederum bei Klienten, die sich vor Gericht geäußert, sich geständig sowie einsichtig gezeigt haben, haben die Richter meiner Ansicht nach, das Verfahren eher gegen eine Auflage eingestellt sowie mildere Strafen verhängt. Da eine gute Zusammenarbeit zwischen der JGH und den Jugendrichtern besteht, wurde in Gesprächen diese Thematik immer wieder angesprochen und in Einzelfällen erwähnt, dass das Urteil aus einem bestimmten Grund z.B. keinerlei Anschein von Reue, härter ausgefallen ist.

Unabhängig von den rechtlichen Vorgaben, sollte die JGH, zur Sicherung des Vertrauensverhältnisses zum Klienten, diesem ihre Aufgaben, gerade die in der Hauptverhandlung, offenlegen. Dazu zählen die Funktion, Möglichkeiten und Grenzen und das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht der JGH. Außerdem sollte darauf hingewiesen werden, dass die JGH nicht Sinne eines Verteidigers des Klienten agiert.¹⁵³ Herr Fuchs sieht in der Offenlegung des Rollenkonflikts eine Möglichkeit, diesem entgegenzuwirken.¹⁵⁴

Es ist sinnvoll, den Klienten über die nachfolgend aufgeführten Merkmale informieren. Zum Einen ist zu erwähnen, dass die Hauptverhandlung nicht öffentlich ist, weil das Ziel des Gesetzgebers ist, den Jugendlichen einen besonderen Persönlichkeitsschutz zu gewähren. Bei den Heranwachsenden hingegen ist die Hauptverhandlung öffentlich; auch Verhandlungen in denen Jugendliche, Heranwachsende und Jugendliche mitangeklagt sind. Die JGH kann in diesen Fällen prüfen, in wieweit den Jugendlichen eine öffentliche Verhandlung zugemutet werden kann.¹⁵⁵ Außerdem sollte die JGH den Klienten in der Beratung darüber informieren, dass es im Jugendstrafrecht ein Erziehungs- und Zentralregister gibt und was dabei der Unterschied ist bzw. wann Einträge wieder gelöscht werden.¹⁵⁶ Die JGH sollte den Klienten auch juristische Fachbegriffe erklären, denn die

¹⁵² vgl. Nix u.a. 2011, S. 155 (161)

¹⁵³ vgl. Nix u.a. 2011, S. 155 (161)

¹⁵⁴ vgl. Interview 1, Zeile 70-74

¹⁵⁵ vgl. Ostendorf 1998, S. 16 (23)

¹⁵⁶ vgl. Ostendorf 1998, S. 16 (27)

Anklageschrift ist für den Klienten oft nicht verständlich geschrieben.¹⁵⁷ Darüber hinaus kann der Sozialarbeiter, auch den weiteren Verlauf und den Ablauf der Hauptverhandlung beschreiben, um Missverständnissen vorzubeugen. Im Praktikum haben die Klienten häufig nach möglichen Sanktionen gefragt, so dass die Sozialarbeiter hierzu eine grobe Einschätzung aufgrund ihrer Erfahrungen abgegeben haben.

7.3.3 Ermittlungstätigkeit, Überwachung und Betreuung

Ermittlungstätigkeit

In der Ermittlungstätigkeit entsteht der sog. Rollenkonflikt in der Datenerhebung und Datenübermittlung. Laut Cornelia Feldmann kommt es gerade im Bereich der Datenweitergabe zu einem Konflikt zwischen der JGH und den Ermittlungs- oder Justizbehörden, weil die JGH einerseits der Erforschungstätigkeit gem. § 38 Abs. 2 JGG nachkommen und andererseits die Sozialdatenschutzbestimmungen beachten soll.¹⁵⁸

Die Erhebung von Daten ist wie bereits im Punkt 7.2 beschrieben im § 62 SGB VIII gesetzlich geregelt, die gem. § 61 Abs.1 Satz 1 SGB VIII in dem Anwendungsbereich des § 35 SGB I und den §§ 67 bis 85a SGB X liegen. Der Sozialarbeiter der JGH unterliegt dem Grundsatz, dass die Daten beim Betroffenen selbst zu erheben sind. Darüber hinaus muss die JGH den Klienten über den Zweck und die Verwendung der Datenerhebung aufklären (§ 62 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII). Der Klient muss aufgrund des informationellen Selbstbestimmungsrechts wissen, was der Zweck des Gesprächs ist und an wen die Daten weitergegeben werden.¹⁵⁹ In diesem Zusammenhang sollte die JGH auch darauf hinweisen, dass sie die Aufgabe hat, die Daten in einem Bericht zusammen zu fassen und an die Justiz zu übermitteln. Auch die Möglichkeit einer Zeugenvernehmung der JGH sollte erwähnt werden, wodurch der Sozialarbeiter transparent mit seinem Doppelmandat umgeht und Missverständnissen seitens des Klienten vorbeugt.

Wie schon in Punkt 7.2 erläutert, ist eine Datenerhebung gem. § 62 Abs. 3 Nr.1 SGB VIII auch ohne Mitwirkung des Klienten möglich, wenn nach § 62 Abs. 3 Nr. 2c SGB VIII eine Datenerhebung der JGH aufgrund des § 52 SGB VIII zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Aus strafrechtlichen Gründen wären die §§ 38 und 43 JGG Rechtfertigungsgründe für eine Datenerhebung, um ihre Aufgaben adäquat ausführen zu können.

¹⁵⁷ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 6 (8)

¹⁵⁸ vgl. Feldmann 2008, in: ZJJ, Ausgabe 1/2008, S. 21

¹⁵⁹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172 (174)

Die Aufgaben der §§ 38 Abs. 2 und 43 Abs. 1 JGG können nur durch ein Gespräch ausgeführt werden. Die Gesprächsführung muss aber zweckorientiert als auch zielgerichtet sein. Ebenfalls müssen Dritte über den Zweck und die Weitervermittlung der Daten informiert werden, um Missverständnissen vorzubeugen.¹⁶⁰

Die Datenweitergabe von Sozialdaten in der JGH ist nach § 69 SGB X zulässig, wenn sie für ihre Aufgabenerfüllung benötigt werden. Das gleiche gilt für die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben gem. § 69 Abs. 1 Nr. 1 SGB X und § 64 Abs. 1 SGB VIII. Aufgrund dessen, kann die JGH die Daten aus dem JGH Bericht, zur Erledigung ihrer Aufgaben nach § 52 Abs. 1 SGB VIII i.V.m. § 38 Abs. 2 JGG weitergeben.¹⁶¹

Überwachung

Bei dieser Aufgabe der JGH ist das Doppelmandat des Sozialarbeiters am stärksten sichtbar. Konflikte sind bei der Überwachung von Weisungen (§ 10 JGG) und Auflagen (§ 15 JGG) nach § 38 Abs. 2 Satz 5 JGG vorprogrammiert, denn der Sozialarbeiter muss laut § 38 Abs. 2 Satz 6 JGG "erhebliche Zuwiderhandlungen" dem Gericht melden, was einen Ungehorsamsarrest nach sich ziehen kann. Dieser ist in den §§ 11 Abs. 3, 15 Abs. 3 Satz 2 JGG geregelt. Damit handelt die JGH nicht mehr Interesse des Klienten, denn dieser könnte durch den Richter hart sanktioniert werden.

Es gilt abzuwägen, wann eine "erhebliche Zuwiderhandlung" gegeben ist, oder ob der Sozialarbeiter mit seinen pädagogischen Mitteln eine Meldung ans Gericht vermeiden kann.¹⁶² Ich habe ihm Praktikum erlebt, dass die Sozialarbeiter erst selbst versucht haben, erzieherisch auf den Klienten einzuwirken. Das letzte Mittel war dann eine Meldung ans Gericht, was eine richterliche Anhörung zur Folge hatte. Diese Anhörung war ebenfalls nicht direkt mit einer harten Sanktionierung verbunden. Die Richter haben versucht, auf die Klienten einzugehen und ihnen den Ernst der Lage zu verdeutlichen. Sie haben den Ungehorsamsarrest nur als letztes Mittel (ultima ratio) verhängt.

Darüber hinaus kann die JGH gem. den §§ 11 Abs. 2, 15 Abs. 3 Satz 1 JGG, eine Änderung oder Befreiung von einer Sanktion durch den Richter erwirken, wenn diese für den Klienten unzumutbar und nicht erfüllbar ist.¹⁶³ Auch hier hat der Sozialarbeiter wieder beide Interessen gegeneinander abzuwägen. In meinem Praktikum kam dies häufig vor, wenn ein Klient der Arbeitsstunden ableisten sollte, innerhalb der Ausführung dieser nun eine

¹⁶⁰ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172 (174)

¹⁶¹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172 (175)

¹⁶² vgl. Möller, in Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 18

¹⁶³ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 18

Ausbildungs- oder Arbeitsstelle bekam. Aus zeitlichen Gründen war dann die Ableistung der Arbeitsstunden nicht mehr möglich, sodass diese Sanktion z.B. in eine Geldspende an eine gemeinnützige Einrichtung umgewandelt wurde.

Betreuung

Aufgrund der hohen Fallzahlen könnte die Betreuung eines Klienten durch die JGH ein Problem darstellen, weil für eine adäquate Betreuung zu wenig Zeit zur Verfügung steht. Der Sozialarbeiter benötigt eine hohe Einsatzbereitschaft, Frustrationstoleranz und ein gutes Vertrauensverhältnis zum Klienten, damit die Arbeit gelingen kann. Der schon häufig erwähnte Rollenkonflikt des Sozialarbeiters der JGH ist hier stark ausgeprägt.¹⁶⁴

Die Betreuungsweisung ist im § 10 Abs. 1 Nr. 5 JGG geregelt. In der JGH des Kreises Unna werden die Betreuungsweisungen von externen Fachkräften ausgeführt.

7.3.4 Jugendgerichtshilfebericht

Der JGH Bericht nimmt eine wichtige Stellung im Jugendstrafverfahren ein, denn in ihm werden alle relevanten Ergebnisse der Ermittlungstätigkeit zusammengefasst.

Anfangs stellt sich für den Sozialarbeiter die Frage, welche Ergebnisse aus der Ermittlungstätigkeit er in dem JGH Bericht verwendet. Nach Wilbrand und Unbehend sind nachfolgend aufgeführte Aspekte wichtig. Er sollte persönliche Daten des Klienten, wie z.B. Name und die genaue Anschrift enthalten. Auch erweiterte Personalien wie z.B. gesetzliche Vertreter und deren Berufe sollten enthalten sein. Darüber hinaus sollte der Bericht Auskunft über die Zeit und den Ort des Gesprächs geben sowie die Gesprächsteilnehmer auflisten. Hierbei ist wichtig zu erwähnen, wenn ein Dolmetscher in der Verhandlung benötigt wird. Die Familiensituation (z.B. Wohnsituation, Sorgerechtsregelungen) des Klienten sollte hinreichend beleuchtet werden. Außerdem ist es erforderlich, die Anamnese des Klienten wie z.B. der persönliche, berufliche und gesundheitliche Werdegang zu erfassen. Die aktuelle Situation des Klienten, also ob er z.B. Ausbildungsziele oder Zukunftsplanungen hat, ist ebenfalls wichtig. Die Einstellung zur Tat z.B. die Vorgeschichte und Schuldeinsicht wird auch erfragt. Den Klienten bezüglich seiner Persönlichkeit einzuschätzen, ist ebenfalls ein Teil des Berichts (z.B. strafrechtliche Verantwortlichkeit und anzuwendendes Recht). Den Schluss bildet ein Ahndungsvorschlag der JGH, der z.B. eine Begründung, Sozialprognose oder eine Stellungnahme zu möglichen Nebenfolgen enthält.¹⁶⁵

¹⁶⁴ vgl. Möller 2006, in: Möller/Nix (Hrsg.), § 52, Rdz 19

¹⁶⁵ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (24 ff.)

Ob der JGH Bericht qualitativ hochwertig ist, ist schwer zu überprüfen, weil er von keiner anderen Stelle kontrolliert wird. Er wird an die Organe der Justiz gesendet und diese verwenden ihn dann in der Hauptverhandlung. Manchmal verlangt auch die Bewährungshilfe einen Bericht zur aktuellen Situation, wenn sie den Klienten übernimmt.¹⁶⁶ Diese hätte dann die Möglichkeit, ein fachliches Feedback an die JGH bezüglich ihres Berichtes zu geben.

Der Klient hat kein Recht auf Akteneinsicht bezüglich des Berichts, sondern erfährt die Inhalte nur in der Hauptverhandlung vom Richter oder dem Sozialarbeiter selbst. Laut Wilbrand und Unbehend hat aber jeder Klient ein Anrecht darauf, zu wissen, was mit seinen Angaben geschieht. Er sollte wissen, was von seinem Gesagtem in den Bericht einfließt und wie der weitere Ablauf der anstehenden Verhandlung aussieht. Darüber hinaus ist es sinnvoll, den Sanktionsvorschlag vor zu besprechen und dem Klienten auch zu erklären, um Missverständnissen vorzubeugen.¹⁶⁷

Es gibt keine direkten Vorgaben für den JGH Bericht, denn die Einbringung der Ergebnisse aus der Ermittlungstätigkeit der JGH ist im § 38 JGG nicht geregelt. Es gibt unterschiedliche Meinungen dazu; auf der einen Seite werden die schriftlichen Stellungnahmen favorisiert und auf der anderen Seite tendiert man zu mündlichen Stellungnahmen.¹⁶⁸ In der JGH des Kreises Unna gab es die interne Vorgabe, den Bericht angemessen zur Tat zu verfassen. Wenn es um Bagatelldelikte wie z.B. erstmaliges Fahren ohne Fahrerlaubnis (FOF) ging, war der Bericht wesentlich kürzer als ein Bericht bei einem Raubdelikt. Diese Vorgehensweise fand in Absprache mit den zuständigen Jugendrichtern des Amtsgerichts statt, so dass die Klienten dadurch keinen Nachteil hatten.

Es ist wichtig, dass der Sozialarbeiter auch nach der Erstellung des JGH Berichts in der Hauptverhandlung bezüglich seines Maßnahmenvorschlags flexibel bleibt, denn es könnten sich in der Verhandlung andere Aspekte zur Tat ergeben.¹⁶⁹ Ansonsten besteht die Gefahr, von der Justiz nicht ernstgenommen zu werden.

Eine frühzeitige Anfertigung des Berichts ermöglicht es, bereits auf eine Entscheidung der Staatsanwaltschaft, auch im Hinblick auf eine Diversion, Einfluss zu nehmen.¹⁷⁰

Informationen sollten wahrheitsgetreu in den Bericht übernommen und nicht beschönigt oder stimmig gemacht werden.¹⁷¹ Das gleiche gilt für Stigmata oder moralisierende

¹⁶⁶ vgl. Interview 1, Zeile 85-87

¹⁶⁷ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (137)

¹⁶⁸ vgl. Nix u.a. 2011, S. 168 (161 ff.)

¹⁶⁹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (30)

¹⁷⁰ vgl. Nix u.a. 2011, S. 158 (162)

¹⁷¹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 23 (31)

Zuschreibungen, welche möglichst im Bericht vermieden werden sollten. Bei Berichten vom ASD, habe ich im Praktikum die Erfahrung gemacht, dass diese oft sehr defizitär geschrieben wurden, um eine Hilfe für die Klienten gegenüber den Vorgesetzten durchsetzen zu können.

7.4 Zeugenaussage vor Gericht

7.4.1 Schweigepflicht

In der JGH besitzen Sozialarbeiter gem. § 203 Abs. 1 Nr. 5 StGB eine Schweigepflicht. Es lässt sich aus dem eben genannten Paragraphen ableiten, dass Sozialarbeiter eine Schweigepflicht gegenüber Dritten haben, denn ihre Klienten vertrauen ihnen persönliche Geheimnisse in ihrer Funktion als Sozialarbeiter an. Darüber hinaus, besteht für Sozialarbeiter in der JGH die Pflicht, das Sozialgeheimnis nach § 35 SGB VIII zu wahren.

7.4.2 Zeugnisverweigerungsrecht

Sozialarbeiter besitzen aber kein Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) gem. § 53 Strafprozessordnung (StPO), weil sie dort in dem bestehenden Katalog der betroffenen Berufe nicht genannt werden. Somit müssten sie eine Aussage vor Gericht machen. Peter-Christian Kunkel nennt den § 35 SGB VII als eine Möglichkeit, dass Zeugnis verweigern zu können. Hierzu gibt es unterschiedliche Herangehensweisen. Da sich der § 35 SGB I an die Behörde an sich und nicht an einzelne Mitarbeiter richtet, kann aus ihm kein ZVR abgeleitet werden. Dem entgegen steht aber der § 35 Abs. 3 SGB I, in dem es heißt, dass es keine Zeugnispflicht gibt.¹⁷²

Eine Zeugenaussage würde eine große Belastung für die Beziehung zwischen den Sozialarbeitern der JGH und ihren Klienten darstellen, denn das Vertrauen würde sehr erschüttert werden.¹⁷³ Die Tatangaben im Bericht dienen nur der sozialpädagogischen Diagnose und dürfen vor Gericht nicht verwertet werden. Macht der Klient von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch, könnte der Sozialarbeiter als Zeuge vernommen werden.¹⁷⁴ Daraus lässt sich schließen, dass es sinnvoll ist, den Klienten zwar über sein Aussageverweigerungsrecht in Kenntnis zu setzen, ihm aber auch deutlich zu machen, dass es Nachteile haben kann, wenn er vor Gericht schweigt. Auch an dieser Stelle sollte wie schon im Punkt 7.3.2, erwähnt werden, dass dies nicht unproblematisch ist, denn damit würde in das Schweigerecht des Klienten vor Gericht eingegriffen. Meine Praxiserfahrungen aber zeigen, dass es durchaus sinnvoll ist, denn Klienten darauf hinzuweisen, weil die

¹⁷² vgl. Kunkel 2004, in: ZJJ, Ausgabe 4/2004, S. 425 (426)

¹⁷³ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (137ff.)

¹⁷⁴ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (138)

Jugendrichter im Kreis Unna, Wert auf eine Aussage vor Gericht legen und dies auch positiv ins Urteil einfließen lassen. Im Punkt 7.3.2 wurde diese Problematik schon ausführlich bearbeitet.

Des Weiteren ist laut Eisenberg fraglich, in wie weit die Klienten und Personen des sozialen Umfelds der Klienten der JGH gültige Informationen vermitteln. Aufgrund seiner Zeugnispflicht vor Gericht sowie der Ermittlungstätigkeit, kann der Sozialarbeiter kaum Vertrauen Seitens des Klienten erwarten.¹⁷⁵

7.4.3 Aussagegenehmigung

Nach § 54 StPO können sich Personen des öffentlichen Dienstes in ihrer Rolle als Zeuge auf ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit berufen. Besondere beamtenrechtliche Bestimmungen regeln die Genehmigung der Aussage. Daraus ist abzuleiten, dass der Sozialarbeiter eine Aussagegenehmigung seines Dienstherrn für die Zeugenaussage benötigt. Aufgrund der Aufgabe der JGH beim Gericht zuzuarbeiten ist von einer konkludenten¹⁷⁶ Aussagegenehmigung auszugehen.¹⁷⁷ Da diese Regelung nicht für Personen der freien Träger gilt, führt es in der Praxis zu Konflikten.¹⁷⁸ Nach Jansen und Riehle haben auch anerkannte Freie Träger ein Auskunftsverweigerungsrecht, wenn ihnen ihr Dienstherr keine Genehmigung erteilt.¹⁷⁹ Auf jeden Fall gilt dies für kirchliche Freie Träger, weil Kirchen Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.¹⁸⁰

Da durch die Erteilung einer Aussagegenehmigung erhebliche Belastungen im Vertrauensverhältnis zwischen Sozialarbeiter und Klient entstehen können, erteilen die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes häufig keine.¹⁸¹ Damit könnte auch die erzieherisch wirksame Hilfeleistung beeinträchtigt werden.¹⁸² Der § 51 Abs. 2 Nr. 1 JGG gibt dem Gericht die Möglichkeit, den Angeklagten und seine Angehörigen während der Zeugenvernehmung der JGH aus dem Saal zu schicken. Dieses Vorgehen würde aber nur Misstrauen gegenüber der JGH wecken und die These stärken, dass diese mit dem Gericht zusammenarbeitet. Eine Möglichkeit des Gesetzgebers diesen Konflikt zu entschärfen, wäre die Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Sozialarbeiter.

¹⁷⁵ vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 38 Rdz 37

¹⁷⁶ konkludent ist im rechtlichen Sinne ein schlüssiges Handeln, welches auf einen bestimmten Willen schließen lässt und eine ausdrückliche Willenserklärung ersetzt, vgl. Becker 2014, Rechtswörterbuch.de, o.S.

¹⁷⁷ vgl. Laubenthal 1993, S. 122 (132)

¹⁷⁸ vgl. Laubenthal 1993, S. 122 (132)

¹⁷⁹ vgl. Janssen/Riehle 2013, S. 172 (177)

¹⁸⁰ vgl. Papenheim et. al. 2002, S. 230, in: Jansen/Riehle 2013, S. 172 (177)

¹⁸¹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (138)

¹⁸² vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 38 Rdz 30

7.5 Jugendgerichtshilfe im staatlichen Kontrollsystem

7.5.1 Grenzen behördlicher Sozialarbeit

Da die JGH ein Teil des Jugendamtes ist, ist sie auch an behördliche Strukturen, wie Richtlinien und Interventionsanweisungen gebunden. Der Sozialarbeiter hat auf der einen Seite die Interessen und Wünsche der Klienten zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite muss er den Anweisungen seines Arbeitsgebers gerecht werden. Feste Arbeitszeiten sind z.B. ein Bestandteil dieser Struktur, die aber aufgrund von Krisensituationen durchbrochen werden müssen. In meiner Praktikumszeit bei der Stadt Chemnitz, mussten die Mitarbeiter ein Dienstfahrzeug für Hausbesuche 3 Tage vorher schriftlich anmelden. In Notfällen kann der Mitarbeiter aber nicht so lange warten, denn er braucht das Auto sofort. Deshalb sind die Mitarbeiter in diesen Fällen mit ihren Privatautos gefahren. Es ist also eine Aufgabe der Sozialen Arbeit, diese behördlichen Strukturen passend für ihr Arbeitsfeld zu durchbrechen und verändern.

Nach Eisenberg geht die Verteilung der Klienten in der JGH nicht nach den Fähigkeiten und Kenntnissen der jeweiligen Sozialarbeiter, sondern wird nach organisatorischen Gesichtspunkten vollzogen.¹⁸³ Die Praxis des "Gerichtsgehers" wurde auch nicht aufgrund gesetzlicher Regelungen, sondern aus Gründen der Zeitersparnis vollzogen.¹⁸⁴

Die öffentliche Meinung über das Jugendamt, ist bis heute sehr negativ gehaftet. Die Zeitungen sind gefüllt mit negativen Schlagzeilen über das Jugendamt und seine Arbeit bzw. Unterlassung wie z.B. die Schlagzeile über den verdursteten Jungen in Leipzig "Der Arzt alarmierte Jugendamt- aber niemand half".¹⁸⁵ Wenn dem Jugendamt aber wieder eine erfolgreiche Krisenintervention gelungen ist, wird darüber nicht berichtet. Somit prägen die Medien das gesellschaftliche Bild über das Jugendamt und letztlich auch über die Soziale Arbeit.

Hinzu kommt das Soziale Arbeit keine eigene wissenschaftliche Disziplin ist und wenig Anerkennung in der Gesellschaft erfährt. Laut Silvia Staub-Bernasconi liegt das Hauptproblem darin, dass die Soziale Arbeit bis heute nicht entschieden hat, ob sie ein Beruf, der z.B. vorgegebene Normen und Werte der Gesellschaft umsetzt und sich auf bestimmten Methoden und Techniken konzentrieren will, oder eine Profession, die sich überwiegend auf wissenschaftliche Arbeitsweisen gründet, sein möchte.¹⁸⁶ Aber die

¹⁸³ vgl. Eisenberg 2014 JGG Kommentar, § 38 Rdz 32

¹⁸⁴ vgl. Eisenberg 2014 JGG Kommentar, § 38 Rdz 33

¹⁸⁵ Bild GmbH & Co. KG; Dieckmann Kai (Hrsg.)(2014), o.S.

¹⁸⁶ vgl. Staub-Bernasconi, in: Becker-Lenz u.a. 2009, S. 21 (22)

gesellschaftliche Anerkennung der Sozialen Arbeit wäre ein eigenes Thema für eine wissenschaftliche Arbeit.

7.5.2 Rollenkonflikte auch durch Sparmaßnahmen

"Neue Steuerung" heißt das neue Motto der öffentlichen Verwaltung, was unter der Federführung der Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zur Modernisierung eingeführt wurde. Leistungen der Sozialen Dienste, sollten aufgrund der in den 1990er Jahren einsetzenden Anforderungen marktgerecht, kundenorientiert, effizient und effektiv werden. Es sollte zwar für die gesamte Verwaltung gelten, aber die Kinder- und Jugendhilfe stand aufgrund der Einführung des SGB VIII im Mittelpunkt.¹⁸⁷

Die Verwaltung sollte nicht mehr Input-orientiert (Ressourcen kalkulieren und zur Verfügung stellen, ohne zu definieren für was), sondern Output orientiert gesteuert werden, indem immer mehr betriebswirtschaftliche Motive wie z.B. eine Budgetierung eingebracht werden.¹⁸⁸ Diese führt nach Trenczek häufig auch zur Kostenreduzierung und Verschlanung der Verwaltung.¹⁸⁹

Auch Thomas Trenczek sieht große Gefahren aufgrund von Ressourcenproblemen der öffentlichen Haushalte. Diese kennzeichnen sich durch verwaltungstechnische Tricks und aufgestellte Hürden aus (z.B. keine Leistung bei mehrfach straffällig gewordenen zu leisten), was streng genommen einer rechtswidrigen Leistungsverweigerung gleich kommt.¹⁹⁰ Dies widerspricht dem Ziel und Zweck des SGB VIII, aber die Klienten können sich aufgrund fehlenden Wissens und mangelnder Handlungskompetenz nur schwer dagegen wehren.¹⁹¹

7.6 Rollenkonflikt innerhalb der neuen ambulanten Hilfen

Bei den NAM wird der Widerspruch zwischen Freiwilligkeit, Autonomie und Parteilichkeit auf der einen Seite und reglementierenden sowie eingreifenden Anordnungen auf der anderen Seite deutlich erkennbar. Die JGH übernimmt eine hierbei eine entscheidende Rolle, in Bezug auf die Auswahl einer sinnvollen Maßnahme. Außerdem hat sie dabei eine wichtige Beratungs- und Filterfunktion.¹⁹² Ihr kommt die Aufgabe zu, trotz der verordneten Maßnahmen und dem damit verbundenen Druck, den Klienten zu einer Mitarbeit zu motivieren.

¹⁸⁷ vgl. Gissel-Palkovich 2011, S. 86

¹⁸⁸ vgl. Gissel-Palkovich 2011, S. 86 ff.

¹⁸⁹ vgl. Trenczek 2003, S. 12

¹⁹⁰ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), S. 355 (366)

¹⁹¹ vgl. Trenczek 2007, in: Münder/Wiesner (Hrsg.), S. 355 (366)

¹⁹² vgl. Trenczek 1996, in: DVJJ (Hrsg.) Band 26, S. 11 (115)

Die NAM werden im JGG und SGB VIII unterschiedlich angewandt. Im JGG ergänzen sie die richterlichen Weisungen nach § 10 JGG und Auflagen nach § 15 JGG. Die NAM können ein TOA, Arbeitsleistungen, eine sozialer Trainingskurs, eine Unterstellung unter die Betreuung und Aufsicht eines Betreuers oder sonstige ambulante Sanktionen sein. Das Gesetz enthält nur beispielhafte Weisungen, um die jugendrichterlichen Sanktionsformen flexibel und angemessen anwenden zu können.¹⁹³

Im SGB VIII sind sie Teil der Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff. SGB VIII¹⁹⁴, was einen enormen Widerspruch darstellt, denn die HzE sind freiwillig sowie auf einen Antrag des Erziehungsberechtigten zu bewilligen, denn sie haben laut § 27 SGB VIII auch den Anspruch auf die HzE und nicht die Klienten selber. Die Freiwilligkeit der NAM ist im JGG nicht gegeben, denn dort werden sie vom Richter angeordnet. Somit wird das eigentliche Ziel der HzE, den Klienten zu unterstützen, durch die NAM ausgehebelt. Die Lebensweltorientierung spielt in der Jugendhilfe eine entscheidende Rolle, welche die Lebensgeschichte des Klienten mit einbezieht.¹⁹⁵ Im Jugendstrafrecht orientiert man sich zwar an dem Erziehungsgedanken, aber die Legalbewährung an sich, steht weiterhin im Vordergrund.

Auch hier müssen die Sozialarbeiter gem. § 38 Abs. 2 Satz 6 JGG bei Zuwiderhandlungen das Gericht informieren, was eine hohe Belastung für das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und seinen Klienten ist. Es ist eine Transparenz in Bezug auf das Doppelmandat der JGH erforderlich, um Missverständnissen und Enttäuschungen seitens der Klienten vorzubeugen.

Nach Regine Drewniak bestehen bei der Umsetzung der NAM eine Reihe von Hindernissen. Es ist ihrer Meinung nach notwendig, bundesweit und flächendeckend fachlich qualifizierte Angebote für massiv straffällig gewordene junge Menschen zu schaffen, denn sonst kann keine nachhaltige Wirkung der NAM geschaffen werden. Die JGH soll hierbei eine Schlüsselrolle erhalten, um die sozialanwaltschaftliche Funktion ausüben zu können. Sozialintegrative Zielsetzungen sollten in den Fokus rücken. Desweiteren agieren die Justiz und die JGH als eigenständige Institutionen mit eigenen Aufgaben. Die Belastungen der Klienten sollen herausgearbeitet werden, aber auch die Ressourcen des einzelnen benannt werden. Dazu ist es notwendig, über personelle und fachliche Ressourcen zu verfügen. Die Hilfe von der Politik, den Medien und der Öffentlichkeit ist unerlässlich, um die bisherigen Vorstellungen der Menschen zu verändern. Durch die Verwirklichung dieser Ziele, könnten die NAM ihre Alibifunktion verlieren.¹⁹⁶

¹⁹³ vgl. Trenczek 1996, in: DVJJ (Hrsg.), Band 26, S. 11 (54)

¹⁹⁴ vgl. Trenczek 1996, in: DVJJ (Hrsg.) 1996, Band 26, S. 11 (73)

¹⁹⁵ vgl. Trenczek 1996, in: DVJJ (Hrsg.) 1996, Band 26, S. 11 (93)

¹⁹⁶ vgl. Drewniak 2010, in: Dollinger u.a. (Hrsg.), S. 393 (400)

Zudem stellen die NAM an die Sozialarbeiter besondere Anforderungen, indem sie neben pädagogischem Fachwissen auch über Kenntnisse aus den Bereichen Kriminologie, Recht und Konfliktmanagement verfügen sollten.¹⁹⁷

Die Jugendämter und Freien Träger teilen sich häufig die Arbeit der Mitwirkung im Strafverfahren auf. Die JA übernehmen dann die verfahrensbegleitenden Aufgaben und die NAM werden nach §§ 3 Abs. 3; 76 Abs.1 SGB VIII an freie Träger delegiert. Hierbei besteht allerdings die Gefahr, dass die JGH entgegen dem § 52 Abs. 2 und 3 SGB VIII handelt (keine frühzeitige Leistungen der Jugendhilfe anbietet und umsetzt) und sich dadurch auf die ihre traditionelle Rolle als Berichterstatter und Ermittler beschränkt.¹⁹⁸

7.7 Bedeutung der Rollenkonflikte für den Sozialarbeiter in der JGH

Die JGH stößt in ihrer Arbeit auf widersprüchliche Erwartungshaltungen von den Klienten, Angehörigen und der Justiz. Diesen gerecht zu werden und sie zu vereinbaren, stellt den Sozialarbeiter vor große Herausforderungen. Durch kollegiale Fallberatungen sollten sich die Sozialarbeiter gegenseitig unterstützen und ihr Verhalten hinterfragen und ggfls. verändern. Supervisionen können ebenfalls Hilfe bei den Rollenkonflikten bieten.

Die Aufgaben der JGH sind breit gefächert und anspruchsvoll. Laut Wilbrand und Unbehend erfordert die Arbeit Engagement, Offenheit und Flexibilität gegenüber Veränderungen in den Bereichen Gesellschaft, Pädagogik, Psychologie und Kriminologie.¹⁹⁹

Ein Ziel der sozialen Arbeit ist die "Hilfe zur Selbsthilfe", indem sich der Sozialarbeiter als "hilfreiche Kontrolle" überflüssig macht.²⁰⁰ Der Klient soll also befähigt werden, seine Probleme selber zu lösen und sich nicht abhängig vom Sozialarbeiter zu machen.

Die Aspekte "Hilfe und Kontrolle" spielen in fast jedem Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit eine Rolle, so dass professionelles Handeln der Sozialarbeiter gefordert ist. Der Vermittlungsauftrag, auf der einen Seite das Wohl des Klienten und auf der anderen Seite das Allgemein im Blick zu behalten, bestimmt das sozialarbeiterische Handeln und führt dazu, dass Interventionen gleichzeitig Aspekte von Hilfe und Kontrolle beinhalten können. Die Soziale Arbeit ist durch Verbindungen und Vermischungen des Doppelmandats von Hilfe und Kontrolle gekennzeichnet.²⁰¹

¹⁹⁷ vgl. Trenczek 1996, in: DVJJ (Hrsg.), Band 26, S. 11 (110)

¹⁹⁸ vgl. Trenczek 2007, in: ZJJ (Hrsg.), Ausgabe 1/2007, S. 31 (38)

¹⁹⁹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (136)

²⁰⁰ vgl. Heiner 2010, S. 36 (37)

²⁰¹ vgl. Heiner 2010, S. 36

Der Berufsverband für soziale Arbeit (DSBH) hat ein auf soziale Arbeit zugeschnittenes Kompetenzmodell entworfen, indem "Schlüsselkompetenzen" der Sozialen Arbeit definiert wurden. Es werden die Strategische Kompetenz, Methodenkompetenz, Sozialpädagogische Kompetenz, Sozialrechtliche Kompetenz, Sozialadministrative Kompetenz, Personale und Kommunikative Kompetenz, Berufsethische Kompetenz, Sozialprofessionelle Beratungskompetenz und die Praxisforschungs- und Evaluationskompetenz benannt.²⁰² All diese Kompetenzen sind sicherlich erstrebenswert, aber meiner Meinung nach, abhängig von dem jeweiligen Arbeitsfeld sowie von der individuellen Persönlichkeit des Sozialarbeiters.

7.8 Zusammenfassung

Der Rollenkonflikt ist in allen Aufgabenbereichen der JGH vorhanden und beeinflusst ihre Arbeit. Dies ist durch zwei unterschiedliche Gesetze mit verschiedenen Schwerpunkten begründet. Die JGH hat die Aufgabe, die Justiz zu unterstützen, aber auch den Klienten pädagogische und jugendhilfeorientiert zu betreuen und zu unterstützen.

Besonders in der Beratung, Ermittlungstätigkeit und alle Aufgaben im Umgang mit Klienten an sich, ist der Rollenkonflikt erkennbar, weil es dort um Beziehungsaufbau und Vertrauen geht. In der Kooperation mit der Justiz ist er ebenfalls vorhanden, aber gut zu meistern, wenn sich beide Disziplinen (Justiz und Soziale Arbeit) ihrer Rolle bewusst werden und dem anderen mit Respekt vor seiner Fachlichkeit begegnen.

Am stärksten allerdings ist das Doppelmandat in der Überwachung der Auflagen und Weisungen erkennbar. Durch das Melden der "erheblichen Zuwiderhandlungen" des Klienten an das Gericht, könnten dem Klienten erhebliche Sanktionen drohen. Nur durch Transparenz der eigenen Rolle und der Offenlegung des Rollenkonflikts, kann dieser entschärft werden. Die NAM stellen einen besonderen Widerspruch zwischen Hilfe und Kontrolle da, denn in Form von HZE entsprechen sie nicht dem Freiwilligkeitsprinzip nach dem SGB VIII.

Die JGH ist auf die Mitwirkung des Klienten angewiesen, denn das Beratungsangebot ist freiwillig. Wenn der Klient nicht zu einer Zusammenarbeit mit der JGH bereit ist, kann diese ihre Aufgaben nach § 38 und 43 JGG nur eingeschränkt ausführen. Bei fehlender Mitwirkung des Klienten, kann der JGH Bericht nur erschwert oder gar nicht erstellt werden, obwohl er eine wichtige Rolle im Jugendstrafverfahren einnimmt.

Der Sozialarbeiter unterliegt zwar der Schweigepflicht nach § 203 Abs. 1 Nr. 5 StGB, hat aber nach § 53 StPO kein Zeugnisverweigerungsrecht. Dadurch kann das

²⁰² vgl. Heiner 2010, S. 52 (55)

Vertrauensverhältnis zwischen dem Klienten und dem Sozialarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden, was aber durch eine Verweigerung der Aussagegenehmigung des Dienstherrn umgangen werden kann.

Die JGH ist an behördliche Strukturen gebunden und auch von Sparmaßnahmen durch das neue Steuerungsmodell der Verwaltung betroffen. Dies erschwert eine adäquate Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die Fachkompetenz der Sozialarbeiter in der JGH spielt bei der Auseinandersetzung mit dem Doppelmandat eine entscheidende Rolle. Es ist wichtig, sein Verhalten regelmäßig zu reflektieren und es ggfls. anzupassen. Ein kollegialer Austausch, Supervision und regelmäßige Fort- und Weiterbildungen, sichern die Fachlichkeit der Sozialarbeiter und dienen der Unterstützung bei Schwierigkeiten. Trotz des bestehenden Rollenkonflikts, sollte sich der Sozialarbeiter auf seine Fachkompetenzen berufen und diese auch selbstbewusst vertreten.

Auch das negativ behaftete Bild der Gesellschaft über Soziale Arbeit, beeinflusst die Arbeit des einzelnen Sozialarbeiters, somit auch die Arbeit der JGH. In Zukunft gilt es, die Außendarstellung von Sozialer Arbeit in der Öffentlichkeit zu stärken sowie sie zu einer wissenschaftlichen Disziplin zu machen, damit andere Wissenschaften sie ernst nehmen und ihr mit Respekt begegnen. Damit würde es zu einer Aufwertung der Sozialen Arbeit und damit auch zu einer Aufwertung der JGH kommen.

8 Zukunftsperspektiven in der Jugendgerichtshilfe

8.1 Finanzieller Aspekt

Wenn die JGH aus pädagogischen Gründen an der Hauptverhandlung teilnimmt, führt dies zu einer verbesserten verfahrensrechtlichen Situation im Verfahren und innerhalb des JA zu einer höheren Selbständigkeit.²⁰³ Die personelle Ausstattung der JGH, sollte dies trotz knapper kommunaler Kassen, jederzeit ermöglichen. Gelder für Weiterbildungen zur Wissenserweiterung sowie Supervisionen zur Entlastung der Mitarbeiter sollten jederzeit bereit gestellt werden.

²⁰³ vgl. Arbeitsgruppe JGH in der DVJJ 1991, in: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), S. 85 (100)

8.2 Sozialarbeiter in der JGH

Die Sozialarbeiter der JGH sollten eine gesonderte Zusatzqualifikation verfügen. Bisher ist diese aber nicht gesetzlich verankert.²⁰⁴ Wie bereits in Punkt 7.7 erläutert, sollte diese Kenntnisse über Gesellschaft, Pädagogik, Psychologie und Kriminologie vermitteln. Frau Hase hat speziell eine Weiterbildung für Mitarbeiter der Jugendgerichtshilfe besucht, welche sich über drei Blockveranstaltungen erstreckte.²⁰⁵ Laut Janssen und Riehle stellen die Aufgaben der JGH hohe Anforderungen an die Sozialarbeiter, in Bezug auf ein Spezialwissen sowie methodische Kompetenzen.²⁰⁶

8.3 Kooperation

Die Zusammenarbeit unter allen Beteiligten im Jugendstraßverfahren sollte weiter ausgebaut werden, gerade die Kooperation zwischen Jugendhilfe und Justiz, weil hier die Anforderungen und Einstellungen weit auseinander gehen. Durch regelmäßige Arbeitskreise, in der alle Beteiligten (Justiz, Bewährungshilfe, JGH, Polizei) zusammenkommen, könnte ein tragfähiges Arbeitsbündnis entstehen, von denen alle, besonders die Klienten profitieren würden. Dieser regelmäßige Austausch der Fachkräfte hat sich in der Praxis bewährt.²⁰⁷ Auch Andreas Müller²⁰⁸ wünscht sich eine bessere Zusammenarbeit von Polizei und Jugendgerichten, indem eine bessere Vernetzung stattfindet. Dies sollte seiner Meinung nach sogar bundesweit umgesetzt werden, aber in der Realität ist dies meist nicht mal mit den örtlichen Polizeidienststellen passiert.²⁰⁹ Herr Fuchs und Frau Hase sehen ihre Kooperation mit der Justiz als unproblematisch an, denn die Richter beziehen ihre erzieherischen Vorschläge ins Urteil mit ein.²¹⁰

8.4 Verfahrensdauer

Der Zeitraum zwischen Tat und Hauptverhandlung kann in einigen Fällen bis zu einem Jahr betragen, so dass die verhängten Sanktionen an Wirkung verlieren und keine erzieherische Funktion mehr haben. Der Jugendliche befindet sich zum Zeitpunkt der Tat in einer anderen Lebensphase als später in der Hauptverhandlung und könnte in der Zwischenzeit den inneren Bezug zur Tat verloren haben.²¹¹ Hier wäre es sinnvoll, die Abstände so gering wie

²⁰⁴ vgl. Eisenberg 2014, JGG Kommentar, § 38 Rdz 38

²⁰⁵ vgl. Interview 2, Zeile 31-33

²⁰⁶ vgl. Janssen/Riehle 2013, S.154

²⁰⁷ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 140

²⁰⁸ Andreas Müller ist Jugendrichter in Berlin

²⁰⁹ vgl. Müller 2013, S. 81 (88ff.)

²¹⁰ vgl. Interview 1, Zeile 84-86; Interview 2, Zeile 58-66

²¹¹ vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 133 (139ff.)

möglich zu halten, damit eine direkte Sanktion auf die Tat bezogen erfolgen kann und die erzieherische Funktion der Strafe mehr in den Fokus rückt.

8.5 Anpassung der regionalen Unterschiede

Die Jugendgerichtshilfe ist in Deutschland nicht flächendeckend geregelt, sondern wird in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Deshalb sind auch Arbeitsbedingungen und die Anforderungen verschieden. Laut Wilbrand und Unbehend herrscht ein sogenanntes Nord-Süd Gefälle, was unterschiedlich sanktioniert. Im Norden Deutschlands herrscht eine liberalere Einstellung gegenüber jungen Straftätern als z.B. in Bayern.²¹² Aufgrund der Gleichbehandlung nach Art. 3 GG sollten die regionalen Unterschiede angepasst werden.

8.6 Gesetzesebene

Es wäre wünschenswert, die Rolle der Jugendgerichtshilfe genauer zu definieren. Dazu ist es notwendig das JGG und das SGB VIII/ KJHG als von einander losgelöste Gesetze zu betrachten. Ein Zeugnisverweigerungsrecht würde die Arbeit der JGH erleichtern, denn sie müsste dann die Informationen, die sie von ihren Klienten erhält, nicht im Zeugenstand weitergeben. Dies würde sich positiv auf das Vertrauensverhältnis zwischen der JGH und den Klienten auswirken.

8.7 Veränderung in der Arbeit der Jugendarrestanstalt

Herr Fuchs benennt im Interview Veränderungen in der Arbeit der Jugendarrestanstalten. Es werden durch ein sogenanntes Übergangsmanagement immer mehr pädagogische Aspekte in den Vollzug eingebaut. Es geht im Groben darum, den Klienten innerhalb des Arrestes zu unterstützen und ihn für die Zeit nach dem Arrest weiter zu vermitteln. Dies kann zu Schwierigkeiten zwischen den Sozialarbeitern und den Vollzugsbeamten führen, denn zwei unterschiedliche Sichtweisen prallen aufeinander. Es braucht Zeit und gegenseitigen Respekt, um gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.²¹³ Laut Frau Hase sind schon kleine Veränderungen, in Form von detaillierteren Abschlussberichten, erkennbar.²¹⁴ In ein paar Jahren die weitere Entwicklung dieser Veränderungen zu erforschen, wäre sicherlich sehr interessant.

²¹² vgl. Wilbrand/Unbehend 1995, S. 140 (141)

²¹³ vgl. Interview 1, Zeile 147-158

²¹⁴ vgl. Interview 2, Zeile 194-195

8.8 Zusammenfassung

Die JGH könnte in einigen Bereichen weiter verändert und erweitert werden. Im Zuge sich verändernden Lebensbedingungen, sollten sich auch die Jugendhilfeangebote und somit auch die Angebote und Organisationsformen der JGH hilfeorientiert ausrichten.²¹⁵ Die wichtigste Veränderung sollte die Einführung einer Zusatzqualifikation für die Sozialarbeiter in der JGH sein, um sie auf das Arbeitsfeld umfassend vorzubereiten. Außerdem sollte ein Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter der JGH eingeführt werden, um ihnen die Beziehungsarbeit mit den Klienten zu entlasten. Die Zusammenarbeit zwischen der Justiz und der JGH im Sinne des Klienten sollte weiter ausgebaut werden. Eine Aufwertung der pädagogischen Arbeit der JGH sollte damit einhergehen.

9 Abschließende Stellungnahme und Schlussfazit

Zuerst möchte er erwähnen, dass ich im Vorfeld andere Ergebnisse in Bezug auf die Bedeutung des Doppelmandats erwartet habe, als ich sie vorgefunden habe. Das Doppelmandat stellt für mich persönlich eine große Herausforderung dar. Das liegt wahrscheinlich auch daran, dass ich noch ein Berufseinsteiger in diesem Arbeitsfeld bin und dadurch bisher wenig Praxiserfahrungen sammeln konnte. Durch Berufserfahrung und eine intensive Auseinandersetzung mit meiner Rolle, kann ich mit dem Rollenkonflikt sicherlich gut umgehen.

In der Literatur wird zwar häufig erwähnt, dass es den Rollenkonflikt gibt, aber die Interviews sowie Teile der Literatur, sehen das Doppelmandat als weniger problematisch an. Ich teile die Ansicht von Thomas Trenczek, dass es das Doppelmandat schon immer gegeben hat und es generell in der sozialen Arbeit vorhanden ist. Auch bei der Aussage von Bernhard Schlink, dass ein Rollenkonflikt in jedem Beruf sinnvoll ist, gehe ich mit. Ohne Reibungspunkte setzt man sich meines Erachtens nicht genug mit gewissen Problematiken auseinander. Aufgrund der beiden Arbeitsaufträge aus zwei unterschiedlichen Gesetzen, ist ein Rollenkonflikt unumgänglich.

In den Interviews hat sich die Problematik des Doppelmandats auch nicht bestätigt. Da ich aber nur eine geringe Anzahl an Interviews geführt habe, sind diese nicht übergreifend aussagekräftig. Sie geben lediglich ein Stimmungsbild der Jugendgerichtshilfen im Kreis Unna wieder.

²¹⁵ vgl. Trenczek 1991, in: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.), S. 179 (185)

Meiner Ansicht nach, spielt Kooperation bei der Bewältigung des Doppelmandats eine wichtige Rolle, denn wenn beide Parteien (JGH und Justiz) sich auf ihre Fachkompetenzen berufen und endlich die Fachlichkeit des Anderen akzeptieren, kann trotz des bestehenden Rollenkonflikts eine Zusammenarbeit gelingen. Die Fachkompetenz der Sozialarbeiter könnte z.B. durch eine spezielle Zusatzqualifikation ausgebaut werden, die sie auf das Arbeitsfeld der JGH intensiv vorbereitet.

Aber auch die Beziehungsarbeit zum Klienten, nimmt meiner Meinung nach bei dem Doppelmandat eine entscheidende Position ein. Durch eine Offenlegung des Rollenkonfliktes in der Beratung des Klienten, kann dieser entschärft werden. Somit kann Missverständnissen seitens des Klienten entgegen gewirkt werden sowie eine gute Vertrauensbasis zwischen Sozialarbeiter und Klient entstehen. All diese Aspekte setzen natürlich die Bereitschaft des Klienten voraus, mit der JGH zusammen zu arbeiten, denn die Zusammenarbeit ist freiwillig. Um den Zugang zur JGH zu erleichtern, sollten meines Erachtens Präventionsangebote der JGH in ihrem Zuständigkeitsgebiet fortgeführt bzw. ausgebaut werden.

Eine Verlagerung der Begrifflichkeit von "Jugendgerichtshilfe" zu "Jugendhilfe im Strafverfahren" erachte ich für sinnvoll, denn dadurch rückt die Arbeit der Jugendhilfe mehr in den Mittelpunkt. Die beteiligten Personen im Strafverfahren und besonders die Sozialarbeiter müssen diesen Begriff mit Leben füllen, damit er nicht nur ein Begriff bleibt.

Kritisch zu betrachten ist, dass trotz aller Auseinandersetzungen und Gesetzesänderungen, sich wenig an den Aufgaben und der Rolle des Sozialarbeiters in der JGH geändert haben. Dies liegt sicherlich weniger an den rechtlichen Rahmenbedingungen, sondern an den Akteuren selbst. Die Justiz und auch die JGH, sollten sich auf ihre Fachkompetenzen berufen und dementsprechend handeln. Wenn beide Parteien endlich die Fachlichkeit des anderen anerkennen, können ein Umdenken, eine Veränderung im Handeln und eine stärkere Einbeziehung der erzieherischen Aspekte im Jugendstrafverfahren erfolgen.

Desweiteren sehe ich eine freiwillige Teilnahme der JGH an der Hauptverhandlung als problematisch an, denn nur dadurch kann eine effektive Einbeziehung der erzieherischen Aspekte gewährleistet werden. Dies hängt aber wiederum an den personellen Ressourcen der Kommunen, die genügend Sozialarbeiter einstellen müssen, um eine kontinuierliche Teilnahme an der Hauptverhandlung sicher zu stellen.

Die vielfältigen Aufgaben und umfassenden Rechte der Sozialarbeiter in der JGH, geben ihm zwar meiner Ansicht nach einen gewissen rechtlichen Handlungsrahmen, aber bedeuten auch eine hohe Herausforderung und Verantwortung, welche schnell zu Überlastungen führen können. Hier ist die Professionalität des Sozialarbeiters gefordert.

In meinen Augen gibt es einige Aspekte, welche die Arbeit der JGH erschweren. Das fehlende ZWR nach § 53 StPO, belastet das Verhältnis zwischen der JGH und den Klienten. Die Bindung an behördliche Strukturen und die damit verbundenen Sparmaßnahmen, sind ebenfalls nicht zu unterschätzen. Auch der nicht ausreichend definierte Inhalt und Umfang der JGH Berichte, kann in der Praxis zu Problemen führen. Dass die Sozialarbeiter in der JGH über keine gesonderte Zusatzqualifikation verfügen, kann unter Umständen zu Überforderungen führen, wenn sie sich einzelnen Bereichen des Arbeitsfeldes nicht genug auskennen.

Eine Reihe von Zukunftsperspektiven sind klar definiert und ob bzw. wie sie in Zukunft umgesetzt werden können, wird sich zeigen. Die JGH muss ihre Angebote der sich stetig verändernden Lebensbedingungen der Klienten anpassen. Die aktuellen Veränderungen im Jugendarrest finde ich meines Erachtens sehr sinnvoll, denn eine Einbeziehung des Erziehungsgedankens war dort mehr als überfällig. Auch eine Einführung des ZWR halte ich für sinnvoll, auch wenn dies nicht alle Schwierigkeiten im Hinblick auf das Doppelmandat löst. Auf jeden Fall würde es zu einer Entlastung des Vertrauensverhältnisses zwischen Sozialarbeitern und Klienten führen.

Die Begrifflichkeiten Erziehungsmaßregeln und Zuchtmitteln sind meiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß und sollten aufgrund der Veränderungen im Jugendstrafverfahren modifiziert werden.

Die Bedeutung und Bewältigung des Doppelmandats in der JGH ist nicht abschließend bearbeitet. Es gibt immer wieder neue Ansätze und Möglichkeiten, so dass es immer ein Thema bleiben wird und weiter erforscht werden kann. Entscheidend dafür ist sicherlich auch, dass das Doppelmandat nicht generell nur in der JGH vorhanden ist, sondern allgemein die Soziale Arbeit prägt.

Durch die Bearbeitung des Doppelmandats haben sich für mich neue Themengebiete wie z.B. die Veränderungen im Jugendarrest herausgebildet, die ich gerne ergründen würde.

Abschließend ist es mir ein wichtiges persönliches Anliegen, dass bei allen bisher erwähnten Auseinandersetzungen um den Rollenkonflikt der Sozialarbeiter und das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle, niemals der Klient als Mensch aus dem Fokus der Arbeit verschwindet. Der Klient sollte immer im Mittelpunkt des Verfahrens stehen, denn es ist die Aufgabe der Jugendhilfe ihn zu fördern und zu unterstützen. Darin sehe ich meine persönliche Aufgabe. Natürlich ist eine gute Kooperation mit der Justiz unerlässlich, aber die Unterstützung des jungen Menschen steht für mich an erster Stelle.

Anhänge

Interview 1 mit Herrn Fuchs

1 **Interviewer (I):** Erst einmal vielen Dank, dass Sie heute Zeit für das Interview haben.
2 Was hat sie denn zu dem Interview bewogen? (0:18 min)

3 **Herr Fuchs:** Ja meine Kollegin, die mich heute angesprochen hat, ob ich das
4 übernehmen kann. Wie gesagt auch ein paar Angaben zur Jugendgerichtshilfe zu
5 machen. (0:26 min)

6 **I:** Hat Sie auch die Thematik angesprochen bzw. Ihr Interesse geweckt? (0:33 min)

7 **Herr Fuchs:** Ja mir geht es natürlich darum, Jugendgerichtshilfe bzw. Jugendhilfe im
8 Strafverfahren darstellen zu können. Auch um das neue Verständnis und zum anderen
9 sag ich mal auch junge Leute dafür zu interessieren und alles ein bisschen
10 durchschaubarer zu machen. (0:47 min)

11 **I:** Ok. Dann habe ich zuerst allgemeine Fragen. Über welchen Berufsabschluss
12 verfügen Sie? (0:52 min)

13 **Herr Fuchs:** Ja Diplom Sozialarbeiter. (0:54 min)

14 **I:** Wie lange sind Sie schon in der Jugendgerichtshilfe tätig? (0:59 min)

15 **Herr Fuchs:** Also wir haben damals Jugendgerichtshilfe noch im Sozialdienst
16 gemacht, nicht spezialisiert und insofern seit 1991. Später spezialisiert ab 2006. (1:11
17 min)

18 **I:** Es wäre schön, wenn Sie mir kurz Ihren bisherigen beruflichen Werdegang
19 beschreiben könnten. (1:19 min)

20 **Herr Fuchs:** Gut. Mein Anerkennungsjahr Stadt K Bezirkssozialarbeit wobei auch JGH,
21 die da spezialisiert ist, sowie auch Betreuung und Leitung eines Jugendzentrums. Ab
22 dann wie gesagt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 2 jährig bei der Stadt D mit Bereich
23 Begleitung der Bundesgartenschau, spielpädagogische Konzepte sowie im Weiteren,
24 im folgenden Spielplatzbetreuung, ökologische Spielplatzplanung und Betreuung
25 dahingehend. Und schließlich dann Stadt U mit Bezirkssozialdienst und
26 Jugendgerichtshilfe. (1:58 min)

27 **I:** Ja. Bitte beschreiben Sie mir nun genau Ihr Arbeitsfeld hier bei der JGH. (2:00 min)

28 **Herr Fuchs:** Wir begleiten Jugendliche und junge Erwachsene im Strafverfahren. Das
29 heißt konkret, frühzeitig Kontakt aufzunehmen zu den jungen Leuten, eventuell
30 erzieherische Unterstützung, Bedarfe und Hilfe zu sehen und diese auch einzustehlen,
31 vielleicht noch vor der Verhandlung. Und letztendlich auch die weitere Betreuung im

32 Rahmen einer Verhandlung und eines vereinfachten Verfahrens; es geht manchmal
33 auch ohne Verhandlung. Sowie die nachgehende Begleitung, wenn also gewisse
34 Maßnahmen und Auflagen getroffen wurden, die jungen Leute zu vermitteln und sie
35 dahingehend zu begleiten, was Freizeitarbeit angeht. Zu verfolgen, machen die die
36 Arbeit oder nicht. Müssen wir vielleicht nochmal einladen oder können wir dem Gericht
37 mitteilen, dass die Arbeit geleistet wurde. Aber das heißt genauso gut weitere
38 Begleitung, wenn es um andere Maßnahmen geht, wie Strafvollzug. Die Leute
39 aufzusuchen, mit ihnen und den anderen Kollegen vor Ort gemeinsam zu überlegen,
40 wie kann die Wiedereingliederung erfolgen. Und aktuell auch noch, wenn also im
41 Prinzip die Mitteilung kommt, dass jemand in Untersuchungshaft genommen wird. Also
42 wir versuchen auch bei Haftprüfungsterminen dabei zu sein und junge Leute im
43 Rahmen der U-Haft zu begleiten, um weitere Klärung zu schaffen. (3:17 min)

44 **I:** Wann erfahren Sie von dem Verfahren? Also in der Literatur wird viel gesagt, dass
45 es schon wichtig ist, dass die JGH so früh wie möglich eingeschaltet wird. Erfahren Sie
46 erst durch die Anklageschrift von dem Verfahren oder sind Sie auch mit der Polizei im
47 engen Kontakt? Das Sie schon vor der Zugang der Anklageschrift informiert werden.
48 (3:40 min)

49 **Herr Fuchs:** Also unterschiedlich. In den meisten Fällen eben durch die Anklageschrift.
50 Äh. Hin und wieder durch Zeitung, wenn ich dann schon mal bei der Polizei anrufe und
51 dann mehr oder weniger Auskunft bekomme, weil das ja laufende Verfahren sind. Äh,
52 bei Haftprüfungsterminen häufig dadurch, dass ein Anruf kommt und wir eine Mitteilung
53 bekommen, dass jemand in Haft gekommen ist und wir im Haftprüfungsverfahren auch
54 mit dabei sein sollen. Also sehr unterschiedlich. (4:11 min)

55 **I:** Ja. Mit welchen Methoden oder auch Hilfsmitteln arbeiten Sie mit den Jugendlichen,
56 Heranwachsenden und auch ihren Eltern? (4:17 min)

57 **Herr Fuchs:** Ja zum Einen Gespräche also Gesprächsführung, ne Verdeutlichung
58 verschiedener Themen und Problematiken vielleicht auch z.B. wenn es um Alkohol-
59 oder Drogenmissbrauch oder ähnliches geht, aber auch erzieherische Fragestellungen,
60 die sich abzeichnen bei Eltern, insbesondere Einflussnahme und sonstiges. Darüber
61 hinaus haben wir ambulante Maßnahmen unter anderem in Form von Gruppenarbeit,
62 die wir zumindest anbieten z.T. auch selber durchführen in einem Fall. Und letztlich
63 sind wir beteiligt, das heißt die Kollegin in einem Stadtteil Gemeinwesenprojekt direkt
64 vor Ort in einem Stadtteil Y. Und ich selber hier auch im Rahmen von
65 Gemeinwesenarbeit im Rahmen von äh, sogenannter Netzwerkarbeit. (5:05 min)

66 **I:** Also in meiner Bachelorarbeit möchte ich speziell auf das Doppelmandat von Hilfe
67 und Kontrolle eingehen, bzw. dass eine Hilfe nach 2 Seiten stattfindet. Dies ist ja
68 generell ein Thema in der sozialen Arbeit aber speziell in der JGH spielt es eine
69 wichtige Rolle. Wie sehen Sie das mit dem Doppelmandat? (5:25 min)

70 **Herr Fuchs:** Ich sehe es erst mal nicht immer gleich problematisch. Drücken wir es
71 mal so aus. Es wird hier offen gemacht. Es heißt die Leute kommen zum Gespräch
72 hierhin. Da wird natürlich deutlich auf die Funktion der JGH hingewiesen, auch die
73 fehlende Schweigepflicht, dass man bestimmte Angaben gar nicht machen muss und
74 dergleichen. In Einzelfällen kann es schwierig werden, wenn die Leute, die jungen
75 Leute misstrauisch sind, aber in der Regel erlebe ich es, dass die jungen Leute recht
76 unbefangen sind. (6:00 min)

77 **I:** Wie erleben Sie generell die Zusammenarbeit mit Ihren Klienten aber auch mit der
78 Justiz? (6:05 min)

79 **Herr Fuchs:** Mit den Klienten habe ich ja gerade beschrieben, größtenteils kein
80 Problem. In Einzelfällen kann es schon sehr problematisch werden, wenn da z.B. ein
81 besonders großes Misstrauen ist gegenüber der Justiz und der JGH. Wenn die JGH
82 nicht als Unterstützung gesehen wird, sondern als Gegenpart. Wenn vielleicht auch
83 noch Anwälte hinzu gezogen werden, die raten, Abstand zu halten und abzuwarten.
84 Dann wird es nicht einfach. Zur Justiz kann ich nur sagen, soweit mir bekannt, haben
85 wir eine gute Zusammenarbeit. Da sehe ich erst mal keine größeren Probleme.
86 (6:42 min)

87 **I:** Gut. Sie sprachen gerade die Netzwerkarbeit an. Wie erleben Sie die
88 Zusammenarbeit mit anderen Trägern und Einrichtungen wie der Bewährungshilfe oder
89 anderen Jugendhilfeeinrichtungen? (6:50 min)

90 **Herr Fuchs:** Ja. Da sag ich mal da haben wir an sich gute Kooperationen und
91 Verbindungen. Wir können uns gegenseitig anrufen, informieren und austauschen.
92 Wenn die Bewährungshilfe auch gerne mal einen Bericht braucht und das
93 dementsprechend auch verabredet ist mit den jungen Leuten. Also eigentlich sehe ich
94 da auch keine größeren Probleme. (7:10 min)

95 **I:** In wieweit beeinflusst Sie das Doppelmandat in Ihrer Arbeit mit den Klienten und wie
96 gehen sie damit um? (7:17 min)

97 **Herr Fuchs:** Man muss natürlich immer aufpassen, dass es dieses Doppelmandat gibt.
98 Ja ich kann jetzt nicht so tun, als wäre ich der beste Freund und Helfer und mich
99 bedingungslos an die Seite der jungen Leute stellen. Insbesondere ist natürlich ein

100 Thema, wenn man bestimmte Vorschläge im Rahmen einer Verhandlung macht. Ne.
101 Zu sagen, dass könnte sein, muss aber nicht sein, aber die JGH muss ja einen
102 Vorschlag in der Verhandlung machen. Muss ja erzieherische Hilfen, sonstiges
103 nennen. Was nicht immer. Da wird es dann vielleicht ein bisschen kritisch, dass
104 nochmal zu veranschaulichen, durchschaubar zu machen. Äh und man selbst muss
105 dann genau überlegen, was man formuliert und wie man es formuliert. Ansonsten sehe
106 ich da erst mal nicht die größeren Schwierigkeiten. (8:04 min)

107 **I:** Hat sich Ihrer Meinung nach an der Rolle des Sozialarbeiters in der JGH etwas
108 verändert? In der Literatur liest man, dass man immer mehr auf pädagogische Aspekte
109 der Angeklagten eingegangen werden soll und das so eine Entfernung stattfindet vom
110 klassischen Gerichtsdienster. (8:21 min)

111 **Herr Fuchs:** Da denke ich doch, dass das zunehmend deutlich geworden ist in den
112 letzten Jahren. Insbesondere dass JGH einen eigenen Stellenwert, einen
113 pädagogischen Stellenwert hat. Äh wie gesagt durchaus eigene Vorschläge und
114 Maßnahmen präsentieren kann bei Gericht. Wo ich denke, dass das durchaus
115 gewünscht ist und auch wertvoll ist. Von Sanktionen einfach wegzukommen zu
116 anderen möglichen Alternativen. So dass das Gericht auch gerne mal eine
117 Beratungssituation in Anspruch nimmt und nicht gleich irgendwelche Sanktionen
118 verhängt. Die Rolle des Sozialarbeiters hat sich auch aufgrund der Veränderungen im
119 Studium verändert. Es finden immer weniger Praxisphasen statt. Auch die Splittung in
120 Bachelor und Master finde ich wenig gelungen. Ich selbst habe noch das
121 Diplomstudium absolviert, was sicherlich nun dem Master gleich kommt. Es geht immer
122 mehr um Geld und Ansehen, als um den Menschen an sich. Für mich steht der
123 Mensch immer an erster Stelle. Denn schließlich hat der Mensch das Geld und Gefühle
124 erfunden und nicht umgekehrt. (9.45 min)

125 **I:** In wie weit halten Sie es für sinnvoll auch in der Urteilsbemessung auch die
126 lebensweltlichen Hintergründe der Angeklagten zu berücksichtigen und somit auch
127 individuelle Urteile fällen zu können? (9:55 min)

128 **Herr Fuchs:** Gut. Also in der Regel passiert es eigentlich immer soweit mir bekannt.
129 Es wird ja immer der Bericht, da wird auch immer der Hintergrund berücksichtigt,
130 sofern der nicht schon bekannt ist. Äh. Ich denke eine spezielle Bedeutung bekommt
131 es im Einzelfall. Nicht jede Lebensgeschichte ist so gravierend, dass sie unbedingt
132 Einfluss aufs Urteil nimmt. Muss glaube ich auch nicht sein. Aber im Einzelfall
133 sicherlich, welche Karriere auch immer dahinter steckt, ob viele
134 Jugendhilfeeinrichtungen durchlaufen wurden oder andere Dinge im Vordergrund
135 stehen. Da ist es sicherlich sehr sinnvoll, darauf Einfluss zu nehmen. (10:35 min)

136 **I:** Was halten Sie von den neuen ambulanten Hilfen für die jungen Straftäter?
137 (10:39min)

138 **Herr Fuchs:** Ja wir arbeiten oder versuchen ja eigentlich nur damit zu arbeiten und zu
139 überlegen was wir noch ändern und ausbauen können .Äh, ich denke es hat sich
140 gezeigt, dass reine Sanktionen wenig erfolgversprechend sind. (10:45 min)

141 **I:** Ja. Welche Veränderungen oder Entwicklungen würden Sie sich in Zukunft für den
142 Bereich der Jugendgerichtshilfe wünschen? (10:53 min)

143 **Herr Fuchs:** Ja ich tüftel hier auch immer mehr, was man noch verändern oder besser
144 machen kann. Wir überlegen so etwas in Richtung Workshoparbeit, um noch näher an
145 den Jugendlichen zu sein. Äh. Wird sich noch zeigen müssen. Also in Prinzip so eine
146 Mischung aus Jugendgerichtshilfe wie man es klassisch kannte und eine pädagogische
147 Arbeit direkt am jungen Menschen. Eine große Veränderung, die sicherlich auch noch
148 in Zukunft fortstreiten wird, sind die Veränderungen im Jugendarrest. Hmm. Dieser
149 befindet sich momentan im Wandel. Vielleicht wäre es sinnvoll, für Ihre Arbeit auch dort
150 mal nachzufragen. Dort spricht man sogar von einem "Vierer Mandat". Das beinhaltet
151 das Vertrauen zu den Klienten, die Überzeugungsarbeit mitzumachen und die
152 Zusammenarbeit von mit Gericht, allgemein Justiz und Jugendgerichtshilfe. Es werden
153 immer mehr pädagogische Aspekte in den Vollzug eingebaut. Es findet ein
154 sogenanntes Übergangsmangement statt, was heißt, dass die Inhaftierten für nach den
155 Arrest weitervermittelt werden und auch innerhalb des Arrestes unterstützt werden.
156 Sichten der Vollzugsbeamten und Sozialarbeiter prallen dabei aufeinander. Dies führt
157 zu Spannungen und wird noch lange Zeit dauern, bis eine gemeinsame Lösung
158 gefunden wird. Sicherlich wäre es spannend äh auch diesen Aspekt in Ihrer Arbeit zu
159 beleuchten. (12:45 min)

160 **I:** Nun dann meine letzte Frage. Ich bin mit dem Herrn S. auch schon die Frage
161 durchgegangen und der hat Kritik an dem Begriff der Jugendgerichtshilfe geäußert. Er
162 sagte, dass er sich immer mehr wandelt. Dass der Begriff Jugendgerichtshilfe nicht
163 mehr so häufig verwandt wird, sondern eher "Jugendhilfe im Strafverfahren". Wie
164 schätzen Sie das ein? (13:05 min)

165 **Herr Fuchs:** Also ich denke Begriffe sind Worte und Begrifflichkeiten. Kommt immer
166 darauf an, was dahinter steht. Das hängt von einzelnen Leuten ab. Da sehe ich
167 weniger das Problem. Wir müssen eher aufpassen, dass wir junge Leute nicht
168 verwalten. Wie gerade schon, ne angedeutet, mit den jungen Leuten arbeiten. Äh wird
169 zunehmend auch schwierig, weil die jungen Menschen mit ihren eigenen, veränderten
170 Normen und Wertesystemen auch die Arbeit nicht immer vereinfachen. Sich nicht

171 melden, Maßnahmen kurzzeitig abbrechen usw. Da ist denke ich noch viel Arbeit drin,
172 denen beizubringen was gemeint und gewünscht ist. (13:47 min)

173 **I:** Gut. Dann war das meine letzte Frage. Vielen Dank für Ihre Zeit. (13:51 min)

174 **Herr Fuchs:** Ja dann wünsche ich mal viel Erfolg auf jeden Fall. Das sich das alles
175 irgendwie füllt und eine schöne Sache wird. Eine runde Sache. (13:59 min)

176 **I:** Dankeschön. (14:00 min)

177 Im Nachgang zum Interview wurde vereinbart, dass der Interviewpartner, über den
178 Ausgang der Bachelorarbeit und die Rolle der Interviews in der Arbeit informiert wird.
179 Das zeigt mir, dass er Interesse an meiner Fragestellung hat.

Interview 2 mit Frau Hase

1 **Interviewer (I):** Erst mal danke, dass Sie sich heute Zeit für das Interview nehmen.
2 Was hat Sie zu dem Interview bewogen? (0:07 min)

3 **Frau Hase:** Hmm. Ich wurde angefragt. Wir kennen uns ja aus der Praktikumszeit.
4 (0:14 min)

5 **I:** Auch von der Thematik her? Also Interesse an der Fragestellung? (0:20 min)

6 **Frau Hase:** Öhm. Grundsätzlich ist ja alles was mit der Jugendgerichtshilfe und mit der
7 Diplomarbeit zu tun hat interessant, weil es das Arbeitsfeld eventuell etwas
8 weiterbringen kann. Und ich unterstütze natürlich auch gerne Studenten, um ihren
9 Abschluss zu bekommen und wenn das durch so praktische Arbeiten geht, dann umso
10 besser. (0:44 min)

11 **I:** Schön. Dann nun zuerst allgemeine Fragen. Können Sie mir kurz Ihren bisherigen
12 beruflichen Werdegang schildern? (0:52 min)

13 **Frau Hase:** Ja. Also ich habe im Dezember 2009 mein Diplom erhalten und dann. Nein
14 im Dezember 2008 und ab Januar 2009 in der forensischen Psychiatrie in E im
15 Sozialdienst. Bin da 2010 weggegangen und zur allgemeinen Psychiatrie nach H
16 gewechselt und habe da aber auch auf der forensischen Station gearbeitet, im
17 Sozialdienst. Habe da die Patienten, die in die Beurlaubung oder Entlassung gehen,
18 begleitet und mit einer halben Stelle noch in der Tagesklinik mitgearbeitet. Und das
19 habe ich bis Anfang 2012 dort gemacht, also Ende 2011 und bin seit Januar 2012 nun
20 hier in U in der Jugendgerichtshilfe tätig. (1:46 min)

21 **I:** Also haben Sie den Berufsabschluss der Diplomsozialarbeiterin? (1:48 min)

22 **Frau Hase:** Ja. (1:49 min)

23 **I:** Gut. Seit wann.. Ach Sie sagten ja gerade seit 2012 sind Sie hier tätig. Mit welchen
24 Methoden und Hilfsmitteln arbeiten Sie mit den Jugendlichen, Heranwachsenden aber
25 auch mit den Eltern? (2:01 min)

26 **Frau Hase:** Was ist da genau gemeint? Gesprächsführungstechniken und so was in
27 der Art? (2:07 min)

28 **I:** Genau. Alles in die Richtung. Alles was Sie anwenden. (2:10 min)

29 **Frau Hase:** Also ich habe ein paar Kurse zur lösungsorientierten Gesprächsführung
30 absolviert, also nach meinem Studium, also Fortbildungsveranstaltungen. Äh, ich
31 denke das ist ein guter Ansatz um ressourcenorientiert zu arbeiten. Und ich habe die

32 Weiterbildung für Mitarbeiter in der Jugendgerichtshilfe, Jugendhilfe im Strafverfahren
33 besucht. Das waren drei Blockveranstaltungen, da kriegt man auch so einiges mit.
34 Aber jetzt so speziell, dass sich sage die und die Methode wende ich an, das könnte
35 ich so nicht sagen. Aber ich bin eher lösungsorientiert, ressourcenorientiert, interessiert
36 und versuche das so in meine Arbeit einzubringen. (2:58 min)

37 **I:** Gut. Also die Hauptthematik in meiner Bachelorarbeit soll auf das Doppelmandat
38 abzielen. Also das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle bzw. die Hilfe nach 2 Seiten.
39 Es spielt ja generell in der sozialen Arbeit eine Rolle, aber besonders auch in der
40 Jugendgerichtshilfe. Wie sehen Sie das? (3:15 min)

41 **Frau Hase:** Ähm. Ich sehe da nicht so einen riesigen Unterschied zur Erziehung
42 allgemein. Da geht es ja auch um Grenzen und bedingungsloses Annehmen und ich
43 glaube das verbindet den Bereich der sozialen Arbeit oder pädagogischer Arbeit
44 insgesamt und deshalb sehe ich das nicht so als Problem an. Eher als äh normales ja
45 normale Gegebenheit im Rahmen von Erziehung. Das quasi Kontrolle also Grenzen
46 setzen Jugendliche, Jugendlichen und Jugendlichen zeigen können. Hier ist eine
47 Grenze des Gesetzgebers erreicht und bis dahin darf man gehen, wenn man keine
48 Probleme haben möchte. Aber auch sie mit ihren Ressourcen und auch Defiziten so
49 anzunehmen wie sie sind und da zu unterstützen, dass sie sich weiter entwickeln
50 können. (4:13 min)

51 **I:** Also ich meinte das Doppelmandat schon auch mit den Klienten, aber mein Anliegen
52 in der Bachelorarbeit ist das Doppelmandat der Sozialarbeiter in der
53 Jugendgerichtshilfe zu beleuchten. Auf der einen Seite den Klienten gerecht werden zu
54 wollen und auf der anderen Seite die Aufgabe mit dem Gericht zusammen zu arbeiten,
55 mit dem Staatsanwalt und den Richtern. Das hier eventuell Probleme entstehen
56 können. (4:35 min)

57 **Frau Hase:** Ähm, ich glaube dadurch das man verschiedene Arbeitsaufträge hat, es
58 immer so ist das es Reibungen gibt. Aber gerade bei und erlebe ich es so, dass das
59 Jugendgericht und auch die Staatsanwaltschaft den pädagogischen Aspekt schon
60 auch im Fokus haben und da die Jugendgerichtshilfe bei der Entscheidungsfindung mit
61 einbezieht. Und wenn wir vorschlagen, dass da eine spezielle pädagogische
62 Unterstützung aus dem allgemeinen Repertoire der Jugendhilfe helfen würde, dann
63 gehen die da so mit, anstatt eher die klassischen nach Sanktionen ausgerichteten
64 Urteile wie Sozialstundenstunden und so zu verhängen. Deshalb finde ich, ist das nicht
65 so ein riesiges Problem hier bei uns in U. Wie das in anderen Städten ist, weiß ich
66 nicht. (5:27 min)

67 **I:** Ok. Das wäre schon die nächste Frage gewesen. Ihre Zusammenarbeit der Justiz, ist
68 ja damit beantwortet. Und wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit den Klienten?
69 (5:35 min)

70 **Frau Hase:** Ähm. In der Regel sehr positiv. Es ist ja so, dass die meisten Klienten, die
71 zu uns kommen. Die sind halt zufällig bei uns, weil sie zufällig erwischt wurden. Die
72 meisten Jugendlichen und Heranwachsenden begehen im Laufe ihres
73 Erwachsenwerdens irgendwann mal eine Straftat. Nicht alle werden erwischt. Sogar
74 die wenigsten werden erwischt und deshalb gibt es da in der Regel, in den Regelfällen
75 keinen Unterschied zu anderen Jugendlichen, die wir nicht direkt in der Arbeit haben.
76 Bei den Klienten, die multiple Problemlagen mitbringen und auch öfter straffällig
77 werden, sieht die Arbeit natürlich anders aus. Also die ist immer noch, also ich finde die
78 immer noch sehr schön und sehr interessant, aber da liegt der Fokus einfach auf einer
79 anderen Art der Arbeit. Und die bringen auch noch mal eine andere Geschichte anders
80 mit, als der Durchschnittsjugendliche, sag ich mal. Ja, also ich finde es sehr
81 interessant, das Arbeitsfeld. (6:46 min)

82 **I:** Ja ich auch. Beeinflusst Sie das Doppelmandat in Ihrer Arbeit? Und wenn ja
83 inwiefern? (6:54 min)

84 **Frau Hase:** Ich glaube nicht, denn wie Sie schon sagten, ist es ja ein allgemeines, ich
85 will gar nicht Problem sagen, sondern eine allgemeine Voraussetzung in der sozialen
86 Arbeit, dass man immer verschiedene Auftraggeber in gewisser Weise hat. Das ist ja
87 im ASD der Gesetzgeber der den § 8a also Kinderschutz im Fokus hat und wo man
88 dann die die Kontrollaufträge hat und gleichzeitig die Hilfefunktion, wenn die Familien
89 sich selbstständig melden und sagen wir brauchen Unterstützung. Ähm deshalb war es
90 ja von Anfang an klar, dass man vor diesen Herausforderungen steht und ich glaube es
91 gibt kein Arbeitsfeld der sozialen Arbeit, wo es anders ist. Deshalb finde ich das jetzt
92 nicht belastend, ehrlich gesagt. (7:42 min)

93 **I:** Ok. Hat sich ihres Erachtens in den letzten Jahren an der Rolle des Sozialarbeiters in
94 der Jugendgerichtshilfe etwas verändert? In der Literatur liest man viel, dass auch
95 immer mehr der pädagogische Aspekt mit einbezogen werden soll. (7:58 min)

96 **Frau Hase:** Ja da ich diese Arbeit hier erst seit zweieinhalb bzw. zweidreiviertel Jahren
97 mache, kann ich so langfristige Entwicklungen gar nicht beurteilen. Also ich habe von
98 Anfang an den Wert auf eine pädagogische Einwirkung gelegt und dich denke, das ist
99 auch bei meinen Kollegen im Kreisgebiet so, dass da der Fokus schon sehr darauf
100 liegt. Ähm, ich kenne natürlich die ganzen Literaturaspekte und das sich da eine

101 Entwicklung aufgetan hat in den letzten 20 Jahren würde ich sagen. Aber wie das jetzt
102 konkret hier im Arbeitsfeld ist, kann ich nicht beurteilen. (8:37 min)

103 **I:** Ok. Inwiefern finden Sie es sinnvoll, dass bei der Urteilsbemessung die
104 lebensweltlichen Hintergründe der Angeklagten mit einbezogen werden und somit auch
105 individuelle Urteile gefällt werden? (8:50 min)

106 **Frau Hase:** Ähm, ich finde es notwendig. Schlichtweg, weil das Jugendgerichtsgesetz
107 ein pädagogisch ausgelegtes Gesetz ist und kein Strafgesetz im klassischen Sinne.
108 Und wie will man pädagogisch arbeiten, wenn man die Lebenswelt des Klienten nicht
109 mit einbezieht in die Urteilsbegründung und in die Auswahl an Maßnahmen? Deshalb
110 finde ich das einfach notwendig, dass man das da mit einbezieht und auch die
111 individuellen Hintergründe einfach bei einer Straftat mit betrachtet. Weil wenn man
112 einfach das Erwachsenenstrafrecht danebenlegen würde und danach bemessen
113 würde, wäre es ja so, dass viele Jugendliche für Körperverletzungen oder schwere
114 Körperverletzungen in den Jugendarrest gehen. Wo aber die Statistik und die
115 Forschung zeigen, dass es keinen nennenswerten Effekt auf die Legalbewährung hat
116 im Endeffekt. Da tut sich auch viel, was die pädagogische Arbeit betrifft, aber ich
117 denke, man kann im Vorfeld da viel besser einwirken und mit nicht
118 Freiheitsentziehenden Maßnahmen. Und deshalb ist es notwendig. (10:07 min)

119 **I:** Das sind ja jetzt schon die neuen ambulanten Hilfen, die Sie angesprochen haben.
120 Was halten Sie generell von den neuen ambulanten Hilfen? (10:16 min)

121 **Frau Hase:** Also so neu sind sie ja nicht mehr. Sie heißen nur noch so. Ja es ist eine
122 gute Methode, um bei den ganzen Jugendlichen die zufällig bei uns landen und
123 vielleicht ein, zwei oder drei Mal straffällig werden und in einem nicht schwerwiegenden
124 Ausmaß. Und da pädagogisch einzuwirken und da vielleicht irgendwie noch mal den
125 richtigen Stups in die Richtung zu geben, die es haben soll. Also wenn Sie die neuen
126 ambulanten Maßnahmen meinen, was konkret kommt Ihnen da in den Sinn? Diese
127 ganzen Kursabende? (10: 58 min)

128 **I:** Ja genau z.B. ein Anti-Gewalt-Abend. Alles in diese Richtung. (11:03 min)

129 **Frau Hase:** Das ist ja für die, die zum ersten Mal gewalttätig sind oder nicht
130 schwerwiegend gewalttätig sind. Dafür ist es schon eine gute Maßnahme, um einfach
131 noch mal einen richtigen Hinweis zu geben und das nicht ganz ungeahndet zu lassen.
132 Also es ist zwar in gewisser Weise eine normale Entwicklung, auch mal sich vielleicht
133 zu prügeln in einem Maß, was nicht über die Stränge, also nichts was man im
134 Fernsehen hinterher sieht. Aber wenn man dann gar nicht intervenieren würde, wäre
135 es wahrscheinlich auch kein gutes Zeichen für andere. Deshalb diese Maßnahmen

136 finde ich grundsätzlich gut und alles weitere, also die ganzen anderen Jugendlichen
137 und Heranwachsenden, die dauerhaft straffällig werden, die brauchen natürlich
138 anderes, als diese niederschweligen Gruppenangebote. (12:05 min)

139 **I:** Und die neuen ambulanten Hilfen werden ja auch häufig schon im
140 Diversionsverfahren mit angewendet. (12:09 min)

141 **Frau Hase:** Ja geht. Also es kommt drauf an, wie man Diversion betrachtet. Es gibt da
142 zwei Haltungen zu. Die eine ist, eine Diversion ist für diejenigen, die einmalig oder
143 erstmalig auffallen und wenn man davon ausgeht, dass es bei denen die nicht auffallen
144 auch ohne Einwirkung ausreicht, sondern das vielleicht ein Gespräch mit den Eltern
145 und mit der Jugendgerichtshilfe ausreicht, dann brauchen wir keine Kursabende dafür
146 zusätzlich zu machen. Es gibt auch durchaus die Haltung, dass wenn die Klienten aber
147 schon mal da sind, dann auch einen Kurs vertragen können, denn es schadet nicht.
148 Also da gibt es zwei Sichtweisen und ich weiß nicht, welche die richtige ist. Also ich
149 vertrete da eher die erste und sage, wer das erste Mal bei mir ankommt, der kriegt ein
150 aufklärendes Gespräch und wir sprechen über die Tat. Natürlich gibt es da
151 Ausnahmen, wo ich denke dem tut es gut, vielleicht noch mal etwas mehr
152 Informationen zu bekommen, aber das ist eher die Ausnahme. (13:23 min)

153 **I:** Welche Entwicklungen und Veränderungen würden Sie sich in den nächsten Jahren
154 für die Jugendgerichtshilfe wünschen? (13:28 min)

155 **Frau Hase:** Ähm. Das ist eine gute Frage. Also ich hoffe das wir. (13:33 min)

156 **Pause bis 13:53 min, weil jemand in den Raum kam.**

157 **Frau Hase:** Wo war ich jetzt? (13:56 min)

158 **I:** Welche Entwicklungen...(13:58 min)

159 **Frau Hase hakt ein:** ach ja. Das wir die Angebote so weiter aufrecht erhalten können.
160 Also es gibt schon Tendenzen, dass die Fallzahlen einfach zurückgehen und wir
161 manchmal Probleme haben, die Kurse voll zu bekommen. Und wenn die Kurse nicht
162 mehr da wären, würde uns ein ganz großer Teil von Frühinterventionen
163 abhandenkommen und es würde vielleicht so sein, dass stattdessen Freizeitarbeit
164 auferlegt wird, wo jetzt ein Kursabend auferlegt wird. Und das halte ich nicht für
165 sinnvoll und deshalb hoffe ich, dass wir das weiter aufrecht erhalten können und
166 vielleicht noch mal gezielter beobachten können, was brauchen die Jugendlichen. Wo
167 geht die Tendenz hin, welche Straftaten sind vorwiegend bei uns im Kreis und wo
168 müssen wir vielleicht intervenieren und wo können auch schon noch tiefer anfangen im
169 präventiven Bereich. (15:00 min)

170 **I:** Ja der Herr Fuchs hatte im Interview angesprochen, dass es nun viele Neuerungen
171 im Jugendarrest gibt. Wie sehen Sie das? (15:07 min)

172 **Frau Hase:** Ja soll es geben. Das Gesetz sieht es ja vor, dass es da einen
173 pädagogischen Auftrag geben soll, als er bisher war. Bisher war es ja eher so, dass
174 man im Arrest eingesperrt war und dann lief da nicht viel neben her; mal Umschluss zu
175 anderen auf die Zelle gehen oder ein Buch lesen und ausgewählte Sportangebote
176 auch, aber grundsätzlich halte ich es für sinnvoll. Und ich habe auch die Erfahrung
177 gemacht, dass es in den Arrestanstalten, mit den denen wir zusammen arbeiten, das
178 sind W und L, dass da die pädagogische Arbeit schon in den Vordergrund rückt und
179 das da auch die Zusammenarbeit mit der Jugendgerichtshilfe besser ist als vorher.
180 Also ich habe Kontakte nun mit dem Sozialdienst aus L gehabt und konnte da auch
181 direkt sagen, der und der Jugendliche braucht vielleicht mehr Unterstützung und
182 können wir uns da gemeinsam absprechen wie das läuft. Manchmal geht es dann da
183 im Arrest besser, wenn man näher dran ist, als wenn ich ihn vor Ort aufsuchen müsste.
184 (16:21 min)

185 **I:** Also das wäre auch noch sehr interessant gewesen, dass noch in der Arbeit zu
186 beleuchten, aber ich glaube das würde einfach den Rahmen sprengen, weil es ein
187 ganz anderes Thema wäre. Ich hatte erst überlegt, es noch mit einzubinden; grob zu
188 erwähnen, dass da was im Gange ist. (16:35 min)

189 **Frau Hase:** Ist vielleicht auch noch zu früh, um das auswerten zu können, was da
190 gerade passiert. Weil diese Übergangsmanager, die jetzt zusätzlich eingesetzt sind,
191 die gibt es seit diesem oder letztem Jahr. Also nicht sehr lange. Wenn man bedenkt,
192 dass eine Einarbeitungsphase mindestens ein halbes Jahr dauert, wenn nicht sogar
193 ein ganzes Jahr, dann sind die gerade angekommen. Können vielleicht gerade so
194 Strukturen etablieren, dass sie mehr Angebote machen etc. Aber was deutlich ist, dass
195 die Abschlussberichte viel differenzierter sind und das ist schon sehr schön. (17:15
196 min)

197 **I:** Das kann ich mir vorstellen. Ja dann habe ich noch eine letzte Frage. Ich habe die
198 Frage auch schon mit Herrn S. besprochen. Dabei hat er erwähnt, dass der Begriff der
199 Jugendgerichtshilfe nicht mehr zeitgemäß ist, sondern dass es eher Jugendhilfe im
200 Strafverfahren heißen sollte, weil es die Arbeit besser wiedergeben würde. Wie sehen
201 Sie das? (17:35 min)

202 **Frau Hase:** Grundsätzlich sehe ich das genauso. Ich kann gar nicht genau sagen,
203 warum wir hier bei der Stadt noch Jugendgerichtshilfe heißen und nicht Jugendhilfe im
204 Strafverfahren. Vielleicht müsste man das auf den Weg bringen. Grundsätzlich ist es

205 wahrscheinlich für die Außenwirkung schon sinnvoll, wenn man es umbenennen
206 würde. Für die Innenwirkung finde ich hat es nicht so eine große Bedeutung. Also ich
207 persönlich arbeite nicht dem Gericht zu, natürlich ist das auch mein Auftrag, aber was
208 der Begriff Jugendgerichtshilfe beinhaltet, so sehr ich mich nicht. Ich sehe mich als
209 Unterstützung für Jugendliche und um da das pädagogisch sinnvollste vor Gericht
210 vorzuschlagen und zu vertreten. Und dem Jugendlichen auch eine Unterstützung,
211 Hilfestellung in der Verhandlung zu sein und ein Stück Sicherheit zu vermitteln. Man
212 muss bedenken, das wäre für uns erwachsene Menschen schon eine
213 Ausnahmesituation ist, vor Gericht zu stehen. Und für einen Jugendlichen ist es noch
214 viel gravierender, weil der halt nicht diese gestandene Persönlichkeit hat, die wir jetzt
215 haben. Deshalb denke ich, Innenwirkung ist kein Thema, aber Außenwirkung kann
216 man drüber nachdenken. (19:02 min)

217 I: Ja dann war es das von meiner Seite. Vielen Dank für die offene Beantwortung der
218 Fragen und für Ihre Zeit. (19:11 min)

219 **Frau Hase:** Sehr gerne. (19:12 min)

220 Auch hier wurde im Nachgang zum Interview angefragt, ob es möglich wäre, nach
221 Fertigstellung der Bachelorarbeit eine Rückmeldung zu bekommen. Das hat mich sehr
222 gefreut, denn es zeigt wirkliches Interesse an meiner Fragestellung.

Interviewleitfaden

Vielen Dank, dass sie sich heute für das Interview Zeit nehmen.

1. Was hat Sie zu dem Interview bewogen?
2. Allgemeine Fragen: z.B. Wie lange sind sie schon in der JGH tätig?
3. Es wäre schön, wenn Sie mir zuerst genau Ihr Arbeitsfeld der JGH beschreiben könnten.
4. Mit welchem Methoden und Hilfsmitteln arbeiten Sie mit den Jugendlichen, Heranwachsenden und Ihren Eltern?
5. In meiner Bachelorarbeit möchte speziell auf das Doppelmandat von Hilfe und Kontrolle bzw. eine Hilfe nach 2 Seiten eingehen. Dies spielt generell in der sozialen Arbeit eine wichtige Rolle, aber in der JGH ist dies besonders stark ausgeprägt. Wie sehen Sie das?
6. Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit Ihren Klienten und der Justiz (Jugendrichtern, Staatsanwaltschaft etc.)?
7. Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit anderen Trägern und Einrichtungen (z.B. der Bewährungshilfe, Jugendhilfeeinrichtungen etc.)?
8. In wieweit beeinflusst das Doppelmandat Ihre Arbeit mit den Klienten und der Justiz und wie gehen Sie damit um?
9. Hat sich Ihres Erachtens in den letzten Jahren etwas an der Rolle des Sozialarbeiters in der JGH verändert? In der Literatur liest man, dass vor Gericht immer mehr auf pädagogische Aspekte der Angeklagten eingegangen wird und eine Entfernung von dem klassischen Gerichtsdienster stattfindet. Wie ist Ihre Meinung dazu?
10. In wie fern ist es sinnvoll in der Urteilsbemessung die lebensweltlichen Hintergründe des Angeklagten zu berücksichtigen und somit individuelle aber in einem Strafraum festgelegte Urteile zu fällen?
11. Was halten Sie von den neuen ambulanten Hilfen für junge Straftäter? Und was hat sich Ihrer Meinung nach seit der Einführung dieser verändert?
12. Welche Veränderungen oder Entwicklungen wünschen Sie sich in Zukunft für das Arbeitsfeld der JGH?

Vielen Dank für Ihre Zeit!

Anmerkung der Redaktion

Im April 1996 beschloß der Arbeitskreis II "Innere Sicherheit" der Innenministerien der Länder auf seiner Sitzung im Kloster Eberbach, in den Ländern und dem Bund die überarbeiteten PDV 382 "Bearbeitung von Jugendsachen" einzuführen und die alte PDV 382, Ausgabe 1987, außer Kraft zu setzen. Im Verlaufe des Jahres 1996 folgten alle Bundesländer dieser Empfehlung des AK II. Damit war ein Reformprozeß abgeschlossen, dessen Ursprung der 22. Deutsche Jugendgerichtstag 1992 in Regensburg war. Auf diesem Jugendgerichtstag wurde erstmals in der Geschichte der DVJJ ein Arbeitskreis zu den Aufgaben der Polizei im Jugendstrafverfahren veranstaltet. Dieser außerordentlich gut besuchte Arbeitskreis war sich einig in der Kritik an der damals gültigen Fassung der bundesweiten Dienstvorschrift "Bearbeitung von Jugendsachen" und forderte eine umfassende Reform dieses Vorschriftenwerkes. Durch besonders politisches Engagement einzelner Verantwortlicher in Innenministerien und -behörden kam es zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe der Norddeutschen Länder unter Beteiligung der DVJJ, die einen ersten Entwurf für eine neue PDV 382 im Jahr 1994 vorlegte. Nach einer Vielzahl von Abänderungen und Kompromissen konnte schließlich eine Version gefunden werden, der alle Bundesländer und die beteiligten Bundesministerien zustimmen konnten. Wir dokumentieren im Folgenden die gesamte Polizeidienstvorschrift 382 "Bearbeitung von Jugendsachen" in der nunmehr geltenden Fassung von 1995 und stellen dieser die alte Fassung von 1987, die Gegenstand der Kritik des 22. Deutschen Jugendgerichtstages gewesen ist, gegenüber. Nicht in die Gegenüberstellung einbezogen werden diejenigen Teile der Neufassung, die in der alten Fassung nicht geregelt waren: Das Vorwort und die Begriffsdefinitionen im Anhang der Vorschriften (diese sind nicht im Spaltenformat gedruckt).

POLIZEIDIENSTVORSCHRIFT (PDV) 382 "BEARBEITUNG VON JUGENDSACHEN"

Vorwort

Diese Polizeidienstvorschrift ist Grundlage für moderne polizeiliche Jugendarbeit, die auch neueste kriminologische Erkenntnisse berücksichtigt.

Für die Polizei gilt besonders im Jugendbereich der Grundsatz: "Prävention geht vor Repression". Deshalb arbeitet die Polizei auch im Rahmen jugendspezifischer Präventionskonzeptionen und -programme mit anderen (originär) zuständigen Stellen eng zusammen.

Wichtig für die polizeiliche Jugendarbeit ist aber auch die Kenntnis der Besonderheiten des Jugendstrafrechts. Es ist innerhalb des Straf- und Strafverfahrensrechts ein Spezialrecht für Jugendliche und Heranwachsende mit eigenständigem Charakter.

Um Besonderheiten gegenüber dem Allgemeinen Strafrecht und insbesondere die vielfältigen Weichenstellungsmöglichkeiten weg vom Strafrecht und hin zum Jugendhilferecht hervorzuheben, wird deshalb auch häufig vom Jugendkriminalrecht gesprochen. In dem Wissen um biologische, psychische und soziale Entwicklungsprozesse junger Menschen und vor dem Hintergrund kriminologischer Erkenntnisse zur Jugendkriminalität bemüht sich das Jugendkriminalrecht flexibler, jugendgemäßer und damit angemessen auf Straftaten von Jugendlichen und Heranwachsenden zu reagieren. Die Besonderheiten beziehen sich vor allem auf die Rechtsfolgen der Tat, die Jugendgerichtsverfassung und das Jugendstrafverfahren sowie auf die Vollstreckung und den Vollzug jugendstrafrechtlicher Sanktionen. In diesen Bereichen trifft das Jugendstrafrecht Regelungen, die erheblich von denen des Allgemeinen Strafrechts abweichen. So gelten z.B. weder die Strafen (vgl. § 5 Jugendgerichtsgesetz -JGG-) noch die Strafrahmen (vgl. § 18 Abs. 1 S. 3 JGG) des Strafgesetzbuches (StGB).

Ob ein Verhalten strafbar ist, richtet sich allerdings nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuches und des Nebenstrafrechts, z.B. des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG). Das Jugendstrafrecht knüpft an den Gedanken der notwendigen und angemessenen erzieherischen Einwirkung zur Vermeidung künftiger Straffälligkeiten an. Während sich das Sanktionenspektrum des Allgemeinen Strafrechts im wesentlichen auf Geld- und Freiheitsstrafe beschränkt, bietet das Jugendstrafrecht einen breit gefächerten Katalog von Reaktionsmöglichkeiten (§§ 5 ff. JGG). Sie reichen von den "Erziehungsmaßnahmen", etwa der gemeinnützigen Arbeit, der Bestellung eines Betreuungshelfers, der Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs, dem Bemühen um einen Täter-Opfer-Ausgleich oder "Hilfe zur Erziehung" durch Maßnahmen der Jugendhilfe und von den "Zuchtmitteln", der Verwarnung, bestimmten Auflagen und dem Jugendarrest, bis hin zur Jugendstrafe.

Jugendstrafe "zur Erziehung", deren Bemessung sich - auch bei Verhängung wegen Schwere der Schuld - nach der "erforderlichen erzieherischen Wirkung" richtet und durch deren Vollzug der Verurteilte "erzogen" werden soll, "künftig einen rechtschaffenen und verantwortungsbewußten Lebenswandel zu führen", lautet das Gesetzesziel der §§ 17 Abs. 2, 18 und 91 JGG. Dieses Prinzip lag bereits dem ersten Jugendgerichtsgesetz von 1923 zugrunde. Der Erziehungsaspekt ist auch Grundlage und Leitlinie des heutigen Jugendgerichtsgesetzes. In dieser Orientierung liegt gleichzeitig der größte Kontrast zum Allgemeinen Strafrecht. Der Erziehungsgedanke will strafrechtliche Orientierungen begrenzen und so zu einer der Entwicklung angemessenen Behandlung straffällig gewordener junger Menschen beitragen. Vergeltung, Sühne und Generalprävention haben keine Bedeutung. Ziel des Erziehungsaspekts im Jugendkriminalrecht ist ausschließlich die Verhinderung von künftigen strafrechtlichen Auffälligkeiten des Betroffenen (Individualprävention). Erziehung in diesem Sinne verlangt somit Beschränkung der Strafzwecke und -ziele, Zurückhaltung bei strafrechtlichen Zwangsmaßnahmen und Vermeidung schädlicher Eingriffe strafrechtlicher Sozialkontrolle in den Prozeß des Erwachsenwerdens. Es geht um Befähigung statt Strafe.

Ausgabe 1995

1 Allgemeines

- 1.1 Jugendsachen im Sinne der Vorschrift sind
 - polizeiliche Vorgänge, an denen Minderjährige beteiligt sind
 - polizeiliche Ermittlungsvorgänge in Straf- und Bußgeldverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende.

Ausgabe 1987

1 Allgemeines

- 1.1 Diese Vorschrift befaßt sich insbesondere mit rechtlichen und taktischen Besonderheiten, die bei der Bearbeitung von Jugendsachen bei der Polizei zu beachten sind. Die von der Polizei im Rahmen der Amtshilfe zu beachtenden Regelungen werden durch diese Vorschrift nicht

- wenn rechtswidrige Taten
 - in Gruppen
 - wiederholt
 begangen werden.

Eine Gefährdung Minderjähriger liegt stets vor, wenn rechtswidrige Taten insbesondere

 - bandenmäßig,
 - serienmäßig,
 - mit intensiver Planung,
 - mit besonderer Brutalität oder Grausamkeit
 begangen werden.

2.3 Maßnahmen bei Gefährdung Minderjähriger

- 2.3.1 Werden gefährdete Minderjährige angetroffen, sind sie, wenn nötig,
- zum Verlassen des jugendgefährdenden Ortes anzuhalten,
 - von Erziehungsberechtigten oder deren Beauftragten abholen zu lassen oder, sofern dies nicht möglich ist, ihnen zu überstellen,
 - in die Obhut des Jugendamtes zu bringen.
- Gefährdete Minderjährige sind zu ihrem Schutz in die Obhut des Jugendamtes zu bringen, wenn
- Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind,
 - Erziehungsberechtigte die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft ablehnen,
 - die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft nicht vertretbar erscheint,
 - sie die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft aus ernsthaften Gründen glaubhaft ablehnen.

In den beiden letztgenannten Fällen ist ein Erziehungsberechtigter unverzüglich zu benachrichtigen.

Kann das Jugendamt vorübergehend nicht erreicht werden, ist bis zur Überstellung eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung zu gewährleisten (Nrn. 6.1.2 und 6.2.2). 2.3.2 Kinder sollen einzeln, Jugendliche nicht zusammen mit Personen transportiert werden, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Der Transport Minderjähriger nach Hause oder in die Obhut eines Berechtigten soll mit Zivilfahrzeugen und durch Polizeibeamte in ziviler Bekleidung erfolgen.

- 2.3.3 Werden gefährdete Minderjährige aufgegriffen, ist das Jugendamt in den Fällen zu unterrichten, in denen Maßnahmen des Jugendamtes zum Schutz Minderjähriger (§§ 42 und 43 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -KJHG-) erforderlich erscheinen.

Ist der Auffriffsort nicht zugleich der gewöhnliche Aufenthaltsort/Wohnort des Minderjährigen, ist das für den Auffriffsort zuständige Jugendamt zu unterrichten (§§ 85, 86 und 87 KJHG).

In die Beurteilung des Einzelfalles sind auch Erkenntnisse über das soziale Umfeld des Minderjährigen einzubeziehen.

- 2.3.4 Werden aufgrund polizeilicher Erkenntnisse, z.B. über jugendgefährdende Orte, Maßnahmen zum Schutz Minderjähriger erforderlich, sind die zuständigen Behörden oder Stellen zu unterrichten. Hierbei sollen Hinweise über mögliche Ursachen und bisherige Auffälligkeiten gegeben werden.

3 Ermittlungen im Strafverfahren

- 3.1 Strafrechtliche Verantwortlichkeit und Ermittlungsziel

- 3.1.1 Kinder sind schuldunfähig (§ 19 StGB). Sind Kinder verdächtig, eine rechtswidrige Tat begangen zu haben, sind Ermittlungen nur darauf auszurichten, ob
- strafmündige Personen beteiligt sind,
 - eine Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht

- einandersetzungen,
- Alkohol- oder Drogensucht der Erziehungsberechtigten,
- Erziehungsberechtigten, die, für den Minderjährigen erkennbar, wiederholt rechtswidrige Taten begehen,
- Erziehungsberechtigte, die zu rechtswidrigen Taten verleiten.

2.3 Maßnahmen bei Gefährdung Minderjähriger

- 2.3.1 Werden gefährdete Minderjährige angetroffen, sind sie, wenn nötig,
- zum Verlassen des jugendgefährdenden Ortes anzuhalten,
 - von Erziehungsberechtigten oder deren Beauftragten abholen zu lassen oder, sofern dies nicht möglich ist, ihnen zuzuführen,
 - in die Obhut des Jugendamtes zu bringen.
- Gefährdete Minderjährige sind in die Obhut des Jugendamtes zu bringen, wenn
- Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind,
 - die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft abgelehnt wird,
 - die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft nicht vertretbar erscheint,
 - der Minderjährige die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft aus ernsthaften Gründen glaubhaft ablehnt,
 - fürsorgliche Maßnahmen durch das Jugendamt, gegebenenfalls nach vorheriger Abstimmung, notwendig erscheinen.

In den beiden letztgenannten Fällen ist ein Erziehungsberechtigter davon unverzüglich zu benachrichtigen.

Kann das Jugendamt vorübergehend nicht erreicht werden, ist bis zur Zuführung eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung anzustreben.

- 2.3.2 Werden gefährdete Minderjährige aufgegriffen, ist das Jugendamt in den Fällen zu unterrichten, in denen Maßnahmen des Jugendamtes zum Schutz Minderjähriger erforderlich erscheinen.

Ist der Auffriffsort nicht zugleich der gewöhnliche Aufenthaltsort/Wohnort des Minderjährigen, ist das für den Auffriffsort zuständige Jugendamt zu unterrichten (§ 11 JWG).

In die Beurteilung des Einzelfalles sind auch Erkenntnisse über das soziale Umfeld des Minderjährigen einzubeziehen.

- 2.3.3 Werden aufgrund polizeilicher Erkenntnisse, zum Beispiel über jugendgefährdende Orte, Maßnahmen zum Schutze Minderjähriger erforderlich, sind die zuständigen Behörden zu unterrichten. Hierbei sollten möglichst Hinweise über Ursachen und bisherige Auffälligkeiten gegeben werden.

3 Polizeiliche Ermittlungen im Strafverfahren

- 3.1 Strafrechtliche Verantwortlichkeit und Ermittlungsziel

- 3.1.1 Kinder sind schuldunfähig (§ 19 StGB). Rechtswidrige Taten von Kindern müssen aufgeklärt werden, insbesondere mit dem Ziel

- besondere Krisensituation, es geboten erscheinen lassen.
- 3.2.4 Minderjährige sind zu ihrem Schutz dem Jugendamt unverzüglich zu überstellen, wenn
- Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind und es sich bei rechtswidrigen Taten Jugendlicher nicht um geringfügige Sachverhalte handelt,
 - Erziehungsberechtigte die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft ablehnen,
 - die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft nicht vertretbar erscheint,
 - sie die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft aus ernsthaften Gründen glaubhaft ablehnen.
- In den beiden letztgenannten Fällen ist ein Erziehungsberechtigter unverzüglich zu benachrichtigen. Kann das Jugendamt vorübergehend nicht erreicht werden, ist bis zur Überstellung eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung zu gewährleisten.
- 3.2.5 Kinder sollen einzeln, Jugendliche nicht zusammen mit Personen transportiert werden, die das 21. Lebensjahr vollendet haben.
- Der Transport Minderjähriger nach Hause oder in die Obhut eines Berechtigten soll mit Zivilfahrzeugen und durch Polizeibeamte in ziviler Bekleidung erfolgen.
- 3.2.6 Polizeiliche Ermittlungsvorgänge, die Kinder, Jugendliche oder Heranwachsende betreffen, sind entsprechend zu kennzeichnen. Richten sie sich zugleich gegen Erwachsene nach vollendetem 21. Lebensjahr, sind, ggf. in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft, getrennte Vorgänge anzulegen.
- Werden getrennt angelegte polizeiliche Ermittlungsvorgänge an die Staatsanwaltschaft abgegeben, ist auf jedem Vorgang der Zusammenhang mit den übrigen zu vermerken.
- 3.2.7 Das Jugendamt und sonst zuständige Behörden sind unverzüglich zu unterrichten, wenn schon während der polizeilichen Ermittlungen erkennbar wird, daß Leistungen der Jugendhilfe in Frage kommen.
- In allen anderen Fällen ist spätestens mit der Abgabe der Ermittlungsvorgänge an die Staatsanwaltschaft das Jugendamt zu unterrichten, sofern eine Gefährdung Minderjähriger (Nr. 2.2) vorliegt, ggf. ist bei Ermittlungen gegen Heranwachsende eine Benachrichtigung in Betracht zu ziehen (§§ 2 und 7 KJHG).
- Hat das Jugendamt Aufgaben der Jugendhilfe anderen Stellen übertragen, ist bei einvernehmlicher Regelung zwischen Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Polizei eine unmittelbare Unterrichtung dieser Stellen zulässig.
- 3.2.8 Ist es im Rahmen von Ermittlungen notwendig, einen Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden, hat der Sachbearbeiter darüber die Entscheidung des Minderjährigen herbeizuführen.
- Vor seiner Entscheidung ist ihm die Möglichkeit zu eröffnen, mit einem Erziehungsberechtigten zu sprechen. Grundsätzlich kann nur der Minderjährige den Arzt von der Schweigepflicht entbinden.
- Bestehen jedoch Zweifel, daß der Minderjährige von der Bedeutung seiner Entscheidung eine genügende Vorstellung hat, tritt an die Stelle seiner Erklärung die des gesetzlichen Vertreters. Davon ist bei Kindern in der Regel auszugehen. Anderenfalls ist die Annahme der genügenden Vorstellungskraft in einem Vermerk zu begründen.
- Ist ein gesetzlicher Vertreter oder dessen Ehegatte Beschuldigter, ist die Erklärung bei dem von einem Vormundschaftsgericht bestellten Pfleger einzuholen. Das Ersuchen auf Bestellung eines Pflegers stellt der Richter, der Staatsanwalt oder das Jugendamt, im Falle einer Gefährdung des Ermittlungserfolges auch die Polizei.
- Der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen nicht ärztliche Befunde im Rahmen körperlicher Untersuchungen für Zwecke des Strafverfahrens.
- 3.2.9 Die Anordnung einer Sicherheitsleistung (§§ 127 a,
- Schwere der rechtswidrigen Tat, es geboten erscheinen lassen. In den übrigen Fällen ist zu prüfen, ob Erziehungsberechtigte zu benachrichtigen sind.
- 3.2.4 Minderjährige sind dem zuständigen Jugendamt unverzüglich zuzuführen, wenn
- Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind,
 - die Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft abgelehnt wird,
 - die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft nicht vertretbar erscheint,
 - sie die Rückkehr in die häusliche Gemeinschaft aus ernsthaften Gründen glaubhaft ablehnen,
 - fürsorgliche Maßnahmen durch das Jugendamt, gegebenenfalls nach vorheriger Abstimmung, notwendig erscheinen.
- In den beiden letztgenannten Fällen ist ein Erziehungsberechtigter davon unverzüglich zu benachrichtigen. Kann das Jugendamt vorübergehend nicht erreicht werden, ist bis zur Zuführung eine kind- bzw. jugendgerechte Unterbringung anzustreben.
- 3.2.5 Kinder sollen einzeln befördert werden.
- Jugendliche sollen nicht zusammen mit Volljährigen nach vollendetem 21. Lebensjahr transportiert werden.
- Der Transport Minderjähriger nach Hause oder in die Obhut eines Berechtigten soll mit Zivilfahrzeugen und durch Polizeibeamte in ziviler Kleidung erfolgen.
- Regelungen des Bundes und der Länder bleiben unberührt.
- 3.2.6 Polizeiliche Ermittlungsvorgänge, die Kinder, Jugendliche oder Heranwachsende betreffen, sind entsprechend zu kennzeichnen. Richten sie sich zugleich gegen Volljährige nach vollendetem 21. Lebensjahr, sind getrennte Vorgänge anzulegen.
- Werden getrennt angelegte polizeiliche Ermittlungsvorgänge nicht gemeinsam an die Staatsanwaltschaft abgegeben, ist auf jedem Vorgang der Zusammenhang mit den übrigen zu vermerken.
- 3.2.7 Das Jugendamt und sonst zuständige Behörden sind unverzüglich zu unterrichten, wenn fürsorgliche Maßnahmen schon während der polizeilichen Ermittlungen notwendig erscheinen.
- In allen anderen Fällen ist spätestens mit der Abgabe der Ermittlungsvorgänge an die Staatsanwaltschaft das Jugendamt zu unterrichten, sofern eine Gefährdung vorliegt.
- Hat das Jugendamt Aufgaben der Jugendgerichtshilfe anderen Stellen übertragen, ist bei einvernehmlicher Regelung zwischen Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Polizei eine unmittelbare Unterrichtung dieser Stellen zulässig.
- 3.2.8 Ist es im Rahmen von Ermittlungen notwendig, einen Arzt von der Schweigepflicht zu entbinden, hat der Sachbearbeiter darüber die Entscheidung des Minderjährigen herbeizuführen.
- Vor seiner Entscheidung sollte ihm die Möglichkeit eingeräumt werden, mit einem Erziehungsberechtigten zu sprechen.
- Nur der Minderjährige kann den Arzt von der Schweigepflicht entbinden.
- Bestehen Zweifel, daß der Minderjährige von der Bedeutung seiner Entscheidung eine genügende Vorstellung hat, tritt an die Stelle seiner Erklärung die des gesetzlichen Vertreters. Davon ist bei Kindern in der Regel auszugehen. Ist ein gesetzlicher Vertreter Beschuldigter, ist die Erklärung bei dem von einem Vormundschaftsgericht bestellten Pfleger einzuholen. Das Ersuchen auf Bestellung eines Pflegers stellt der Richter, der Staatsanwalt oder das Jugendamt, im Falle einer Gefährdung des Ermittlungserfolges auch die Polizei.
- Der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen nicht ärztliche Befunde im Rahmen körperlicher Untersuchungen für

- Nimmt der Jugendliche einen Verteidiger in Anspruch, hat sich der Verteidiger um die Einwilligung/Genehmigung der Erziehungsberechtigten oder gesetzlichen Vertreter selbst zu bemühen.
Erziehungsberechtigte und gesetzliche Vertreter des Beschuldigten sind darüber zu unterrichten, daß sie das Recht haben, nach § 137 Abs. 2 StPO und § 67 Abs.3 JGG einen Verteidiger in Anspruch zu nehmen.
- 3.4.5 Bei Jugendlichen, die zur Tatzeit noch Kinder waren, gelten die Belehrungsgrundsätze für Kinder.
- 3.5 Belehrung minderjähriger Zeugen
- 3.5.1 Kinder und Jugendliche, die ein Zeugnisverweigerungsrecht haben, sind nach § 52 Abs. 3 StPO zu belehren. Sie sind auch über ihr Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 Abs. 2 StPO zu belehren, wenn dafür Anhaltspunkte vorliegen.
Die Belehrung hat unabhängig von der Verstandesreife der Minderjährigen in jedem Fall zu erfolgen. Die Art und Weise der Belehrung ist dem geistigen Entwicklungsstand der minderjährigen Zeugen anzupassen.
Der gesetzliche Vertreter ist über die Rechte des Minderjährigen und über sein Recht nach § 52 Abs. 3 StPO zu belehren.
Eine Entscheidung über die Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts nach § 55 StPO steht dem gesetzlichen Vertreter nicht zu.
- 3.5.2 Hat der Minderjährige die Belehrung verstanden und vom Zeugnis- und/oder Auskunftsverweigerungsrecht eine genügende Vorstellung, ist seine Entscheidung maßgebend. Die nötige Verstandesreife hat der minderjährige Zeuge, wenn er fähig ist zu erkennen, daß seine Aussage möglicherweise zur Bestrafung eines Angehörigen beitragen kann. Bei Kindern ist die Annahme in einem Vermerk zu begründen.
Eine Einwilligung/Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zur Entscheidung des Minderjährigen ist nicht erforderlich. Der Widerspruch des gesetzlichen Vertreters ist unbeachtlich, jedoch aktenkundig zu machen.
Die Vernehmung hat zu unterbleiben, wenn der gesetzliche Vertreter einwilligt, aber der minderjährige Zeuge sie verweigert.
- 3.5.3 Ein Minderjähriger, der die Bedeutung seines Zeugnisverweigerungsrechts nicht versteht, darf nur vernommen werden, wenn er zur Aussage bereit ist und der gesetzliche Vertreter zustimmt. Er ist darüber zu belehren, daß er trotz Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters nicht auszusagen braucht.
In einem Vermerk ist darzulegen, aus welchen Umständen geschlossen werden kann, daß der minderjährige Zeuge nicht in der Lage war, die Belehrung zu verstehen und sich eine genügende Vorstellung vom Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht zu machen.
- 3.5.4 Bestehen Zweifel, ob der Minderjährige die Belehrung versteht oder ob er sich eine genügende Vorstellung vom Zeugnisverweigerungsrecht machen kann, darf er nur vernommen werden, wenn er zur Aussage bereit ist und der gesetzliche Vertreter zustimmt. Ist der gesetzliche Vertreter nicht zu erreichen, so darf der minderjährige Zeuge nur dann vernommen werden, wenn durch eine Aufschiebung der Vernehmung der Erfolg weiterer Ermittlungen gefährdet ist. Die Zustimmung ist nachträglich einzuholen. Das Ergebnis ist aktenkundig zu machen.
- 3.5.5 Ist ein gesetzlicher Vertreter Beschuldigter, tritt an seine Stelle ein vom Vormundschaftsgericht bestellter Pfleger (§ 1909 BGB). Dies gilt auch für den nicht beschuldigten Elternteil, wenn die gesetzliche Vertretung beiden Elternteilen zusteht. Das Ersuchen auf Bestellung eines
- Jugendliche zu unterrichten.
Nimmt der Jugendliche einen Verteidiger in Anspruch, hat sich der Verteidiger um die Einwilligung/Genehmigung der Erziehungsberechtigten selbst zu bemühen.
- 3.4.5 Bei Jugendlichen, die zur Tatzeit noch Kinder waren, gelten die Belehrungsgrundsätze für Kinder.
- 3.5 Belehrung minderjähriger Zeugen
- 3.5.1 Kinder und Jugendliche, die ein Zeugnisverweigerungsrecht haben, sind nach § 52 Abs. 3 StPO zu belehren. Jugendliche sind auch über ihr Auskunftsverweigerungsrecht nach § 55 Abs. 2 StPO zu belehren, wenn die Befragung dazu Anhaltspunkte ergibt.
Die Belehrung hat unabhängig von der Verstandesreife der Minderjährigen zu erfolgen. Die Art und Weise der Belehrung ist dem geistigen Entwicklungsstand der minderjährigen Zeugen anzupassen.
- 3.5.2 Hat das Kind die Belehrung verstanden und vom Zeugnisverweigerungsrecht eine genügende Vorstellung, ist seine Entscheidung maßgebend. Die Annahme der Verstandesreife ist in einem Vermerk zu begründen.
Hat der Jugendliche die Belehrung verstanden und vom Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht eine genügende Vorstellung, ist seine Entscheidung maßgebend. Eine Einwilligung/Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zur Entscheidung des Minderjährigen ist nicht erforderlich. Der Widerspruch des gesetzlichen Vertreters ist unbeachtlich, jedoch aktenkundig zu machen.
- 3.5.3 Ein Minderjähriger, der die Bedeutung seines Zeugnisverweigerungsrechts nicht begreift, ist auch darüber zu belehren, daß er trotz Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters nicht auszusagen braucht.
Bestehen Zweifel, ob der Minderjährige die Belehrung versteht oder ob er sich eine genügende Vorstellung vom Zeugnisverweigerungsrecht machen kann, darf er nur vernommen werden, wenn er zur Aussage bereit ist und der gesetzliche Vertreter einwilligt.
Der gesetzliche Vertreter ist über die Rechte des Minderjährigen und über sein Recht nach § 52 Abs. 3 StPO zu belehren.
Eine Entscheidung über die Ausübung des Auskunftsverweigerungsrechts nach § 55 StPO steht dem gesetzlichen Vertreter nicht zu.
Die Vernehmung hat zu unterbleiben, wenn der gesetzliche Vertreter einwilligt, der minderjährige Zeuge die Aussage aber verweigert.
- 3.5.4 In einem Vermerk ist darzulegen, aus welchen Umständen geschlossen werden konnte, daß der jugendliche Zeuge nicht in der Lage war, die Belehrung zu verstehen und sich eine genügende Vorstellung vom Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrecht zu machen.
- 3.5.5 Die nötige Verstandesreife hat der minderjährige Zeuge, wenn er fähig ist zu erkennen, daß der Angehörige etwas Unrechtes getan hat, wofür ihm Strafe droht, und daß seine Aussage möglicherweise zur Bestrafung beitragen kann.
- 3.5.6 Ist ein gesetzlicher Vertreter Beschuldigter, tritt an seine Stelle ein vom Vormundschaftsgericht bestellter Pfleger. Dies gilt auch für den nicht beschuldigten Elternteil, wenn die gesetzliche Vertretung beiden Elternteilen zusteht. Das Ersuchen auf Bestellung eines Pflegers stellt der Richter, der Staatsanwalt oder das Jugendamt, im Falle einer Gefährdung des Ermittlungserfolges auch die Polizei.
- 3.5.7 Ist der gesetzliche Vertreter oder der Pfleger nicht zu erreichen, so darf der minderjährige Zeuge nur dann vernommen werden, wenn durch eine Aufschiebung der

Anlage

Grundbegriffe aus dem Jugendhilfe- und Jugendkriminalrecht

Diversion

Ein Konzept zur "Ablenkung", "Umleitung" bzw. "Wegführung" von/aus dem System formeller strafrechtlicher Sozialkontrolle. Trotz hinreichenden Tatverdachts muß die Staatsanwaltschaft keine Anklage erheben. Der Legalitätsgrundsatz - durch die Einstellungsmöglichkeiten der §§ 153 - 154e StPO schon im allgemeinen Strafverfahrensrecht gelockert - ist im Jugendstrafrecht unter dem Aspekt des Erziehungsgedankens erheblich eingeschränkt.

Es gilt das Subsidiaritätsprinzip, das sich unter anderem mit den Schlagworten "Erziehung statt Strafe", "Jugendhilfe vor Jugendstrafrecht" und "Informelle anstatt formeller Erledigung" umschreiben läßt. Rechtsgrundlage für diese erweiterten Möglichkeiten informeller Verfahrenserledigung, von denen die Justizpraxis bundesweit in mehr als jedem zweiten Fall Gebrauch macht, ist § 45 JGG bzw. nach Anklageerhebung § 47 JGG.

Diversion beruht auf einem internationalen kriminalpolitischen Konzept und gesicherten kriminologischen Erkenntnissen. Ziele sind die Verringerung von "Abstempelungsprozessen" (Stigmatisierung), die Vermeidung unnötiger Sozialkontrolle, erfolgreichere Verringerung der Rückfallwahrscheinlichkeit, Eingehen auf die Probleme des straffällig gewordenen jungen Menschen mit konkreten Hilfsangeboten und schließlich die Verringerung der Kosten förmlicher Sozialkontrolle durch Entlastung.

Täter-Opfer-Ausgleich

Eine von allen Beteiligten akzeptierte und mitgetragene Regelung zur Bereinigung von zwischen ihnen bestehenden Konflikten, die zu einer Straftat geführt haben bzw. durch diese verursacht wurden.

Im Idealfall geschieht dies durch direkte Kommunikation zwischen Täter und Opfer der Tat unter Einschaltung eines neutralen Vermittlers. Ergebnis der Konfliktregulierung sind häufig materielle Wiedergutmachungsleistungen des Täters an den Geschädigten; als Ausgleichsleistungen kommen aber auch immaterielle oder symbolische Wiedergutmachungsleistungen in Betracht, z.B. Entschuldigungen, gemeinnützige Arbeit. Weiterhin soll bei dem Täter ein positiver Lernprozeß eingeleitet werden.

Leistungen der Jugendhilfe

Leistungen der Jugendhilfe nach § 2 Abs. 2 KJHG sind insbesondere

- Angebote der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (§§ 11 bis 14 KJHG),
- Angebote zur Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 21 KJHG),
- Angebote zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege (§§ 22 bis 25 KJHG),
- Hilfe zur Erziehung und ergänzende Leistungen (§§ 27 bis 37 KJHG),
- Hilfe für junge Volljährige und Nachbetreuung (§ 41 KJHG).

Dieser Katalog enthält grob skizziert diejenigen Angebote und Ansprüche junger Menschen und deren Erziehungsberechtigten, die im KJHG niedergelegt und durch die Träger der Jugendhilfe zu realisieren sind. Freie Träger haben hier ein autonomes Betätigungsrecht (§ 3 Abs. 2 KJHG).

Jugendgerichtshilfe (JGH)

Sie wird von den Jugendämtern im Zusammenwirken mit den Vereinigungen für Jugendhilfe ausgeübt (§ 38 Abs. 1 JGG). Die Vertreter der Jugendgerichtshilfe bringen die erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Gesichtspunkte im Verfahren vor den Jugendgerichten zur Geltung (§ 38 Abs. 2 Satz 1 JGG).

Die Mitwirkung im Verfahren nach dem Jugendgerichtsgesetz ist Pflichtaufgabe der Jugendämter als Träger der öffentlichen Jugendhilfe; diese können anerkannte Träger der freien Jugendhilfe an der Durchführung ihrer Aufgaben bei der Mitwirkung im Verfahren nach dem JGG beteiligen oder ihnen diese Aufgaben zur Ausführung übertragen. Vereinigungen für Jugendhilfe, die auch Aufgaben der Jugendgerichtshilfe wahrnehmen, sind u.a. die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas und das Diakonische Werk. Aufgrund der Organisationshoheit der Kommunen als Träger der öffentlichen Jugendhilfe variiert die Organisationsform der Jugendgerichtshilfe; sie wird zum Teil als spezialisierter Dienst wahrgenommen, zum Teil ist die JGH Bestandteil des allgemeinen sozialen Dienstes oder der Familienhilfe. Rechte und Pflichten der Jugendgerichtshilfe ergeben sich insbesondere aus den §§ 38 JGG und 52 Abs. 2 KJHG; zu nennen sind insbesondere: Mitwirkung im gesamten Verfahren, Recht auf Anwesenheit und Äußerung (§ 50 JGG) in der Hauptverhandlung, umfassendes Verkehrsrecht mit dem Beschuldigten (§ 38 Abs. 3 JGG, § 52 KJHG) - auch schon im Falle der Untersuchungshaft -, Recht auf Unterrichtung über eine vorläufige Festnahme und Mitteilung des Erlasses eines Haftbefehls (§ 72a JGG), Berichtspflicht mit Äußerung zu den zu ergreifenden Maßnahmen einschließlich in Betracht kommender Leistungen der Jugendhilfe für den jungen Straftäter (§ 38 Abs. 2 JGG, § 52 Abs. 2 KJHG).

Vormundschaftsgericht

Vormundschaftsgericht ist gem. § 35 des "Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit" (FGG) das Amtsgericht. Vormundschaftssachen in diesem Sinn sind alle nach Bundesrecht (BGB und sonstige Bundesgesetze) regelmäßig dem Vormundschaftsgericht obliegenden Verrichtungen. Das Vormundschaftsgericht ist u.a. für die Bestellung von Vormündern und Pflegern, die Ehelicherklärung, die Annahme als Kind, Sorgerechtsachen, soweit sie nicht mit Scheidung oder Trennung zusammenhängen - zuständig ist dann das Familiengericht - und die Anordnung von Fürsorgemaßregeln zuständig. Der - historisch gewachsene - Name bezieht sich auf die Unterstützungs- und Kontrollfunktion des Staates für die genannten Bereiche und bezeichnet die der Justiz zugeordnete Funktion als unparteiischer, übergeordneter "Vormund".

Bekanntmachung der Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) Vom 19. Mai 2008

Das Bundesministerium der Justiz und die Landesjustizverwaltungen haben am 20. Juni 2007 die nachfolgende, ab dem 1. Juni 2008 geltende, Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen beschlossen:

Inhaltsübersicht

Auszug aus dem Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra)

Erster Teil

Allgemeine Vorschriften

- Nr. 1: Grundsatz
- Nr. 2: Einschränkung vorgeschriebener Mitteilungspflichten
- Nr. 3: Auskunft an die und Unterrichtung der Betroffenen
- Nr. 4: Mitteilungspflichtige Stellen und dort funktional zuständige Personen
- Nr. 5: Kenntlichmachung der Mitteilungspflicht auf den Akten, Dokumentation der Mitteilung
- Nr. 6: Inhalt und Zeitpunkt der Mitteilungen
- Nr. 7: Folgemitteilungen, Antrag auf gerichtliche Entscheidung
- Nr. 8: Mitteilungen bei Tateinheit
- Nr. 9: Form der Mitteilungen
- Nr. 10: Mitteilungsweg

Zweiter Teil

Die einzelnen Mitteilungspflichten

1. Abschnitt

Allgemeine Mitteilungspflichten

- Nr. 11: Mitteilungen an die Polizei
- Nr. 12: Mitteilungen zum Wählerverzeichnis
- Nr. 13: Bewährungs- und Führungsaufsichtsfälle
- Nr. 14: Ermittlungen über einen Todesfall

2. Abschnitt

Mitteilungen über Personen, die einer Dienst-, Staats-, Standesaufsicht oder berufsrechtlichen Aufsicht unterliegen

- Nr. 15: Strafsachen gegen Personen in einem Beamten- oder Richterverhältnis
- Nr. 16: Strafsachen gegen Personen in einem Arbeitnehmer- oder sonstigen Beschäftigungsverhältnis im öffentlichen Dienst
- Nr. 17: Strafsachen gegen ehrenamtliche Richterinnen und Richter
- Nr. 18: Strafsachen gegen Versorgungsberechtigte
- Nr. 19: Strafsachen gegen Soldatinnen und Soldaten
- Nr. 20: Strafsachen gegen Soldatinnen und Soldaten im Ruhestand, frühere Berufssoldatinnen und Berufssoldaten und frühere Soldatinnen und Soldaten auf Zeit

Nr. 32

Mitteilungen an die Jugendgerichtshilfe in Strafsachen gegen
Jugendliche und Heranwachsende §§ 38, 50, 70 Satz 1, §§ 72a, 107, 109 Abs. 1 JGG

In Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende sind der Jugendgerichtshilfe
mitzuteilen

1. die Einleitung des Verfahrens,
2. vorläufige Anordnungen über die Erziehung,
3. der Erlass und der Vollzug eines Haft- oder Unterbringungsbefehls sowie die Unterbringung zur Beobachtung,
4. die Erhebung der öffentlichen Klage,
5. Ort und Zeit der Hauptverhandlung,
6. die Urteile,
7. der Ausgang des Verfahrens,
8. der Name und die Anschrift der Bewährungshelferin oder des Bewährungshelfers,
9. die nachträglichen Entscheidungen, die sich auf Weisungen oder Auflagen beziehen oder eine Aussetzung der Vollstreckung einer Jugendstrafe oder des Restes einer Jugendstrafe zur Bewährung, eine Aussetzung der Verhängung der Jugendstrafe oder die Führungsaufsicht betreffen.

(Bundesministerium 2008: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_19052008_RB314313R2422007.htm)

Literaturverzeichnis

Bücher

Abels, Gabriele/Behrens, Maria (2005): ExpertInnen- Interviews in der Politikwissenschaft.

Geschlechtertheoretische und politikfeldanalytische Reflexion einer Methode. In:

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview, 2. Auflage.

Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH. S. 173-190.

Arbeitsgruppe JGH in der Deutschen Vereinigung der Jugendgerichte und

Jugendgerichtshilfen (DVJJ) (1991): Jugendgerichtshilfe im Wandel- Standort und

Perspektive. In: Bundesministerium der Justiz: Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter

Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und

Thomas Trenczek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck- und Verlagsges. mbH.

S. 85-102.

Becker-Lenz, Roland/Busse, Stefan/Ehlert, Gudrun/Müller, Silke (Hrsg.) (2009):

Professionalität in der sozialen Arbeit. Standpunkte, Kontroversen, Perspektiven. 1. Auflage.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Das Experteninterview.

2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH.

Breymann, Klaus (1991): Jugendgerichtshilfe- Hilfe für den Jugendlichen oder die Justiz. In:

Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter

Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und

Thomas Trenczek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck-und Verlagsges. mbH. S. 43-50.

Bundesministerium der Justiz (1991): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter

Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und

Thomas Trenczek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck-und Verlagsges. mbH.

Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.) (2010): Handbuch Jugendkriminalität -

Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für

Sozialwissenschaften.

Drewniak, Regine (2010): Ambulante sozialpädagogische Maßnahmen als Alternative zum Freiheitsentzug. In: Dollinger, Bernd/ Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Handbuch Jugendkriminalität - Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 393-404.

Eisenberg, Ulrich (2014): Kommentar Jugendgerichtsgesetz. 17. Auflage. München: C.H. Beck Verlag.

Faltermeier, Josef (1991): Zur Rolle und Funktion der Jugendhilfe in der Arbeit mit straffälligen Jugendlichen- Anmerkungen zum Verhältnis von Jugendhilfe und Justiz. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und Thomas Trenczek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck- und Verlagsges. mbH. S. 28-34.

Gissel-Palkovich, Ingrid (2011): Lehrbuch Allgemeiner Sozialer Dienst- ASD. Rahmenbedingungen, Aufgaben und Professionalität. Weinheim/München: Juventa Verlag.

Heiner, Maja (2010): Kompetent handeln in der Sozialen Arbeit. München: Ernst Reinhardt Verlag.

Heisig, Kirsten (2010): Das Ende der Geduld - Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter. Freiburg im Breisgau: Herder GmbH Verlag.

Janssen, Helmut/ Riehle, Eckart (2013): Lehrbuch Jugendstrafrecht- Eine Einführung für die Soziale Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.

Kröber, Hans-Ludwig/Dölling, Dieter /Leygraf, Norbert/Saß, Henning (Hrsg.) (2007): Handbuch der forensischen Psychiatrie. Heidelberg: Steinkopff Verlag.

Laubenthal, Klaus (1993): Jugendgerichtshilfe im Strafverfahren. München u.a.: Carl Heymanns Verlag KG.

Laubenthal, Klaus/Baier, Helmut/Nestler, Nina (Hrsg.) (2010): Jugendstrafrecht. 2. Auflage. Heidelberg/Berlin: Springer Verlag.

Meier, Bernd-Dieter/Rössner, Dieter/ Trüg, Gerson/ Wulf, Rüdiger (Hrsg.) (2011): Handkommentar Jugendgerichtsgesetz. 1. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaften.

Möller, Winfried/Nix, Christoph (2006): Kurzkommentar zum SGB VIII- Kinder-und Jugendhilfe. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.

Mollik, Rainer (2012): Jugendstrafrecht, Jugendhilferecht, Kriminologie - So gelingt Jugendhilfe im Strafverfahren. Handbuch für die Praxis sozialer Arbeit. Regensburg: Walhalla u. Praetoria Verlag GmbH & Co. KG.

Müller, Andreas (2013): Schluss mit der Sozialromantik! Ein Jugendrichter zieht Bilanz. 2. Auflage. Freiburg im Breisgau: Verlag Herder GmbH.

Münder, Johannes/Wiesner, Reinhard (Hrsg.) (2007): Kinder- und Jugendhilferecht Handbuch. 1. Auflage. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft.

Nikolai, Werner/Wichmann, Cornelius (Hrsg.) (2007): Jugendhilfe und Justiz. Gesucht: Bessere Antworten auf Jugendkriminalität. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag.

Nix, Christoph/Möller, Winfried/Schütz, Carsten (2011): Einführung in das Jugendstrafrecht für die Soziale Arbeit. München/Basel: Ernst Reinhardt Verlag.

Ostendorf, Herbert (1991): Jugendgerichtshilfe in der Rolle als Doppelagentin- Chance oder programmiertes Versagen? In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und Thomas Trenzcek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck- und Verlagsges. mbH. S. 59-66.

Ostendorf, Herbert (1998): Das Jugendstrafverfahren. Köln u.a.: Carl Heymanns Verlag.

Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.) (2011): Handbuch der sozialen Arbeit. 4. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag.

Pfadenhauer, Michaela (2005): Auf gleicher Augenhöhe reden. Das Experteninterview- ein Gespräch zwischen Experte und Quasi-Experte. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview, 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH. S. 113-130.

Schlick, Bernhard (1991): Jugendgerichtshilfe zwischen Jugend-und Gerichtshilfe- Verfassungsrechtliche Bemerkungen zu § 38 JGG. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und Thomas Trenzcek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck- und Verlagsges. mbH. S. 51-58.

Schöne, Reinold/ Wolfgang Tenhaken (Hrsg.) (2012): Kinderschutz in Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe. Weinheim/Basel: Beltz Juventa Verlag.

Staub-Bernasconi, Silvia (2009): Der Professionalisierungsdiskurs zur Sozialen Arbeit (SA/SP) im deutschsprachigen Kontext im Spiegel Internationaler Ausbildungsstandards Soziale Arbeit- eine verspätete Profession? In: Becker-Lenz, Roland/ Busse, Stefan/ Ehlert, Gudrun/ Müller, Silke (Hrsg.): Professionalität in der sozialen Arbeit. Standpunkte, Kontroversen, Perspektiven. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 21-45.

Thiersch, Hans (2007): Grenzen und Strafen. In: Nikolai, Werner/ Wichmann, Cornelius (Hrsg.): Jugendhilfe und Justiz. Gesucht: Bessere Antworten auf Jugendkriminalität. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag. S. 43-67.

Trenczek, Thomas (1991): Jugendgerichtshilfe- Standort und Perspektiven. In: Bundesministerium der Justiz (Hrsg.): Jugendgerichtshilfe- Quo Vadis. Frankfurter Symposium vom 2. bis 5. Juli 1990. In Zusammenarbeit mit Thomas Mörsberger und Thomas Trenczek. 1. Auflage. Meckenheim: Warlich Druck- und Verlagsges. mbH. S. 179-187.

Trenczek, Thomas (2003): Die Mitwirkung der Jugendhilfe im Strafverfahren. 1. Auflage. Weinheim u.a.: Beltz Verlag.

Trenczek, Thomas (2007): Die Mitwirkung der Jugendhilfe in gerichtlichen Verfahren; Mitwirkung in der Jugendgerichtsbarkeit. In: Münder, Johannes/ Wiesner, Reinhard (Hrsg.) (2007): Kinder- und Jugendhilferecht. Handbuch. 1. Auflage. Baden-Baden. Nomos Verlagsgesellschaft. S. 342-366.

Trenczek, Thomas/Müller, Siegrid (2011): Jugendhilfe und Strafjustiz- Jugendgerichtshilfe. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hrsg.) (2011): Handbuch der sozialen Arbeit. 4. Auflage. München: Ernst Reinhardt Verlag. S. 676-683.

Trinczek, Rainer (2005): Wie befrage ich Manager? methodische und methodologische Aspekte des Experteninterviews als qualitative Methode empirischer Sozialforschung. In: Bogner, Alexander/Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview, 2. Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH. S. 209-222.

Wilbrand, Irene/Unbehend, Dorothea (1995): Praxisleitfaden für die Jugendgerichtshilfe. München: C.H. Beck Verlag.

Zieger, Matthias (1998): Verteidigung in Jugendstrafsachen. 3. völlig neu bearbeitete und erweiterte Auflage des von Christian Kahlert gegründeten Werkes. Heidelberg: C.F. Müller Verlag.

Zeitschriften und Aufsätze

Feldmann, Cornelia: Sozialdaten in der Jugendgerichtshilfe. In: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe (ZJJ) (Hrsg.). Ausgabe 1/2008. Bonn/Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH. S. 21-28.

Kunkel, Peter-Christian (2004): Hat der Jugendgerichtshelfer ein Zeugnisverweigerungsrecht im Strafprozess? In: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe (ZJJ) (Hrsg.), Ausgabe 4/2004. Bonn/Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH. S. 425-428.

Trenczek, Thomas (1996): Strafe, Erziehung oder Hilfe? Neue ambulante Maßnahmen und Hilfen zur Erziehung - Sozialpädagogische Hilfsangebote für straffällige junge Menschen im Spannungsfeld von Jugendhilferecht und Strafrecht. Gutachten im Auftrag des niedersächsischen Landesjugendamtes. In: Zeitschriftenreihe der Deutschen Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ) (Hrsg.) Band 26. Bonn/Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH. S. 11-138.

Trenczek, Thomas (2007): Jugendgerichtshilfe- Aufgaben und Steuerungsverantwortung. In: Zeitschrift für Jugendkriminalität und Jugendhilfe (ZJJ) (Hrsg.), Ausgabe 1/2007. Bonn/Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH. S. 31-40.

Quellenverzeichnis

Internet

Becker, Christian (2014): Rechtswörterbuch.de:
<http://www.rechtswörterbuch.de/recht/k/konkludentes-handeln/>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Bild GmbH & Co. KG; Dieckmann Kai (Hrsg.)(2014): Arzt alarmierte Jugendamt- aber niemand half. <http://www.bild.de/regional/leipzig/fahrlaessige-toetung/verdursteter-junge-jugendamt-half-nicht-35304876.bild.html>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Dejure.org Rechtsinformationssysteme GmbH (2014), vertreten durch die Geschäftsführer Oliver García und Rechtsanwalt Dr. Alfons Schulze-Hagen:
<https://dejure.org/gesetze/AO/9.html>, zuletzt aufgerufen am 10.11.2014

Deutsche Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ) (Hrsg.) (1997): PDV 382: Bearbeitung von Jugendsachen. Auflage 1/1997.
<http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/downloads/PDV-382.pdf>.
S. 5-21. zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Die Bundesregierung (2008): Bekanntmachung der Neufassung der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra) vom 19. Mai 2008: http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/bsvwvbund_19052008_RB314313R2422007.htm, zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Deutsche Vereinigung der Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen (DVJJ)-Journal Extra (2002): 2. Jugendstrafrechtsreform- Kommission. Abschlussbericht: <http://www.dvjj.de/sites/default/files/medien/imce/documente/downloads/JGG-Kommission.pdf>, S.1-108, zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen Justizkommunikation (Hrsg.) (2006-2014): Justiz-online: https://www.justiz.nrw.de/Gerichte_Behoerden/ordentliche_gerichte/FGG/aktuelles/index.php zuletzt aufgerufen am 10.11.2014.

Gespräche

Stellungnahme von Herrn S. (mein ehemaliger Praxisanleiter in der JGH) vom 06.08.2014 zum Thema: "Das Doppelmandat in der Jugendgerichtshilfe".

Erfahrungen aus dem Praxissemester

JGH des Kreises Unna: März- August 2013

Interviews

siehe Anlagen

Eidesstattliche Erklärung

„Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.“

Ort, Datum

Unterschrift